

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XVII. JAHRGANG 1940

3.

HEFT / MÄRZ

BRUCHLINIEN DES EMPIRE

Kühn: Über den Sinn des gegenwärtigen Krieges. II

Steffen: Die Stärkeentwicklung des englischen Heeres

Hörhager: Die Haltung der indo-afghanischen Grenzstämme
zur indischen Krise

Fakoussa: Ägyptens auswärtige Politik

r: Deutsch-Südwestafrika im Licht der südafrikanischen Parteipolitik

Muck: Alte Welt vor neuer Ordnung

Berichte — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTFÜHRUNG:

Hauptmann Kurt Vowinkel, Feldpostnummer 19818

Manuskripte und Buchzusendungen werden erbeten nach:
Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36. Fernsprecher 3742

XVII. JAHRGANG / HEFT 3 / MÄRZ 1940

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Johannes Kühn: Über den Sinn des gegenwärtigen Krieges. II	105—112
F. C. Steffen: Die Stärkeentwicklung des englischen Heeres	113—118
Herbert Hörhager: Die Haltung der indo-afghanischen Grenzstämme zur indischen Krise	119—124
H. A. Fakoussa: Ägyptens auswärtige Politik	125—127
Ernst Friedrich Flohr: Deutsch-Südwestafrika im Licht der südafrikanischen Parteipolitik	128—136
Otto Muck: Alte Welt vor neuer Ordnung	137—140

BERICHTE

***: Streifblicke über den atlantischen Raum	141—144
Karl Haushofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum	145—148

SCHRIFTTUM

Karl Haushofer: Strebepfeiler zur Geopolitik	149—151
Heinz Haushofer: Günther, Das Bauerntum als Lebens- und Gemeinschaftsform ..	151—152

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. H. A. Fakoussa, Berlin-Dahlem, Harnackhaus, Ihnestr. 16—20 — Dr. Ernst Friedrich Flohr, Feldpostnummer 39 508 — Herbert Hörhager, München, Türkenstraße 58 — Prof. Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Straße 18 — Dr. Heinz Haushofer, Wien IV, Argentinier Straße 33 — Prof. Johannes Kühn, Dresden/Bühlau, Neubühlauer Straße 7 — Otto Muck, Uffing a. Staffelsee/Oberbayern — Dr. F. C. Steffen, Posen, Poststraße 31 II

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzelne RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / **Register** für den Jahrgang RM —.90 / **Inhaltsverzeichnis** kostenlos / **Einbanddecke** für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

5
neue
Lefte



Macht und Erde

Leipzig · B. G. Teubner · Berlin

Macht und Erde

Herausgeber: Generalmajor a. D. Prof. Dr. Karl Haushofer und Dozent Dr. Ulrich Crämer

Das politische System der orientalischen Staaten

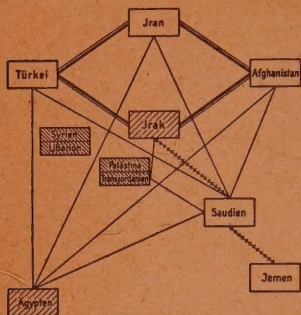
Von Dr. Conrad Dehlich. Mit 4 Karten. (Heft 15.) Kart. R.M. 1.8

Der „Orient“ ist, insbesondere seit dem ersten Weltkrieg, ein politischer Begriff geworden und die nationalen Umrisse der neuen orientalischen Staaten zeichnen sich mit zunehmender

Deutlichkeit gegen die Interessenbereiche der imperialistischen Mächte ab.

Der Verfasser läßt uns in sehr klaren Ausführungen das geschichtliche Werden der heutigen Staategebilde miterleben, und interessante vergleichende Betrachtungen zeigen die parallele Entwicklung in den einzelnen Staaten auf.

Als sichtbare Grundlage einer politischen Wertung werden die sorgfältig ausgebauten Vertragsbeziehungen hervorgehoben. Aus allem spricht, daß sich eine zusammenhängende Reihe jung ins Leben getretener Staaten aus geographischer Nachbarschaft, gemeinsamen Interessen und einer kulturellen Verwandtschaft heraus, einem politischen System entwickelt hat, das trotz individueller Verschiedenheiten einen gemeinsamen politischen Lebensrhythmus aufweist. Dieses System, Raum zwischen dem Mittelmeer und der Grenze Indiens, spiegelt in seiner Entstehung und seinen Ausprägungen deutlich das verwickelte Kräftespiel im Orient. Die



Das orientalische Vertragssystem

- Vorderasiatischer Pakt
- Freundschaftsverträge
- Arabischer Bruderschaftsvertrag
- ▨ Mandatsgebiete
- ▨ Britische Bündnisstaaten

(Verkleinert)

ihrer Vorliebe für die Freiheit kleiner Völker rühmenden westlichen Großmächte werden dabei als Zwingherren und Feinde jedes nationalen Unabhängigkeitswillens entlarvt.

Der Atlantik Geopolitik eines Weltmeeres

Von Wulf Siemert. Mit 10 Karten. (Heft 16.) Kart. R.M. 2.—

Das Völkerringen um den Atlantik gehört zu den gewaltigsten Ereignissen der Geschichte. Um so erstaunlicher ist es, daß dieser Ozean bisher noch keine geopolitische Darstellung gefunden hat. Um den Atlantik gruppieren sich die höchstentwickelten Wirtschaftsmachtzentren der weißen Völker, wodurch dieser Ozean zum bedeutendsten Verkehrsstrahl unter den Weltmeeren wurde. Der Kampf um die Seeherrschaft wurde in den letzten Jahrhunderten auf ihm von allen großen Seevölkern ausgetragen, weil nur über den Atlantik hinweg die anderen Erdteile erreichbar sind.

Mit dem Beginn des atlantischen Zeitalters weitete sich die europäische Geschichte zur Weltgeschichte. Stehen wir heute an einer Wende der atlantischen Epoche? Hat Autarkie, Luftmacht und Luftverkehr den Atlantik entthront? Eine Fülle entscheidender Fragen wird hier aufgeworfen, die in einer Zeit, in der der Atlantik wieder zum Operationsgebiet im Krieg geworden ist, auf besonders großes Interesse stoßen werden.

„Bei gediegener Ausstattung mit eindrucksvollen Karten bietet sich hier erstklassiges Material zum Einzelstudium wichtiger und weltbewegender Gegenwartsfragen dar.“ (Deutscher Lebensraum.)

HEFTE ZUM WELTGESCHEHEN

Der Atlantik in Gegenwart und Zukunft

Die politische oder strategische Bedeutung eines Meeres tritt für die Öffentlichkeit im allgemeinen erst dann in Erscheinung, wenn sich akute Spannungen abzuzeichnen beginnen, die ihren Widerhall in der Tagespresse finden. So standen in den letzten Jahren Mittelmeer und Pazifik im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, doch um den Atlantik war es still. Die Verlegenheit der Angelsachsen war so groß und erdrückend, daß ein Anspruch anderer Mächte aussichtslos erschien. Aber mit dem Kriegausbruch wurde der Atlantik nun wieder Kriegsschauplatz und Operationsgebiet, womit seine strategische Bedeutung vor aller Augen tritt.

Die Schilderung des gewaltigen Schiffsverkehrs über den Atlantik zeigte, daß er der Verkehrsbedeutung nach an der Spitze der Weltmeere steht. Die Ereignisse des Weltkrieges unterstreichen seine Schlüsselstellung gegenüber der Versorgung Europas. Das hervorstechendste Merkmal ist nun die Tatsache, daß alle Dampferwege vom Westen aus Nordeuropa ergehen. Diese geographische Eigenart verleiht den westeuropäischen Mächten so lange ein Übergewicht über alle östlicher gelegenen Staaten, wie diese von atlantischen Seezufuhren abhängig waren oder sind. Besonders gilt das von England, das, gestützt auf seine Inselge und seine Flotte, die europäischen Gewässer bzw. den östlichen Atlantik bisher kontrollierte. Entweder muß der Seeverkehr sich unter der englischen Küste durch den Kanal wagen oder nördlich um Schottland herum Nordeuropa zu erreichen suchen. Auch von Gibraltar aus kann England den in das Mittelmeer strömenden Schiffsverkehr auffangen und beherrschen. Diese Lage gab Großbritannien bisher die Schlüssel zur überseeischen Versorgung Europas in die Hand.

Für England ist der Atlantik der lebenswichtige Verkehrsträger für seine Versorgung und das Bindeglied zwischen Mutterland und Weltreich, zum andern ist er die Waffe, mit der der Gegner von der überseeischen Zufuhr abgeriegelt werden kann. Nördlich und südlich von England verlassen die Hauptdampferwege nach Amerika die englische Küste. Sie erreichen rasch die hohe See, während die südlicher liegenden Dampferwege nach Südamerika und Afrika dicht unter der iberischen Küste entlangführen. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu erkennen, wie leicht von den atlantischen Küsten Frankreichs, Irlands, Spaniens oder Portugals aus Angriffe auf die Seewege im östlichen Atlantik gemacht werden könnten. Auch der spanische und portugiesische Inselbesitz erhält in diesem Zusammenhang eine besondere strategische Bedeutung, die von der britischen Admiralität stark beachtet wird. In dem großen Dreieck zwischen England, Gibraltar und den Azoren laufen die wichtigsten atlantischen Seestraßen zusammen. Nicht umsonst finden in diesem Raum die jährlichen Zusammenkünfte der britischen Atlantik- und Mittelmeerflotten statt. Die einzigartige Bedeutung dieses seestrategischen Dreiecks zieht allerdings auch die iberischen Mächte in seinen Bann, wie das englische Interesse an der Benützung spanischer oder portugiesischer Häfen beweist. Für den Fall, daß Gibraltar aufgegeben werden muß, ist wahrscheinlich, daß die britische Politik, wenn es die Umstände erheischen sollten, skrupellos die Hand auf die atlantischen Inselgruppen legen würde, deren geopolitischer Lagewert als Luft- und Seestützpunkte heute besonders groß erscheint.

Aus: Siewert/Der Atlantik

Durch alle diese guten Eigenschaften werden daher die Veröffentlichungen der Schriftenreihe „Macht und Erde“ zu wirklich volkstümlichen Büchern.“
„Preussische Zeitung, Königsberg.“)

Macht und Erde

Die deutsche Wirtschaft und Südosteuropa

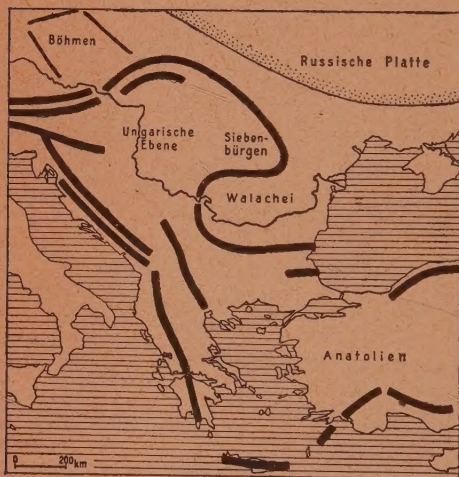
Von Dr. Hans F. Zech. Mit 4 Kartenskizzen. (Heft 14.) Kart. R.M. 2.

Die Enge unseres volksdeutschen Wirtschaftsraumes zwingt uns, die Lebensmöglichkeiten fremder Räume heranzuholen. Die Form heißt Güteraustausch. Nicht imperialistische Eroberung, sondern wirtschaftliche Zusammenarbeit heißt der Weg, den Deutschland eingeschritten hat, um das Volk zu erhalten. Die Natur selbst hat in engster Raumnachbarschaft Großdeutschlands einen Wirtschaftspartner geschaffen, der in lebenssicherndem Umfang auf Zusammenarbeit mit Deutschland angewiesen ist: Südosteuropa.

In dem vorliegenden Heft schildert der bekannte politische Schriftsteller Hans F. Zech ein ausgezeichnetes Sachkennner der wirtschaftlichen Verhältnisse Großdeutschlands und Südosteuropas — wie sich die verschiedenartigen Wirtschaftsräume zu einer naturgewollten Einheit zusammenschließen, wie vorhandene und entstehende Verkehrswege Brücken hinüber- und herüberschlagen und wie sich diese beiden Wirtschaftspartner zu der Quertreiberei der Westmächte immer mehr ergänzen. Zech belegt seine fesselnde Darstellung durch knappes, aber um so eindringlicheres statistisches Material und durch eine aufschlußreiche Kartenskizzen.

Der Völkische Beobachter am 11. Januar 1940:

„... Die klare und übersichtliche Gliederung des Stoffes, die wissenschaftlich fundierte und leicht faßliche Darstellung, schließlich die Heranziehung von nüchtern sprechenden Zahlen und kurzen Tabellen ermöglichen in Kürze einen umfassenden Überblick über jene Gegebenheiten, an denen das Verhältnis Deutschlands zu den Staaten des Südostens basiert...“



Raumeinheit SÖ-Europa

(Verkleinert)

Zu der naturgegebenen Einheit Mitteleuropas und Südosteuropas sagt die Schrift:

Überschaut man die Verhältnisse in den einzelnen Staaten Südosteuropas, so ergibt sich mit überzeugender Eindeutigkeit, daß überall natürliche Voraussetzungen zu einem Austausch gerade mit Deutschland zwingen, und es ergibt sich weiterhin, daß gerade Deutschland auf engste Zusammenarbeit mit Südosteuropa angewiesen ist. Es stehen sich also Partner gegenüber, die auf Grund natürlicher Voraussetzungen sich suchen, nicht als Partner, die durch irgendeinen machtpolitisch bestimmten Willen zur Zusammenarbeit gezwungen werden. Möglicherweise außer Acht gelassene Kritiker behaupten, was immer sie wollen, sie können dann

„Die Schriftenreihe bringt keine grauen Theorien, am Schreibtisch erdacht, sondern sieht sich in der Welt um und baut auf den gegebenen Tatsachen, auf Natur und Mensch, auf Land und Leuten, auf Erde und Leben auf.“ (Technik u. Kultur)

HEFTE ZUM WELTGESCHEHEN

die Tatsache nicht abschwächen, daß Mittel- und Südosteuropa zu einer Einheit gehören, die von der Natur selbst begründet wurde. Ein von irgendwelchen unnatürlichen Motiven bestimmter Wille wird vielleicht eine Zeitlang die natürlich zueinanderstrebenden Kräfte aufhalten können, am Ende aber werden die aufgestauten Kräfte um so machtvoller den Weg zueinander finden. Nach dem Kriege sind Pläne genug ausgedacht worden (Tardieu-Plan, Hodza-Plan usw.), die von Natur Zusammengehöriges auseinanderhalten wollten, aber selbst die große damals zur Verfügung stehende Geld- und Machtpolitik der Planer reichte nicht hin, die Natur zu vergewaltigen. Wieviel weniger läßt Zusammengehöriges sich heute auseinanderhalten, wo der Natur keine Gewalt mehr angetan werden darf. In der Tat: die Geschichte bezeugt tausendfältig, daß die Natur am Ende stets kräftiger ist als noch so brutaler Menschenwille. Darum möge der Mensch die Gesetze der Natur achten!

Böhmen und das deutsche Schicksal

Die geschichtlich-geographischen Grundlagen der deutsch-tschechischen Frage

Von Oberstudienrat G. Widenbauer. Mit 8 Karten. (H. 12.) Kart. R. M. 2.—

In einem Gang durch die wechselvolle Geschichte des Landes, in dem das Wesentliche hervorgehoben wird, werden wir zum Entstehen der Tschecho-Slowakei, diesem politischen Fremdkörper in Mitteleuropa, und ihrem Zusammenbruch geführt. Daß die deutschen Geschehnisse im Osten seit fast zwei Jahrtausenden aufs innigste mit Böhmen verknüpft sind, wird in dem Heft überzeugend und fesselnd geschildert. Sein Inhalt bringt im einzelnen:

A. Die geographische Verbundenheit Böhmens mit Deutschland.

I. Böhmen ein Stück Deutschland. — II. Die Tschecho-Slowakei bis 1938. — III. Böhmen zwischen Ost und West. — IV. Böhmens geopolitisches Verhältnis zu Deutschland und seine Auswirkung.

B. Wechselvolle Beziehungen Böhmens zu Deutschland.

I. Böhmen mehrmals auf dem Wege zur deutschen Vormachtstellung: 1. Kern des Markomannenreiches. 2. Böhmens Aufstieg unter den Přemysliden — Ottokar II., der erste Schöpfer eines ost-deutschen Reiches. 3. Höhepunkt Böhmens als Kern der Lützelburgischen Großmacht. Politisch und kulturell Herzstück des Reiches. — II. Böhmen öfters im Widerspiel gegen Deutschland: 1. Großslawische Gefahren von Böhmen her. 2. Das Unwetter des Hussitensturms. 3. Böhmen im Banne des slawischen Ostens, 1437 bis 1526. — III. Böhmen und die Habsburger; allmähliche Entdeutschung: 1. Böhmen in Personalunion mit den österreichischen Erbländern. 2. Böhmen in Realunion mit den österreichischen Erbländern. 3. Böhmen als habsburgisches Kronland. — IV. Durchbruch zum Volksgefühl — Nationales Ringen zwischen Tschechen und Deutschen bis zur Begründung der Tschecho-Slowakei. — V. Rückblick und Ausblick:

„Nur in engster Gemeinschaft mit Deutschland kann das tschechische Volk einer neuen friedlichen Entwicklung, einer neuen Blüte entgegengehen. Die böhmischen und die deutschen Geschehnisse sind voneinander nicht zu trennen. Der böhmische Vulkan hat ausgetobt. Nicht mehr werden fürderhin die verheerenden Lavamassen glühender tschechischer Volksleidenschaft über die deutschen Randgebiete Böhmens sich hinwälzen. Das deutsche Blut wird sich in Zukunft auf dem nun auch politisch deutsch gewordenen Boden der Sudetenländer frei entfalten können, nachdem es nunmehr endlich sich hat vereinigen dürfen mit dem gewaltigen völkischen Blutstrom Großdeutschlands. Das verdanken wir der Tat des Führers.“

„Die lebendige Verbindung von Text und Einzelkarten, die stetige Bezugnahme auf das außenpolitische Zeitgeschehen machen die Hefte zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel.“ (Arbeitsschulung.)

Macht und Erde

Das agrarpolitische Weltbild

Von Dipl.-Landwirt Dr. Heinz Konrad Haushofer. Mit 7 Karten (Heft 13.) Kart. R.M. 1.80. Dem Reichsbauernführer R. W. Darré zugeeignet.

„Dr. Haushofer hat mit seinem Buch eine vorzügliche Arbeit gegeben, die nicht nur dem Fachmann, sondern auch dem Laien tiefen Einblick gibt in eine junge Wissenschaft. Deutschland hat hierzu in Schrift und Tat — man denke nur an das Werk des Reichsbauernführers! — seinen Beitrag geliefert. Der Verfasser hat es verstanden, das agrarpolitische Weltbild klar herauszustellen, und seine Arbeit ist besonders wertvoll deshalb, weil sie die völkische Bedeutung des Bauerntums mit den Forderungen der Zeit, die durch eine sich beinahe überstürzende Entwicklung der Technik gerade in der Landwirtschaft Möglichkeiten schafft, die auf die ganze Welt bezogen werden können (denn die Technik von heute schafft über Grenzen hinweg, weitet sozusagen den Raum, umfaßt die Welt), in Einklang bringt. Das Urwesen des Bauern verträgt sich derart mit der modernen Zeit.

Das ist maßgebend für ein agrarpolitisches Weltbild von heute und auch der Zukunft. Dr. Haushofer hat die große Linie des agrarpolitischen Weltbildes aufgezeichnet... Das Buch, dem sieben Karten und eine Aufstellung über die Eigenversorgung der verschiedenen Staaten, auf die wir besonders aufmerksam machen, beigegeben sind, ist als eine sehr ernst zu nehmende Arbeit zu werten und muß daher wärmstens empfohlen werden.“ (Gauamtsleiter Karl Mayer zedl, Gauamt für Agrarpolitik in Wien, am 9. 12. 1939.)

In Neubearbeitung erscheint:

Deutschland im wirtschaftlichen Abwehrkampf

Von Dr. Joh. Stöbe. 3., durchges. und erweiterte Auflage des Buches: „Die geschlossene deutsche Volkswirtschaft“. (Heft 6.) Kart. etwa R.M. 2.—

Die neue Auflage betont den wirtschaftlichen Abwehrkampf Deutschlands in dem ihm aufgezwungenen Kriege. Während bisher die Ziele und Absichten des zweiten Vierjahresplanes im Vordergrund standen, geht es jetzt um die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands im Wirtschaftskriege. Der Text wurde deshalb nicht nur erweitert, sondern an zahlreichen Stellen geändert und umgestaltet, so daß der Leser ein abgerundetes Bild von der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands erhält. Es erschien insbesondere notwendig, der Einbeziehung der Ostmark, des Sudetenlandes, Ostoberschlesiens und des ehemaligen polnischen Raumes gerecht zu werden.

Das wirtschaftsgeographische Bild des großdeutschen Reiches hat sich gegenüber früher außerordentlich gewandelt, und die Kriegswirtschaft zieht daraus allergrößten Nutzen. Aber nicht genug damit, auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen, gegenwärtig also die Durchbrechung des von England geplanten Blockaderinges, verlangten Berücksichtigung, und in knapper, aber alles wesentliche erfassender Darstellung wurde die Bedeutung Südosteuropas als des natürlichen deutschen Wirtschaftspartners scharf herausgestellt. Zuletzt, aber nicht zum wenigsten, wurden die neuen deutsch-russischen Handelsbeziehungen, der große Dorn im Auge unserer Wirtschaftsgegner, beleuchtet.

„Für die raumpolitische Ausrichtung des erdkundlichen Unterrichts besitzt diese Schriftenreihe hervorragende Bedeutung.“ (Schlesischer Erzieher.)

HEFTE ZUM WELTGESCHEHEN

Das Wesen der Geopolitik

Von Prof. Dr. Otto Mau II
2. Aufl. Mit 2 Karten. (Heft 1.)
Kart. RM 1.40

„Mau II zeigt, wie die Geopolitik als praktische Kunst angewandte politische Geographie ist; er öffnet dem Leser die Augen, wie geopolitische Untersuchungen von den Raumerfordernissen des Staates her bestimmt werden. Und man erfährt, wie oft sich die mangelhafte Einschätzung von Räumen und den mit ihrem Wesen verbundenen Völkern tragisch für die Staatenlenker ausgewirkt hat. Kurzum, eine wichtige und wertvolle Schrift aus meisterlicher Feder.“ (Die Umschau.)

Siedlung und Machtpolitik des Auslandes

Von Rupert von Schumacher.
Mit 9 Karten. (H. 5.) Kart. RM 1.50

„Das Heft, das ein politisches Schulungsheft bester Art ist, dürfte wesentlich dazu beitragen, das Verständnis für die nationalsozialistische Siedlungspolitik in breiten Schichten unseres Volkes zu wecken. Alle Fragen der Siedlungspolitik (Siedlung im Grenzkampf, Siedlung und Kolonisation, städtische Siedlungspolitik, Bevölkerungs- und sozialpolitische Siedlung) werden behandelt, und der Leser wird bis zur letzten Seite von den dramatischen siedlungspolitischen Machtkämpfen der Völker gefesselt.“ (NS-Monatsb.)

Seeherrschaft Von Dr. Josef März. Mit 4 Karten. (Heft 7.) Kart. RM 1.20

„... Das Buch ist ausgezeichnet. Es ist erstaunlich, wie es dem Verfasser gelungen ist, auf knapp 60 Seiten dem Leser ein so erschöpfendes Bild von Wesen und Bedeutung der Seeherrschaft zu vermitteln. Sei es, daß grundsätzliche Probleme der Seeherrschaft, sei es, daß brennende Gegenwartsfragen behandelt werden, auf alles findet der Leser eine erschöpfende und fachkundige auf reiches Tatsachenmaterial gestützte Antwort.“ (Vizeadmiral a. D. Dr. h. c. G. R o o s, Bln.-Charlottenbg. 21. 10. 37.)

Der Ostseeraum Von Wulf Siwert. Mit 9 Karten. (Heft 8.) Kart. RM 1.80

„Von dem mehr als 2000 jährigen Ringen um die Beherrschung der Ostsee gibt das Buch, auch im Hinblick auf ihre geopolitische Bedeutung in klarer, anschaulicher Weise Kunde. Das eingehende Studium der historischen Entwicklung des Ostseeraumes — der abwechselnd der Ruhe des Nordens und der Gärung weltpolitischen Ereignisse unterworfen war — bildet die Voraussetzung für das Verstehen der gegenwärtigen Probleme. Um so wertvoller ist es, daß ein Buch, wie das vorliegende, wichtige historische Erkenntnisse in kurzer, übersichtlicher Form vermittelt.“ (Reichsb. dtsh. Seegelung e. V., Berlin. 5. 4. 38.)

Nordosteuropa Völker und Staaten einer Großlandschaft

Von Dr. Werner Essen. Mit 11 Karten. (Heft 11.) Kart. RM 1.20

„Die sehr aufschlußreiche Schrift ist nach zwei Seiten hin als besonders wertvoll anzusehen, einmal bezüglich der ethnologischen Fragen, die mit dem Nordostraum verbunden sind, und zweitens hinsichtlich der weltpolitischen Behandlung der neuen Ost- und Nordoststaaten in ihrer Beziehung zum deutschen Raum und Volk und untereinander. Gründlichkeit und Sorgfalt kennzeichnen diese Arbeit, die überall zu zweckentsprechender Vertiefung der Schulung herangezogen werden sollte.“ (NS-Briefe.)

„Die wertvollen Schriften sind gut ausgestattet, billig und mit vielen übersichtlichen Karten versehen.“ (Ostdeutsche Monatshefte.)



Macht und Erde



Spaniens Tor zum Mittelmeer und die katalanische Frage

Von Franz Pauser. Mit 11 Karten.
(Heft 9.) Kart. R.M. 1.60

„Was die Schrift Pausers auszeichnet, sind straffe Linienführung im Aufbau des auf so knappen Raum behandelten Themas, klar durchdachte und scharf formulierte Gedankenschlüsse und eine gepflegte Sprache. Auch die Karten sind von großer Anschaulichkeit. Zu dieser Schrift wird jeder greifen, der sich schnell aber gründlich über das spanische Volks- Staats- und Raumproblem unterrichten möchte.“ (Volk und Reich.)

Der Ferne Osten

Macht- und Wirtschaftskampf in Ostasien

Von Dr. Gustav Fochler-Hauke.
2. Aufl. Mit 8 Karten. (Heft 3.) Kart.
R.M. 1.60

„Fochler-Hauke schildert uns das geschichtliche Werden, die Eigenart und die Stellung der drei größten

Mächte Ostasiens, China, Japan und Rußland, innerhalb des Kräftespiels im Großraum Ostasien. Das Buch zeichnet sich durch eine aner kennenswerte Klarheit und Übersichtlichkeit in der Darstellung der so komplizierten Probleme des Fernen Ostens aus. In ihrer knappen, sachlichen und schlichten Form, die alle wesentlichen Züge einfach und klar herausstellt, ist diese Schrift wohl die beste Einführung zum wirklichen Verständnis des heutigen Geschehens im Fernen Osten.“ (Ostasiatische Rundschau.)

Südostasien Ein Kampffeld der Zukunft zwischen Weiß, Rot und Gelb

Von Dr. Kurt Biersbitzky. Mit 6 Karten. (Heft 10.) Kart. R.M. 1.50

„Die klar aufgebaute geopolitische Studie über Südostasien soll besonders empfohlen werden; denn sie vermittelt ein zwar gebrängtes, aber umfassendes Bild der politischen Probleme dieses Raumes. Wir werden mit den Grundlagen der europäischen Kolonialherrschaft vertraut gemacht, lernen die ganz anders geartete, flaggenlose Wirtschafts- oder Handelskolonisation Chinas und die beginnende japanische Wirtschaftsexpansion kennen, ebenso wie die nationalistischen Bewegungen der Eingeborenen, die vielfach mit dem Bolschewismus vergesellschaftet sind. So erleben wir in dem zuverlässigen Buch Südostasien als das Kampffeld der Zukunft zwischen Weiß, Rot und Gelb.“ (Zeitschrift für Erdkunde.)

Im Anschluß an die Sammlung erschien:

Stmacht-Weltmacht Die räumlichen Grundlagen der Erdölkämpfe

Von Dr. Johannes Stoye. Mit 6 Karten. Kart. R.M. 1.20

„Die Schrift ist leicht lesbar. Das umfassende und zuverlässige Material z. B. über die Verteilung des Erdölvorkommens über die Erde ersetzt ein ganzes schweres Handbuch über diese Frage. Die Schrift vermittelt dem Leser ein abgerundetes und übersichtliches Bild.“ (Kasseler Neueste Nachrichten.)

„Alles in allem stellt die Sammlung ‚Macht und Erde‘ ein nützliches Stück Arbeit an der Verbreitung politischer Bildung im deutschen Volke dar.“ (Ver gangenheit und Gegenwart.)

JOHANNES KÜHN

Über den Sinn des gegenwärtigen Krieges¹⁾

II. Das Problem der Führung in Europa

Sollte jenes im ersten Aufsatz erörterte geopolitische Grundgesetz Europas, das Gesetz vom politischen Südwestgefall und Nordostrückstoß der europäischen Völker, in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen schweigen? Im Gegenteil findet es hier die reichste Bestätigung. Als die Franken sich in den Besitz Galliens gesetzt hatten, begnügten sie sich nicht damit, die ebenfalls eingedrungenen Westgoten und Burgunder zu schlagen, vielmehr machten sie kehrt, brachen durch die ungeschützte (genau in der Rückstoßrichtung unseres Gesetzes liegende) Nordostseite des Landes und begannen auch die nachdrängenden germanischen Stämme, einen nach dem anderen, zu unterwerfen. Es war die großartigste Rückstoßbewegung, die von Frankreich ausging. Sie umspannt drei Jahrhunderte (Ende des 5. bis Anfang des 9. Jahrhunderts). Das merowingische und das karolingische, kurz das fränkische Großreich ging aus ihr hervor. Alle germanischen Stämme des eigentlichen Kontinents sowie ein Kranz abhängiger fremder Völkerschaften im Osten, von der Ostsee bis zur Adria, wurden von ihm umfaßt. Dann schieden sich innerhalb dieses Gebildes Deutschland und Frankreich. Auf diese beiden großen Völker verteilt sich nun Stoß und Rückstoß. Und von jetzt an war es wohl so, wie Franzosen gerne klagen, daß Frankreich unablässig von deutschen „Invasionen“ heimgesucht wurde?²⁾ Es ist vielmehr sehr auffallend, daß dies, aufs ganze gesehen, so verhältnismäßig selten geschah. Es ist jedoch erklärlich. Deutschland hatte außer der westlichen noch drei andere lockende Fronten einer Expansion seiner Volkskraft: die nördliche oder Meeresfront beherrschte der Kaufmann, die östliche oder kontinentale der bäuerliche oder bürgerliche Kolonisator, der Ritter und der Fürst, die südliche oder italisch-mittelmeerische die große Politik der deutschen Könige.

Es gibt nur zwei Perioden deutscher Expansionen nach Südwesten, nur zwei Großaktionen des deutschen Raumes gegen den französischen. Die erste fällt ins 9. bis 11. Jahrhundert und hat die Teilung des Karolingerreiches zum Anlaß. Von den drei Reichen, die damals (843) aus der Karte geschnitten wurden, sollte das schmale mittlere, von der Nordsee bis zur Provence und Mittelitalien reichende, das Kaisertum tragen. Aber diese Dynastie ging bald zugrunde, das unmögliche Mittelreich brach in Stücke. Um diese ging der Kampf. Bei der Schwäche des damaligen französischen Königtums gelang es Deutschland, sich die Stücke des geborstenen Mittelreiches nacheinander einzuverleiben. Bis 925 war das nördliche Stück, Lotharingen, in deutscher Hand. 962 legte Otto mit der Aufrichtung des gesunkenen Kaisertums die Hand auf Italien. Und 1034 kam auch der mittlere Teil, Burgundrelat, unter deutsche Hoheit. Damit war das ganze Mittelreich von 843 mit dem Reich vereinigt, die Westgrenze des ersten wurde die Westgrenze Deutschlands — gewiß sehr bedeutungsvoll; denn damit wurden Maas und Rhone deutsche Flüsse, die deutsche Grenze schnitt tief in das Sprachgebiet des sich früher als Deutschland

1) Siehe den ersten Aufsatz im Febr.-Heft.

2) Bainville, *Histoire de deux peuples* 1915, behauptete ohne Erröten, daß Deutschland alle 44 Jahre über Frankreich herfällt!

national festigenden französischen Volkes, eine ständige Herausforderung seines Rückstoßwillens.

Der zweite große Südwestvorstoß aus Deutschland geht von den Habsburgern aus, die es durch mehrere ihrer berühmten Heiraten (die burgundische und die spanische) dahin brachten, daß Anfang des 16. Jahrhunderts Frankreich auf zwei Seiten von habsburgischem Besitz umfaßt war, dessen Herr auch noch deutscher Kaiser und Herr Italiens wurde (Karl V.). Die burgundischen Besitzungen lagen zum Teil auf altfranzösischem Boden. Ihre Erwerbung durch ein deutsches Fürstengeschlecht, das die deutschen Kaiser zu stellen pflegte, bedeutete in der Tat einen Stoß ins Herz Frankreichs. Am Ende der langen Kämpfe, Mitte des 16. Jahrhunderts, blieben tatsächlich einige Stücke altfranzösischen Bodens, Flandern und Artois, in habsburgisch deutschem Besitz; auch die Schelde war jetzt deutscher Fluß.

Aber längst vor dieser zweiten und letzten, für Frankreich wahrlich bedrohlichen Großaktion aus Osten war Frankreich in eine Rückstoßbewegung eingetreten, zu der alle Jahrhunderte seit dem 13. Beispiele liefern. Schon der erwähnten Auflösung des karolingischen Mittelreiches sah es nicht ruhig zu. Es stieß schon damals zum Rhein vor, nur konnte es sich nirgend behaupten. Seit aber ein erbliches, national-französisches Königtum fest begründet war (um 1200), begann der Vormarsch nach Osten, dessen Fortschritte von Jahrhundert zu Jahrhundert eine besondere Karte unserer historischen Atlanten zu verzeichnen pflegt. Diese gewaltige, immer wieder durch anderweitige äußere und innere Verwicklungen Frankreichs unterbrochene Rückstoßbewegung begann im 13. Jahrhundert im Süden der Ostfront, setzte sich im 14. auch im Norden fort, nahm im 15. die Form wiederholter Einfälle im Elsaß an, brachte im 16. Metz, Toul und Verdun sowie Cambrai an Frankreich — daß nicht schon damals Straßburg französisch wurde, lag nicht an Frankreichs Zurückhaltung —, und bewirkte im 17. Jahrhundert jene großartige Verschiebung der Grenze auf breiter Front vom Genfer See bis zur Kanalküste, die Frankreich auch zum Herrn des Oberrheins machte. Selbst die schwächere Politik des Ancien régime sicherte Lothringen für Frankreich. Die Revolution und Napoleon aber setzten die Bewegung hemmungslos fort, so daß 1810 Frankreich bis Lübeck reichte. Kaum daß Frankreich 1815 im wesentlichen auf die Staatsgrenzen von 1792 zurückgewiesen war, wurden neue Stöße geplant (1829, 1840), und Napoleon III. geriet über seiner von Bismarck vereitelten Rheinpolitik schließlich in den Krieg mit Deutschland, dessen unglückliches Ende im nächsten Krieg 1914 wettgemacht werden sollte. Denn Deutschland ging in diesen Krieg (in dem es töricht genug war, Frankreich formell die Rolle des Angreifers abzunehmen) ursprünglich ohne eigene Kriegsziele nach Westen. Derselbe Sachverhalt ist im gegenwärtigen Krieg so offenbar, daß es schien, als wolle Deutschland den Krieg seitens Frankreichs gar nicht annehmen.

Wahrhaftig: hier sieht man unser Gesetz am Werk. Und doch ist es ein ganz anderer Sachverhalt, der diesen Geschehnissen erst ihren besonderen, ja einzigartigen Charakter verleiht.

Beginnen wir mit der Geographie. Wir haben im ersten Aufsatz das monotone, gigantische Eurasien vom zierlichen, reichgegliederten Europa (bis zur Ostsee-Schwarzmeerlandenge) geschieden. Der eigentliche Leib oder Rumpf dieses Gliederbaues ist allein in dem geographisch einheitlich gebildeten französisch-deutschem Tiefebene- und Bergland zu suchen. Dieses von parallelen Flüssen durchströmte,

klimatisch nur allmähliche Übergänge aufweisende Gesamtgebiet ist der Kern Europas. In einer Hand vereinigt, macht es seinen Besitzer zum Gebieter Europas. Auch eine Verbindung der Glieder könnte es nicht überwältigen. Selbst Rom mit seiner so überlegenen Zivilisation und Waffentechnik gelang die Überwältigung des Kerns nicht vollständig. Und dies zu einheitlichem Besitz wie vorbestimmte Gebiet trat in die neuere europäische Geschichte auch wirklich als politische Einheit ein: eben in Form des fränkischen Großreichs.

Aber diese Einheit zerbrach. Natürlich nicht allein an der Laune des karolingischen Erbteilers, sondern auf die Dauer und wesentlich darum, weil sich in ihr zwei Völker herausbildeten. Und diese Herausbildung zweier Völker war das Werk der fortwirkenden Kräfte des römischen Reichs. Der westliche Teil des europäischen Rumpfes war ein halbes Jahrtausend und länger römischer Boden gewesen mit einer von den eindringenden Germanen nur überdeckten provinziäl-römischen Bevölkerung, hatte Roms Sprache, Sitten, Einrichtungen, Verwaltungsformen, seine Lebens- und Denkart geerbt. In ihm schien sich Rom fortzusetzen. Der östliche Teil, Deutschland, hatte kein solches unmittelbares Verhältnis zum Altertum. Hier bedurfte das Altertum gleichsam der Übersetzung, es lag nicht im Blute. So erschien in Frankreich Kultur trotz aller nordischen Ein schläge stets auch als ewige Fortzeugung antiker Zivilisation, während dem Deutschen Kultur ein universalistisches Bemühen war, in dem die Antike nur einen Einschlag bildete. Daher der tiefe Zwiespalt des Lebensgefühls, der den Franzosen in allen Dingen mindestens äußerlich von Ordnung, Regel, Setzung, statischen Verhältnissen ausgehen ließ, während er im Beginnen der Deutschen Paradoxie, Stillosigkeit, dunkel unberechenbaren Drang und beängstigende Dynamik erblickte. Um Echtdeutsches wirklich aufzunehmen, bedarf der Franzose seinerseits einer Art Übersetzung. Das ist bis in die Gegenwart oft, zuweilen in schneidender Form ausgesprochen worden, deutsche „Kultur“ ist als Gegensatz zu französischer, d. h. (nach französischer Ansicht) europäischer Zivilisation hingestellt worden¹⁾. So also hat das posthume Rom das aus Einem Mutterschoß, dem fränkischen Reich, stammende Geschwisterpaar Frankreich und Deutschland getrennt.

Hieraus entsprangen nun die bedeutsamsten Folgen: 1. Es konnte schon aus diesem Grunde über Europa keine dauernde Herrschaft geben, da diese nur von der Mitte hätte ausgehen können, die Mitte aber gespalten war. 2. Da Frankreich und Deutschland, Besitzer des geographisch einheitlichen Rumpfes von Europa, die Erben desselben karolingischen Reiches sind, dessen Reichstradition nie völlig unterging und in beiden gleich stark, wenn auch auf verschiedene Weise enthalten ist und erhalten blieb, so folgt, daß beiden Ländern die Tendenz innewohnt, in Europa eine — nicht „herrschende“; denn das erwies sich als nicht mehr möglich, wohl aber — „führende“ Stellung einzunehmen. Mit anderen Worten: aus der politischen Zweigung des europäischen Kerns entsprang der Kampf um die Führung in Europa.

Der Unterschied von Herrschaft und Führung ist klar, wieviel Übergänge auch

1) In „La marche à la guerre“ (1920), S. 345, gibt J. Bardoux das Gespräch Bethmanns mit dem britischen Botschafter Goschen vom 29. 7. 1914 wieder und resümiert so: „Le barbare, victime de son hérédité prussienne et de sa culture germanique, oublie qu'il parle à un civilisé.“

die Wirklichkeit erzeugen mag. „Herrschaft“ ist auf Erzwingbarkeit, „Führung“ auf Freiwilligkeit begründet. Wie wenig auch Herrschaft den Beherrschten unter Umständen aufliegen mag — es ist auferlegt; wieviel auch Führung von den Geführten unter Umständen erreichen mag — es ist dargeboten. Einem „führenden“ Unternehmen vergleichbar, das andere Geschäfte schon durch Umfang und Gehalt seiner Leistungen zwingt, sich nach ihm zu richten, vermag ein Staat durch geographische Lage, Größe, Volkszahl, kulturelle Sättigung und die aus alledem hervorgehenden Kräfte, der politischen an der Spitze, eine führende Stellung im Umkreis anderer Staaten einzunehmen. Auf juristische Festlegung kommt es hierbei gar nicht an¹⁾.

In dieser Form trat in Europa zum ersten Male — denn alle bisherigen Weltreiche waren Herrschaftsreiche —, zum erstenmal wenigstens in solchem Umfang, eine freie Völkerfamilie ins Leben, in der Herrschaft durch Führung ersetzt war. Gewiß erhielten sich Elemente des aus dem römischen Reich nachwirkenden Herrschaftsgedankens: im karolingischen, selbst noch im mittelalterlichen Kaiserreich, in der Großkirche; er lebte in Napoleon wieder auf. Aber Führung blieb und setzte sich durch. Und sie ging vom doppelten Kern Europas aus. Staaten, die sich von den Gliedern Europas her, also anormal und natürlich vergeblich zur Führung Europas drängten, suchten ihre Legitimation auf mitteleuropäischen Schlachtfeldern (Spanien, Schweden). Hier also liegt das deutsch-französische Problem beschlossen: der beiden Staaten nach Lage, Größe, Geschichte und Kraft eingestiftete Anspruch auf führende Stellung in Europa.

Wie spiegelt sich das in der Geschichte? Nach der Teilung des karolingischen Reiches nahm zunächst der Ostteil, also Deutschland, den Reichsgedanken auf: vom 10. bis 13. Jahrhundert war Deutschland in Europa führend. Doch erhob sich inzwischen Frankreich; es gelang ihm, mit päpstlicher Hilfe dem deutschen Kaisertum den tiefsten Sturz zu bereiten. Und alsbald setzten seine Bemühungen ein, selbst das Kaisertum zu erwerben. Nicht weniger als zehn französische Bewerbungen um die deutsche Krone zählt man. Doch hatten die Päpste keinen Grund, die Kaiserwürde lieber mit dem erblichen französischen König als mit dem schwächeren deutschen Wahlkaiser verbunden zu sehen. Und so blieb der Titel bei Deutschland, nach der Macht aber, die zur Führung gehört, begann Frankreich die Hand auszustrecken. Und über diesem Streben bildete es jene Politik aus, die mit so bemerkenswerter Offenheit Bainville in einem Buch von 1915 zum Teil formuliert hat²⁾. Ihre Hauptstücke sind: Streben nach der Kaiserwürde; Streben nach dem Zugang zum Rhein; Erhaltung des Reiches in möglicher Uneinigkeit durch Förderung aller territorialen, ständischen, religiösen Gegensätze im Reich; Versuche, Deutsch-

1) Trierpel in seinem bedeutenden Buch über die Hegemonie (1938) räumt dies zwar ein, fällt jedoch stets in juristische Betrachtung zurück. Wie wäre es sonst möglich, daß er seitenlang von der USA-„Hegemonie“ über Cuba handelt — in Wirklichkeit ein verkapptes Herrschaftsverhältnis —, während er eine Hegemonie in Europa, also eine der bemerkenswertesten Formen, überhaupt leugnet! Zu einer Kritik des auch in seinen Begriffen widerspruchsvollen Werkes ist hier nicht der Ort.

2) „Die ganze Politik der Monarchie war darauf gerichtet, Deutschland zu teilen und in anarchischer Zerstückelung zu halten.“ Der Westfälische Friede war „das Vorbild jedes ernsten und dauernden Friedens mit den deutschen Landen“. „Die Gerechtigkeit ist auf die Niederhaltung Deutschlands gegründet“ und „fiel mit dem Wohl Frankreichs zusammen“!

land im Osten mit antideutsch gerichteten, Frankreich freundlichen Staaten zu umgeben (Ungarn, Polen, Türkei, Schweden, Rußland, Tschechoslowakei). Was Frankreich hierbei eigentlich und immer bekämpfte, war Deutschland (das deutsche Kraftpotential). Der Form nach dagegen bekämpfte es den in Deutschland jeweils Mächtigsten; es suchte zu verhindern, daß das deutsche Kraftpotential jemals dem Mächtigsten ganz zur Verfügung stand. Solange die Habsburger Kaiser waren und wegen ihrer bedeutenden fürstlichen Hausmacht als Mächtigste erschienen, blieben sie der Gegner, tobte der Kampf zwischen Lilie und Doppeladler. In dem Augenblick, in dem Frankreich den Eindruck gewann, die Macht werde auf einen anderen, Preußen, übergehen, wandte sich die französische Politik gegen diesen. Das war schon 1756 der Fall, dann seit 1866.

Daß Frankreich nach dem Fall des mittelalterlichen deutschen Kaisertums die führende Stellung alsbald eingenommen habe, wird man nicht behaupten dürfen, der Anspruch war ohne Zweifel da. An der Erreichung des Zieles wurde es — nach den endlosen Verwickelungen mit England — auch durch die energische Wiederaufnahme der Führung durch einige Habsburger (Maximilian und besonders Karl V.) gehindert. Erst nach Spaltung der habsburgischen Linien und Beendigung der Hugenottenkriege gelangte Frankreich zu einer langen Periode unbestrittener Führung, die in Ludwig XIV. gipfelt. Das Ancien régime, das die Führung vernachlässigte, wurde von der Revolution weggefeht, die, zumal in Napoleon I., die führende Stellung nochmals bis zur Herrschaft hinaufzutreiben suchte. Aber schon beginnt, und nun unaufhaltsam, die deutsche Besinnung, der Wille zur Einheit und das Bewußtwerden deutscher Kraft. Die Ära Metternich sah gewiß nur eine sehr mangelhafte Form deutscher Einheit. Und doch genügte sie, genügte besonders die freiwillige Zusammenarbeit Preußens mit Österreich, um Deutschland die offenbare Führung in Europa wieder zu verschaffen. Neuer Ausbruch der innerdeutschen Rivalität um die Jahrhundertmitte — und die Führung geht auf Frankreich über (Napoleon III.). Endgültige Herstellung der deutschen Einheit unter Bismarck — und Deutschland gewinnt die führende Stellung in Europa zurück, eine Führung, wie sie wohl niemals klüger, europäischer geübt wurde. Bismarcks Nachfolger jedoch verstanden nichts von dieser Führung und zerstörten die kaum wieder begonnene Tradition; den Anspruch darauf gaben sie aber keineswegs auf. Aus diesem Mißverhältnis von Anspruch und politischem Können ging nicht zuletzt der sogenannte Weltkrieg hervor. Er war, von hier aus gesehen, der Versuch Frankreichs, Deutschland die Führung, die es ihm 1870 nicht hatte vorenthalten können, wieder aus der Hand zu schlagen. Und infolge einer Reihe für Deutschland ungünstiger und wie gesagt politisch nicht unverschuldeter Momente erhielt Frankreich die Oberhand. Was geschieht? Es sucht die neuerlich erlangte Führung durch Anwendung der aus der alten französischen Königspolitik bekannten Mittel (siehe oben) in modernraffinierter Steigerung zur Niederhaltung Deutschlands zu verwirklichen. Und doch konnte diese neue französische Führung nicht von Dauer sein. Sie stand auf zu schmaler Basis. Die ganze Entwicklung des 19. Jahrhunderts hat dahin geführt, daß die deutsche Basis sich verbreiterte, die französische hinter ihr, zuletzt beinahe hinter der anderer Völker zurückblieb. Solange die deutsche Einheit erhalten bleibt, kann aber auch ein solcher Schlag wie die Niederlage von 1918 die deutsche Kraft nur zurückwerfen, ihren Wiederaufstieg jedoch nicht hindern. Keine Politik der

Welt kann, solange die deutsche Einheit erhalten bleibt, verhindern, daß es doppelt soviel Deutsche als Franzosen gibt, daß Deutschland einen soviel höheren Volksdruck aufweist, der zu ganz anderer Betätigung zwingt, daß Deutschland über eine ungleich stärkere industrielle Rüstung verfügt, daß das deutsche Kraftpotential und erst recht der deutsche Betätigungswille die französischen weit übertreffen. In alledem besteht eben eine wachsende Überlegenheit Deutschlands. Und auf diese gründet sich nun auf natürliche Weise der deutsche Führungsanspruch vor dem französischen, der nur noch eine künstliche und gewaltsame, d. h. unnatürliche Begründung finden kann. Der ganzen Entfaltung des deutschen Lebens im 19. Jahrhundert, politisch ausgedrückt im Bewußtsein der Patrioten von 1813, in außenpolitischen Visionen der Achtundvierziger, erstmals erfüllt in Bismarck, der sich auf die oberen Schichten, neuerlich in Hitler, der sich auch auf die breiten Massen stützt, trat Frankreich 1870, 1914 und wiederum heute in den Weg. Es bleibt seiner alten Politik treu, obwohl doch die Voraussetzungen sich geändert haben: die starke relative Überlegenheit Deutschlands an Stelle der früheren relativen Gleichwertigkeit und die unbezweifelte Einheit Deutschlands statt der früheren selbstgewählten deutschen Zerklüftung. Da Frankreich dies weiß, bleibt ihm nur der Versuch, nun auch die alten Voraussetzungen zwangsweise wiederherzustellen: Einengung der deutschen Kraft und Zerstörung der deutschen Einheit. Das ist heute das traurige Ziel. Aber es ist reine Unnatur.

Frankreich und Deutschland werden also getrennt, erstens weil Deutschland in der Hauptrichtung des französischen Rückstoßes liegt und Frankreich schon jede Stärkung Deutschlands an anderen Fronten als im Westen (z. B. in Osteuropa) als einen gegen den Westen, d. h. gegen Frankreich gerichteten, Vorstoß betrachtet, der es zu Rückstoßbewegungen berechtigt, zweitens weil Frankreich und Deutschland schicksalsmäßig zu Rivalen im Kampf um die führende Stellung in Europa wurden als gemeinsame Besitzer des europäischen Kernlandes und als gemeinsame Erben des karolingischen Reiches und damit der Führungsidee, drittens weil Frankreich sich als wahren Erben klassischer Kultur, wahren Vertreter europäischer Zivilisation betrachtet, Deutschland dagegen als gefährlichen Fremdling empfindet. Das sind Tatsachen von ungeheurem Gewicht. Sie unterstützten einander und wiegen um so schwerer, je unnatürlicher Frankreichs Anspruch wird und je krampfhafter es ihn daher behaupten möchte.

Der nächste Sinn dieses Krieges mit Bezug auf das deutsch-französische Verhältnis wird demnach nicht in Eroberungen liegen, sondern in der Er kämpfung der Anerkennung der führenden Stellung, in die wir seit einem Jahrhundert immer mehr und mit immer größerem Vorsprung vor Frankreich von selbst hineingewachsen sind. Wir befinden uns nochmals im Kampf um die Führung in Europa. Diese ist keine Sache bloßen Ehrgeizes, sie ist eine Aufgabe, die das Schicksal dem jeweils Stärksten stellt. Wie sie zur Zeit der hoffnungslosen Zerklüftung Deutschlands Frankreich aufgegeben war und von ihm — damals mit Recht — ergriffen wurde, so ist sie nun seit langem Deutschland gestellt. Verleugnen wir sie, so bleibt schließlich Auflösung oder Verschweigerung. Auflösung: warnende Beispiele sind die heute noch um uns herum liegenden Trümmerreste des alten Deutschen Reiches, die infolge der deutschen Uneinigkeit und des Verzichts auf geschlossenen Machteinsatz abbröckelten: Holland, Belgien,

Luxemburg, Elsaß, Schweiz. Verschweigerung aber schützt auch nicht vor Vernichtung; und jedenfalls zählen in der Weltgeschichte nur diejenigen Völker ganz, die sich einen vollkommenen, d. h. aber auch einen politischen Ausdruck zu geben wußten.

Ist nun das Gewicht der erwähnten Tatsachen so ungeheuer, daß überhaupt kein Weg ins Freie führt, daß es ewig bei diesem tödlichen Gegensatz der beiden Volksgeschwister bleiben muß? Oder könnte ein *weiterer Sinn* dieses Krieges darin bestehen, Frankreich die Unmöglichkeit der künstlichen Niederhaltung Deutschlands nochmals zu beweisen und damit eine Grundlage künftigen Zusammengehens beider Völker zu schaffen? Wahrscheinlich würde die überwältigende Mehrheit beider Völker diese Frage bejahen. Eine stattliche Literatur bietet sich bereits dar¹⁾. Wohlgemerkt: nicht von einer nebelhaften und mißtrauischen „Verständigung“ ist die Rede, sondern von der allein wertvollen wirklichen Aussöhnung, d. h. einer Stillegung und Veredelung der Kräfte, die Deutschland und Frankreich seit tausend Jahren getrennt haben.

Aber welche Schwierigkeiten türmen sich da! Ich sehe ganz ab von Schwierigkeiten, die darin liegen, daß Politiker in der schneidenden Luft der Verantwortung, unter dem Druck der Tradition ihrer auswärtigen Ämter und der hinter dem ganzen Staatsapparat stehenden entscheidenden Gesellschaftsschichten anders sprechen und handeln als freie Schriftsteller oder Oppositionelle. Prüfen wir nur die Hauptpunkte. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich und Deutschland von anderen Mächten umgeben sind, kann man folgende Sätze aufstellen: 1. Solange Frankreich glaubt, die Kraft Eurasiens, also unseres östlichen Nachbarimperiums, ohne eigenen Schaden gegen uns kehren zu können, ist keine deutsch-französische Aussöhnung wahrscheinlich. Diese hat also eine feste Bereinigung des deutsch-russischen Verhältnisses zur Voraussetzung (vgl. den Schluß des ersten Aufsatzes). 2. Solange das britische Weltreich in seiner bisherigen Form, d. h. als Weltmonopolist bestehen bleibt, ist jede deutsch-französische Aussöhnung unmöglich. Das französische Bedürfnis der Rückendeckung gegen das stärkere Deutschland und das britische Bedürfnis eines Kontinentaldegens gegen Deutschland werden sich, in magnetischer Anziehung, finden (wie sie es 1904, 1914, 1939 getan haben), bis das englische Weltmonopol (nicht der englische Staat oder das englische Reich!) gebrochen ist. Mit anderen Worten: eines neuen außenpolitischen Weltsystems bedarf es, ehe Frankreich und Deutschland ihre Kräfte vereinigen können, statt sie gegeneinander zu führen. Das wird erst im dritten Aufsatz deutlich werden.

Was aber die innere Willenshaltung betrifft, die für einen Akt der Aussöhnung nötig wäre, so darf man nach allen bisherigen nicht geringen Erfahrungen sagen: jede Hoffnung auf allmähliche Wandlung des Sinnes durch Reden, Besuche, Literatur, diplomatische „Verständigung“ ist ganz eitel. Nur eins, eigentlich ein Dop-

1) Vieles, was unter der Maske der „Verständigung“, oder auch mit wirklichen Bedürfnis danach in Frankreich geschrieben wurde, ist nichts als ein Versuch, den Status quo mit andern Mitteln zu erhalten. Man sehe W. d'Ormessons engl.-franz.-deutsche „Dreieckspolitik“ („Vertrauen zu Deutschland?“ 1929); man entdeckt schließlich das gleiche auch in dem von Briand 1930 den Mächten vorgelegten Memorandum (Europaplan). Nicht wenige Autoren jedoch wünschen eine grundsätzliche Bereinigung, nicht unähnlich der im Text am Schluß angedeuteten.

peltes, kann einen Wandel der Gesinnung zur Folge haben: Nämlich 1. die erschütternde Erfahrung, daß Deutschland nicht mehr niederzuringen ist und mit ihm als führender Macht gerechnet werden muß. Und 2. die Einsicht beider Teile in die Wahrscheinlichkeit, durch Aufgabe der Rivalität und Verschränkung der beiderseitigen Kräfte wesentliche Vorteile davonzutragen. „Fusion oder Krieg“, so schrieb Fabre-Luce vor zwölf Jahren. Der Krieg kam, wird nach ihm die Fusion kommen? Jedenfalls liegt dem Wort eine tiefe Wahrheit zugrunde, der auf beiden Seiten schon wiederholt Ausdruck gegeben worden ist! Ist auch an eine eigentliche Verschmelzung beider Völker nicht zu denken (obwohl selbst hier gewisse Möglichkeiten bestehen), so doch an eine gemeinsame Inangriffnahme großer Aufgaben. Wir würden politisch freie Hand im Osten haben, aber Frankreich auch dort beteiligen können. Frankreich würde sein Kolonialreich behalten, aber gemeinsam mit uns erst an seine eigentliche Erschließung gehen. Die beiden Volkswirtschaften würden sich in vielem parallel schalten lassen. Die Körper der beiden Reiche würden sich auf Grund politischer Zusagen und militärischer Abkommen nicht mehr mit nach außen gekehrten Stacheln, sondern mit glatten Flächen aneinanderlegen und eine Art Einheit bilden. Ist denn das Bewußtsein, daß Frankreich und Deutschland einmal in gemeinsamer Reichseinheit standen, ganz erloschen? Sind wir nicht etwa (nach Überwindung so vieler Trennungsgrößen: der Dynastien, des reinen Profitkapitalismus) auf dem Weg, jene umfassende Einheit in moderner, großräumig-organisatorischer Form wiederzubeleben?

Wenn so etwas einmal überhaupt möglich wäre, dann wäre gut, wenn auf der anderen Seite des Rheins Männer uns gegenüber stünden, die weder von Gefühlen des Hasses noch von solchen der Resignation geleitet sind, sondern echte Vertreter derjenigen Jugend, die Ideen mit realistischer Betrachtung und reines Nationalgefühl mit großräumigen übernationalen Abmachungen zu verbinden weiß. Dann könnte einmal der nächste Sinn des Krieges in Sachen des deutsch-französischen Verhältnisses in den unendlich erstrebenswerten weiteren Sinn übergehen.

Unser Ziel ist die Sicherung unseres eigenen Lebensraumes; und unter diesem Lebensraum verstehe ich alles das, was nicht durch die Engländer, sondern durch uns Deutsche kultiviert und wirtschaftlich erschlossen wurde. Es gibt nämlich einige solcher Gebiete. Zum mindesten in Mitteleuropa ist der befruchtende britische Einfluß in der Vergangenheit bis in die Gegenwart hinein noch nicht bemerkbar geworden. Dieses Mitteleuropa ist durch Deutschland aufgebaut worden. Und in diesem deutschen Lebensraum da wollen nun wir leben, und hier lassen wir uns das Leben auch nicht beschneiden. In diesem Lebensraum lassen wir uns auch nicht bedrohen, und hier lassen wir auch keine politischen Kombinationen aufbauen, die gegen uns gerichtet sind.

Adolf Hitler, 24. 2. 1940

F. C. STEFFEN

Die Stärkeentwicklung des englischen Heeres

Zum Schutze seines weltumspannenden Handels und seines ausgedehnten Überseebesitzes ist England darauf angewiesen, mehr Gewicht auf eine starke Kriegsflotte als auf ein großes Heer zu legen. Seine an der Verteilung der großen wirtschaftlichen Werte führend beteiligte Politik verwickelte das englische Imperium aber immer häufiger in Ereignisse, die auf diplomatischem Wege oder gar mit kaufmännischen Gepflogenheiten nicht mehr aus der Welt zu bringen waren, vielmehr das Auftreten eines starken Heeres erforderlich machten.

Das englische Imperium bedeckt eine Fläche von etwa 34 392 300,— qkm — ohne den englischen Sudan und ohne die Mandatsgebiete — und besitzt eine Einwohnerzahl von 516 Millionen. Fast ein Viertel der gesamten Landfläche der Welt gehört England.

Die Gliederung und den Aufbau der englischen Wehrmacht darzustellen, ist daher nicht ganz einfach; weil die verschiedenartigsten Systeme von Truppenaufstellungen und Ergänzungsformen sowie Truppenkontingenten bestehen.

Ein in Militärkreisen sehr bekannter Schriftsteller, der Major der kgl. Artillerie a. D. B. T. Reynolds, bringt in der Oktobernummer der amerikanischen Militärzeitschrift „The Military Engineer“ eine interessante Abhandlung über die Stärkeentwicklung der britischen Armee „The Extension Of The British Army“, die inhaltlich und auszugsweise hier wiedergegeben werden soll.

Der Verfasser, ein hervorragender Kenner der britischen Wehrmacht, führt aus, daß die Briten unheilbare Anhänger ihrer eigenen Erfahrung seien und daß sie immer erst dann einen Schritt vorwärts tun, wenn die Notwendigkeit sie dazu zwingt. In einem solchen Falle täuschen die Engländer gerne den Beobachter, indem sie alle bisherigen Argumente für ihre Handlungsträgheit über Bord werfen und in ganz kurzer Zeit die Maßregeln treffen, welche die Lage erfordert, um das Versäumte schnellstens nachzuholen.

Hauptsächlich die Ereignisse der Monate März und April des Jahres 1939 veranlaßten England dazu, eine Expeditionsarmee von 19 Divisionen aufzustellen, die es im Kriegsfall seinen Verbündeten zu Hilfe schicken könne. Weiter begann es, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, die Territorialarmee zu verdoppeln. Zu dieser Maßnahme sah es sich auf Grund der den Polen, Rumänen, Griechen und Türken gegebenen Garantie betreffend die Unabhängigkeit dieser Länder veranlaßt. Die Truppenkontingentierung enttäuschte aber, so daß England sich schließlich zu der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht veranlaßt sah.

Reynolds führt dazu aus, daß für einen Ausländer die Geisteshaltung eines Volkes, das so plötzlich einen Frontwechsel vorzunehmen fähig ist, ein vollständiges Rätsel sein müsse. Denn England hat im Verlauf seiner Geschichte jetzt zum vierten Male die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Bei allen früheren Gelegenheiten war die allgemeine Wehrpflicht immer nur bedingt und für einen bestimmten Zeitraum angeordnet und durchgeführt. Sie wurde 1803 zum ersten Male im Kriege gegen Napoleon eingeführt, aber nach seiner Beendigung wieder aufgehoben; zum zweiten Male wurde sie 1852 eingeführt, 1857 abermals aufgehoben; zum dritten Male 1916 während des Weltkrieges, um 1920 wiederum verabschiedet zu werden.

Die reguläre Armee wurde in der Nachkriegszeit um 2 Divisionen schwächer gemacht und hauptsächlich für „polizeiliche Aufgaben“ verwandt. Die Feldzüge an

der Nordwestgrenze Indiens, der „Polizeidienst“ in Palästina, Alarm und Streifzüge im Fernen Osten erfordern von den dabei eingesetzten Truppen Eigenschaften, die sich bedeutend von denen unterscheiden, die in einem großen Kriege verlangt werden. Der kurze Zeit dienende französische oder auch deutsche Soldat betrachtet nach Reynolds seinen Heeresdienst als Bürgerpflicht gegenüber seinem Vaterland. Seine ganze Ausbildung ist auf das Ziel der Landesverteidigung gerichtet. Der britische Soldat, der heute eine Barrikade in Shanghai besetzt, mit dem Befehl, bewaffnete Flüchtlinge eines geschlagenen chinesischen Heeres am Eindringen in eine internationale Ansiedlung zu hindern und der sich ein paar Wochen später dabei wiederfindet, das Hügelland Palästina von arabischen Schützen zu säubern, hat eine andere Antriebskraft nötig. Der politische Gesichtspunkt steht (neben dem Sold! — Die Schriftleitung) im Vordergrund.

Unter dem Cardwell-System gliedert sich die reguläre britische Armee theoretisch in zwei gleiche Teile. Während das erste Bataillon eines Regimentes im Ausland dient, bleibt das zweite in der Heimat und umgekehrt. Die Rekruten erhalten eine sechsmonatige Ausbildung im Regimentsdepot und werden dann zu dem in der Heimat Dienst tuenden Bataillon versetzt, von dem aus sie zu dem im Ausland dienenden Bataillon abkommandiert werden, um die Mannschaften zu ersetzen, die nach Ablauf ihrer Dienstzeit nach Hause zurückkehren und zur Reserve überschrieben werden. — Die Angehörigen der regulären Armee sind Söldner, die sich zu einer zwölfjährigen Dienstzeit verpflichtet haben. Davon mußten 7 Jahre aktiv bei der Fahne abgeleistet werden und 5 Jahre im Reserveverhältnis. Eine Zivilversorgung wie bei der deutschen Armee gibt es in der englischen Wehrmacht nicht, jedoch haben die Angehörigen der regulären Armee nach 21jähriger aktiver Dienstzeit bei der Fahne Anspruch auf Pension. — Das Auslandsdienst-Bataillon wird stets auf voller Kriegsstärke gehalten. Der in der Heimat verbleibende Truppenteil steht auf Friedensfuß und wird erst bei einer Mobilisierung durch Einziehung von Reservisten auf Kriegsstärke gebracht. Die Truppen der Heimat sind in Divisionen eingeteilt. Den Regimentsverband kennt die englische Armee an sich nicht; er ist nur ein organisatorischer Begriff, nicht aber ein taktischer.

In den Nachkriegsjahren verringerte sich die Stärke der in der Heimat stehenden regulären Armee durch schwache Einziehung von Rekruten einerseits und durch die dauernden Anforderungen von Verstärkungen für die Überseegarnisonen andererseits. Abrüstung war die Forderung des Tages. Der Soldat mußte sich beinahe wegen seines Daseins entschuldigen. Es kam so weit, daß das Heer als geringwertiges Anhängsel von Flotte und Luftwaffe betrachtet wurde. Immerhin bemühte sich die reguläre Armee trotz ihrer unvorteilhaften Lage darum, nützliche Versuche mit neuen Waffen und Ausrüstungsgegenständen anzustellen.

Die Territorialarmee

Die Territorialarmee verdankt ihr Bestehen den Reformen, die Lord Haldane 1905—1907 in der britischen Armee einführte. Ihre Tradition ist allerdings wesentlich älter. In Friedenszeiten füllen sich ihre Reihen durch Männer, die von der soldatischen Idee angezogen werden und bereit sind, nach Erledigung der Tagesarbeit ihre Abende den Anfangsgründen des soldatischen Handwerks zu widmen. Wörtlich führt Reynolds darüber aus: „Der beste Stamm, jene Leute, die es allein lohnt zu haben, sind die, die in die Territorialarmee nicht eintreten, um etwas zu gewinnen, und nicht eigentlich aus Patriotismus, sondern getrieben von etwas, was man in Ermangelung eines besseren Ausdrucks als soldatisches Gefühl (army instinct) bezeichnen könnte.“

Die Territorialtruppe wird im Frieden aus der Umgebung ihres Standorts mit

Offizieren und Mannschaften versorgt. Die Leute lassen sich für 4 Jahre eintragen und übernehmen die Verpflichtung zum auswärtigen Dienst im Falle der Not. Sie können nur durch eine Parlamentsakte eingezogen werden. Im ersten Jahr müssen sie vierzigmal und in jedem folgenden Jahr zwanzigmal exerzieren. Sie machen einen Handfeuerwaffenkursus auf dem Schießplatz mit und müssen mit ihrer Truppeneinheit im Sommer mindestens 8 Tage Dienst im Lager tun, in dem ihr Truppenverband 15 Tage verbleibt. Löhnung erhalten sie nur während des Lagerdienstes. Sobald ein Mann seinen vierjährigen Dienst erledigt hat, kann er seines Weges gehen. Es gibt kein Recht, ihn weiter im Dienst zu halten; auch leistet er keine Übungen mehr ab.

Die Fähigkeiten der Offiziere sind verschieden. Dreiviertel des Menschenmaterials, das die britischen Offiziere stellt, verdient seinen Lebensunterhalt in London und in einigen wenigen großen Städten. Daraus ergibt sich, daß die in diesen Städten aufgebauten Truppeneinheiten in bezug auf Führernachwuchs verhältnismäßig gut versehen sind. Hinzu kommt, daß eine Großstadt in gewisser Weise die Ausbildung begünstigt, weil die Menschen dichter beieinander wohnen, die Züge und Kompanien nicht, wie etwa auf dem Lande, auf eine Unzahl von Dörfern zerstreut sind. Die Offiziere haben besser Gelegenheit, zu Vorlesungen und taktischen Übungen ohne ihre Mannschaften zusammenzukommen. In anderer Hinsicht sind jedoch wiederum die Einheiten auf dem Lande besser daran, weil sie das Gelände, auf dem sie üben können, in größerer Nähe haben.

Um den Führernachwuchs an Stabsoffizieren zu fördern, sind in jüngster Zeit für die Territorialoffiziere Stabsoffizierskurse ins Leben gerufen worden. Der Stabs-offizier wird jetzt durch die eigene Formation gewählt und ernannt. Dieses System der Ernennung durch Wahl geht bis über den Brigadegeneral zum Divisionskommandeur hinauf. Ursprünglich waren diese Stellen ebenso wie die der Adjutanten den Einheiten der Offiziere der regulären Armee vorbehalten. Eine bestimmte Anzahl von Territorialoffizieren wird heute auch im Kriegsministerium voll beschäftigt.

Ausbildung und Führung der territorialen Divisionen liegen in der Hand der Divisionskommandeure. Zur Ausbildung werden Instruktionskommandos von aktiven Offizieren und Unteroffizieren gebildet, die vornehmlich aus dem „officers training corps“ stammen. — Das „officers training corps“ bildet die Schüler der höheren Lehranstalten in vierjähriger Ausbildung zu Offizieren der Territorialarmee aus. Die oberste Kommandogewalt liegt beim army-council. Man unterscheidet

a) Juniordivisionen, das sind die Jahrgänge, die aus den höheren Schulen stammen, und

b) Seniordivisionen, die sich aus Studenten der Universitäten ergänzen.

Die Offiziere der höheren Stellen der Territorialarmee bestanden meistens aus verabschiedeten oder auch zum Teil abkommandierten Offizieren des stehenden Heeres.

Die britische Aufrüstung

Die britische Aufrüstung begann nach Reynolds erst im Jahre 1936. Deutschland hatte also schon einen gewissen Vorsprung. Man brauchte in London Zeit, um in Gang zu kommen. Die britische auswärtige Politik ist bei mehr als einer Gelegenheit durch das Fehlen einer hinter ihr stehenden Wehrmacht gelähmt worden. Die Erfordernisse der Flotte und der Luftwaffe beanspruchten bei der Aufrüstung den Vor-

rang vor denen des Heeres. Der Staatssekretär des Krieges, der 1937 sein Amt antrat, war der Mann, der das Heer aus seinem Schläfe aufweckte. 1938 wurde die neue, mechanisierte Ausstattung der regulären Armee eingeführt. Verschiedene Kritiker, die dies nach den Erfahrungen des spanischen Krieges beurteilten, haben behauptet, daß die Mechanisierung zu weit gegangen sei, insofern als man die Stärke der modernen Verteidigung gröblich unterschätzt habe.

Dringend und in Verbindung mit der britischen Aufrüstung in Angriff genommen war der Luftschutz Großbritanniens. Nach dem Weltkriege waren die Ballonsperren und die Flakbatterien aufgelöst worden. Plötzlich sahen sich also London und die Industriebezirke des Südostens einem etwaigen feindlichen Flugzeugangriff ohne entsprechende Verteidigungsmittel preisgegeben. Die Änderung dieses Zustandes wurde 1936 und 1937 mit der Bildung von zwei territorialen Flakdivisionen begonnen.

„Die britische Aufrüstung wurde“, so sagt Reynolds, „nur unter inneren Widerständen als Antwort auf den äußeren machtpolitischen Druck begonnen, der sich aus der raschen Aufrüstung Deutschlands sowie dem Schmieden der Achse durch die deutsche Diplomatie ergab.“

Die britische geopolitische Lage unterscheide sich in verschiedener Hinsicht von der, die 1914 bestand. Heute seien Englands lebenswichtige und militärische Verbindungen im Mittelmeer durch Italien bedroht. Ägypten werde an seiner östlichen Grenze von Italienisch-Libyen in weit größerem Ausmaße gefährdet als es 1914 vom türkischen Sinai aus der Fall war. Es gebe Elemente der Unruhe im Nahen Osten. Die Möglichkeit allerdings, die Türkei, Griechenland und Rumänien gegen einen italienischen oder deutschen Angriff zu unterstützen, sei absolut gegeben.

Bei Ausbruch des Weltkrieges konnten fünf Divisionen regulärer britischer Infanterie und zwei Kavalleriedivisionen, ferner je zwei indische Infanterie- und Kavalleriedivisionen nach Europa gesandt werden, bevor die Territorialdivisionen feldtauglich und überseeische Garnisonen herangezogen worden waren, um sie zu verstärken. Reynolds folgert daraus, daß es zweckmäßig sei, die reguläre Armee des britischen Heeres ständig auf Kriegsfuß zu halten, da sie durch diese Maßnahme der Notwendigkeit einer Mobilmachung enthoben und stets einsatzbereit sei.

Anfang März 1939 wurde der Gedanke in die Tat umgesetzt, daß die gesamten regulären und territorialen Divisionen sich darauf vorbereiten müßten, bei Kriegsausbruch so schnell wie möglich auf dem Kontinente eingesetzt zu werden. Am 8. März brachte Hore-Belisha diesen Gedanken in seiner Rede zum Heereshaushalt im Unterhaus als die reiflich überlegte Politik der Regierung vor. Der Etat wurde später einstimmig angenommen. Außerhalb der politischen Führung, die bewußt auf den Krieg hinarbeitete, und der militärischen Kreise gab es wenig Menschen im Lande, die sich klar darüber waren, wohin diese Entscheidung führen mußte, noch ehe zwei Monate abgelaufen sein würden.

Die von Hore-Belisha in seiner Rede erwähnten Truppen bestanden aus folgenden 19 Divisionen:

- 4 regulären Infanterie-Divisionen,
- 2 regulären mobilen Divisionen,
- 9 territorialen Infanterie-Divisionen,
- 3 territorialen motorisierten Divisionen und
- 1 territorialen mobilen Division.

Dies war aber nicht mehr als eine schöne Geste. Denn tatsächlich standen dem Minister nur 4 reguläre Infanterie-Divisionen und 1 reguläre mobile Division zur Verfügung, die innerhalb kurzer Zeit nach der Mobilmachung England hätten verlassen können. Die 2. mobile reguläre Division war erst in der Aufstellung begriffen. Die regulären Divisionen standen im übrigen noch in der Ausbildung mit den neuen Waffen, die durch die Mechanisierung eingeführt waren. Die Reservisten waren mit ihnen überhaupt noch nicht bekannt und mußten längere Zeit brauchen, um sich damit vertraut zu machen. Die territorialen Divisionen befanden sich in noch schlechterer Lage, denn sie hatten überhaupt noch keine Gelegenheit gehabt, mit den neuen Waffen und Ausstattungen zu üben. Ja, ihre Neuausstattung war noch nicht einmal vollendet. Sie befanden sich noch auf Friedensfuß und besaßen keinerlei organisierte Reservisten. Ein anderer Paradeplatz der Rede Hore-Belishas war die Zuweisung von Geschwadern der kgl. Luftwaffe an die Armee zum Zusammenwirken mit dem Heer. Reynolds sagt wörtlich: „Für jeden, der etwas von militärischen Dingen versteht, und vermutlich gehört der deutsche Generalstab zu dieser Kategorie, bedeutete die Rede nicht mehr als eine schöne Geste.“

Der nächste Schritt kam noch nicht einen Monat später. Auch die territorialen Felddivisionen sollten auf Kriegsstärke aufgefüllt werden, damit sie gewissermaßen eine zweite Linie bilden könnten. Das bedeutete eine Sonderaushebung von rund 250 000 Mann. Die Leute kamen heran, anfangs tropfenweise und dann in einem ständigen Fluß entsprechend dem Ingangkommen des britischen Rekrutierungsfeldzugs. Gegen Ende April 1939 konnte man schätzen, daß die Hauptmasse der erforderlichen Mannschaften bis gegen Ende des zweiten Monats angetreten sein würde. Die oft gehörte Frage nach dem Zusammenbruch des Freiwilligensystems brauchte nicht mehr gestellt zu werden, wenigstens insoweit nicht, als eine Verstärkung des Heeres auf Mannschaften in Betracht kam. Vom militärischen Standpunkt aus war es sogar gut, daß der Aufmarsch nicht schneller erfolgte. Es zeigte sich nämlich bald, daß der Mechanismus der Territorialarmee bis zum Zerspringen angespannt war.

Die Stimmung unter den Soldaten war nach Reynolds resigniert und fatalistisch. Der Gehorsam gegen die „Wünsche des Volkes“, wie sie durch das Parlament vertreten werden, ist so in das Denken eines jeden britischen Soldaten hineingehämmert, daß nur wenige im Dienst oder im Ruhestand Befindliche es wagten, auf das Allheilmittel, nämlich die Wehrpflicht, hinzudeuten. Als dann die große Flut der gesetzgeberischen Tätigkeit im Parlament begann, wurden Rechenexempel aufgestellt, deren Richtigkeit sich erst noch erweisen soll.

Das Gesetz über den Militärdienst verpflichtete alle jungen britischen Untertanen von 20 und 21 Jahren, sich einer sechsmonatigen militärischen Ausbildung in der regulären Armee zu unterziehen. Man schätzte, daß dies im ersten Jahre ca. 200 000 Mann liefern würde und vielleicht 300 000 in den nächsten Jahren als Folge des Anstiegens der Geburtenzahl nach 1919. Nach der sechsmonatigen Ausbildung sollen die Milizmänner — so genannt nach der alten verfassungsmäßigen Heermacht, die auf die Zeiten der alten Sachsen zurückgeht — nach ihrem eigenen Wunsch entweder zur Reserve der regulären Armee oder zur Territorialarmee versetzt werden, wo sie zu einer ferneren Dienstzeit von 3½ Jahren verpflichtet sind, was zusammen 4 Jahre ausmacht. Das Gesetz soll 4 Jahre in Kraft bleiben, um später durch das Parlament jedesmal für eine Periode von 12 Monaten verlängert zu werden. Die ersten Milizmänner traten Anfang Juli in Erscheinung. Einzelheiten des Ausbildungsprogramms waren bis zur Abfassung dieses Aufsatzes noch nicht bekannt, jedoch bleiben die Rekruten — nach Reynolds — die ersten 2 Monate in der Ersatzabteilung des aktiven Regiments, wo man ihnen jede Er-

leichterung gewährt, besonders in bezug auf ihre persönliche Eignung. Seeleute gehen zur Flotte, Mannschaften mit entsprechenden Vorkenntnissen zur Luftwaffe usw. Die Mehrzahl ist jedoch für das Heer bestimmt. Die 4 letzten Monate werden bei den Bataillonen des Heimatheeres zugebracht. Der Kursus soll den Milizmännern das Maximum an praktischer militärischer Kenntnis vermitteln: die Ausbildung mit der Waffe, Felddienst usw. — aber mit einem Minimum an Drill und Äußerlichkeiten. Man sucht diejenigen herauszuziehen und zu fördern, die die Gabe des Führertums besitzen, ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft. Dieser Führernachwuchs wird während der sechsmonatigen Ausbildung nicht aus dem Kameradenkreis ausgesondert, wie das in der französischen Armee mit Reserveoffizieranwärtern geschieht. Alles soll so „demokratisch“ wie möglich gehalten werden. Alle sollen die gleiche Behandlung erfahren, ohne Furcht, Begünstigung, Parteilichkeit oder Neigung. Die reguläre Armee als Berufsheer ist fast noch demokratischer als die Territorialarmee, in der in normalen Friedenszeiten der soziale und finanzielle Faktor bei der Bestimmung des Kandidaten für eine Offiziersstelle oft eine erhebliche Rolle gespielt hat.

Die Einführung der Wehrpflicht in Friedenszeiten hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Gesetz betreffend die militärische Ausbildung (Military Training Bill) gelenkt, auf Kosten eines vielleicht noch weiter reichenden Gesetzes, das in der gleichen Zeit vor das Parlament gelangte. Dies war das Gesetz betreffend die Reserve und die Hilfsstreitkräfte (Reserve and Auxiliary Forces Bill); es sollte die Einberufung von Reservemännern und Hilfsstreitkräften in Zeiten der Not ohne das herkömmliche und schwerfällige Verfahren der königlichen Proklamation und der Kabinettsorders ermöglichen. Durch dieses Gesetz werden Offiziere und Mannschaften der regulären Armeereserve zur periodischen Ausbildung in ihren Einheiten einberufen und erhalten damit Gelegenheit, mit der neuen Organisation, Ausrüstung und Bewaffnung vertraut zu werden. Diese Maßnahme wird dazu benutzt, einen Teil der Angehörigen der Territorialarmee zu den neugegründeten Flakdivisionen einzuziehen, so daß die Flaks und Scheinwerfer dauernd kriegsmäßig bemannt werden können. Diese Milizmänner können nach ihrer Ausbildungszeit je nach Bedarf zu den territorialen Flakdivisionen oder zur Artillerie der Feldarmee versetzt werden. „Auf jeden Fall“, führt Reynolds aus, „setzen uns diese Gesetze instand, den Deutschen entgegenzutreten, denen es, wie bereits auseinandergesetzt wurde, gelungen ist, den Prozeß der Mobilisierung dank ihrer totalitären Staatsverfassung abzuschaffen.“

Als Schlußfolgerung kommt Reynolds zu dem Ergebnis: „Es bleibt noch viel für uns zu tun, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die britische Armee zum erstenmal in ihrer Geschichte mehr als 30 Divisionen in der Heimat hat, die ausgebildet werden.“

Man kann sich den Ausführungen des Majors Reynolds nicht ganz verschließen — besonders in bezug auf seine Behauptung, daß noch viel zu tun übrigbleibt, bevor England mit der Aufstellung eines starken Feldheeres fertig ist. Jeder in militärischen Dingen halbwegs Erfahrene weiß, wieviel Wissen, Können und Hingabe seitens der Ausbilder dazu gehört, einen Rekruten zum Soldaten zu formen, welcher Summe von äußeren Einrichtungen es bedarf und vor allem: wieviel Zeit nötig ist, die durch keinen Eifer ersetzt werden kann. Und vollends die bei einem stark mechanisierten Heer so unendlich wichtige Schulung der mittleren und höheren Führung ist in keiner Weise aus dem Boden zu stampfen.

HERBERT HÖRHAGER

Die Haltung der indo-afghanischen Grenzstämmen zur indischen Krise

Es war der geistvolle und geographisch wie politisch gleich gutgeschulte Lord Curzon, der nach seiner Rückkehr aus Indien vor einem erlesenen Publikum die Worte prägte: „Grenzen sind in der Tat des Messers Schneide, an denen die modernen Entscheidungen über Krieg und Friede, über Leben und Tod der Nationen hängen.“¹⁾ Aus dieser Erkenntnis heraus entstand das Werk, das vielleicht als das wesentlichste seiner bewegten politischen Tätigkeit in die Zukunft hinein wirken sollte: die Schöpfung der indischen Nordwestgrenzprovinz. Hier, über die niedrigen Pässe der indoafghanischen Grenzberge waren seit Jahrhunderten Welle um Welle von Eroberern in die fruchtbaren Ebenen Hindostans eingebrochen, hatten die bestehenden Herrschaften hinweggefegt und neue Reiche gegründet. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts pochte der russische Imperialismus mit laut vernehmlichen Schlägen an die Tore Indiens. Es war das die Zeit, in der die wildesten politischen Intrigen um das Emirat von Afghanistan gesponnen wurden und in denen es den freiheitsliebenden Afghanen nur unter Aufbietung aller Kräfte gelang, ihre Selbständigkeit zu bewahren. Obschon die akute russische Gefahr durch die aufkeimenden Balkanprobleme zur Zeit der Schaffung der Nordwestgrenzprovinz bereits abgelenkt und durch die anglorussische Konvention von 1907 völlig beseitigt war, sollte der neuen Provinz ein für allemal die Aufgabe eines Grenzschutzes gegen äußere Feinde zufallen. Dieser Aufgabe waren alle anderen Gesichtspunkte verwaltungsmäßiger Organisation, wie Bevölkerungswohl, wirtschaftliche Nutzung, Wahrung des Eigenlebens u. dgl. mehr untergeordnet. Sie sollte allein dazu dienen, aus sich heraus Stöße von außen zu parieren. So stellt sich uns heute die Nordwestgrenzprovinz als ein ausgesprochenes Wehrorgan dar, strategisch und verkehrstechnisch ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit aufs höchste entwickelt und verwaltungsmäßig nach ausschließlich militärischen Gesichtspunkten organisiert.

Aber dieser Grenzschutzkörper, so gut er nach außen hin wirksam sein mag, weist doch ein bedenkliches inneres Schwächemoment auf: die freien, von der britischen Macht noch unbezwungenen Pathanstämme. Die Grenzprovinz wurde nämlich bei ihrer Gründung nicht etwa in ein staatsrechtliches Niemandsland hineingestellt, sondern war im Westen an eine wenige Jahre zuvor völkerrechtlich festgelegte Grenzlinie gebunden. Lediglich nach Süden und Osten konnte soviel Land aus dem Panjab herausgeschnitten werden, als man für die Grenzschutzaufgaben der neuen Provinz für notwendig erachtete. Durch das Gebundensein an die Durandlinie (so genannt nach dem britischen Unterhändler Sir Mortimer Durand), hatte die Nordwestgrenzprovinz das Erbe der Politik einer Vergangenheit zu übernehmen, die im Grunde genommen verantwortlich ist für die Unruhen der gegenwärtigen Zeit.

Nach dem Tode Ranjit Singhs, des Löwen vom Panjab, hatten die Engländer um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts leichtes Spiel, das stolze Reich der Sikhs ihrem Herrschaftsbereich einzuverleiben. Die Politik der Sikhs gegenüber den

1) Curzon: *Frontiers*, The Romans Lecture, 1907.

Pathanstämmen war einfach und wirksam. Sie begnügten sich damit, von ihren festen Plätzen in der Ebene aus Steuern einzukassieren und ließen die Bevölkerung für ihren eigenen Schutz sorgen. Wenn ja irgendein Ghazi einmal einen Aufstand machte, hängten sie jeden Mollah in 10 km Umkreis an den nächsten Ast und hatten Ruhe. Auch die Briten verzichteten während der ersten 20 Jahre ihrer Herrschaft auf ein Überschreiten, der „Sikh-Grenze“¹⁾. Aber sie waren doch — sehr zum Verdruß vieler Grenzpraktiker²⁾ — bestrebt, den Bewohnern der Ebene ihren Schutz angedeihen zu lassen und zerstörten so den privaten Widerstandswillen der Bevölkerung. Wenn aber eine Regierung in einem solchen harten Grenzlandkampfstreifen sich für jeden gestohlenen Hammel verantwortlich fühlt, so ist der Versuch nach Kontrolle auch der von außen kommenden Störungseinflüsse unvermeidlich. Dies war der Anfang der ersten militärischen Strafexpeditionen in das Land der freien Stämme.

Es waren jedoch nicht diese dauernden kleinen Reibereien, die die Briten veranlaßten, ihr Herrschaftsbereich weiter in afghanisches Gebiet vorzutragen, sondern die Entwicklung der großen Politik in Zentral- und Vorderasien. Sämtliche Eingriffe in die Hoheitsrechte des Emirs geschahen in erster Linie, um einem möglichen russischen Einfluß entgegenzuwirken. Die Folge war der zweite afghanische Krieg von 1878/79. Vor allem nach und während dieses Krieges erscholl auf britischer Seite der Ruf nach einer „wissenschaftlichen Grenze“. „Wissenschaftliche Grenze“, darunter verstand man zwar in etwa eine Berücksichtigung geographischer Gesichtspunkte, in der Hauptsache jedoch die bestmögliche strategische Grenze Indiens gegen Afghanistan. Diese glaubten die radikalsten Vertreter der „Forward“-Politik in der Linie Kandahar-Ghasni-Kabul zu sehen. Zum Siege kam schließlich — nicht zuletzt durch die standhafte Haltung des großen Emirs Abdurrahman Khan — der gemäßigte Flügel der „Forward“-Schule und in der Durand-Linie fand dieser Sieg seinen Niederschlag. Zweifellos stellt die Durand-Linie eine für England günstige strategische Grenze dar, aber wissenschaftlich ist sie zum mindesten vom völkischen Gesichtspunkt aus nicht. Die kriegesischen Pathanstämme leben auf beiden Seiden in einem geschlossenen Siedlungsraum, der durch eine von Landfremden errichtete Grenzlinie mutwillig in zwei Teile zerrissen wird.

Die Briten fanden jedoch eine moralische Begründung ihres Vorgehens in den Theorien ihres Landsmannes Bellew³⁾, der nur die Durani und verwandten Stämme als reine Afghanen gelten lassen wollte, während die Pathanen der Grenzberge indischer Herkunft sein sollten. Die mit erstaunlicher Gewandtheit vorgetragene Beweisführung dieser Hypothesen wurde jedoch in späteren Zeiten von den einschlägigen Wissenschaftlern als völlig unrichtig erwiesen⁴⁾, und muß heute als erledigt gelten. Trotzdem hat das Buch Bellews zu seiner Zeit das politische und halbwissenschaftliche Schrifttum weitgehend beeinflußt, wenn nicht sogar beherrscht⁵⁾. Was aber schlimmer ist, es wurde mit seinen irreführenden Theorien eine Politik gerechtfertigt, deren Unmoral anders klar zutage getreten wäre. Man überlege sich nur einmal

1) Die Sikh-Grenze war nicht genau festgelegt und verlief beiläufig am Fuße der Gebirgsketten. Sie ist ungefähr identisch mit der heutigen Verwaltungsgrenze.

2) Taylor; R. G.: District Memorandum on the Dera Ismail Khan District, 1852; Lahore 1865.

3) Bellew, H. W.: The races of Afghanistan, Calcutta 1880.

4) Siehe z. B. Longworth Dames: in Enzyklopädie des Islams.

5) Beim Lesen des 1. Kapitels kann sogar mit Recht der Verdacht aufsteigen, ob Bellew seine Hypothesen nicht mit einer bewußten politischen Tendenz der Öffentlichkeit übergeben hat.

was es bedeutet, wenn man von einem Herrscher gute 60—70% seines Staatsvolkes durch eine mathematische Linie von seinem Hoheitsgebiet einfach abtrennt. Denn das moderne Afghanistan umfaßt eine Vielzahl von Völkerschaften, herrschend aber sind die Pathanen. Gewiß hat der Emir über die Pathanen der Grenzberge nie die wirksame Herrschergewalt ausgeübt, wie über die Angehörigen seines eigenen Stammes. Aber er wurde von ihnen als eine Art religiöser Schirmherr anerkannt, zu ihm kamen sie als dem Schiedsrichter ihrer Streitigkeiten und er ließ sie fühlen, daß er der Herr und sie die Untergebenen seien, ohne jedoch von den an sich schon armen Häuptlingen Steuern zu verlangen.

Um es noch einmal deutlich herauszustellen: Die Grenzberge und ihre Bevölkerung sind immer afghanisches Land gewesen, auch wenn es eine vermessene Grenzlinie — wie dies vor Ankunft der Europäer in Asien fast nirgends der Fall war — nie gegeben hat.

Auch heute stehen nur die Pathanen der verwalteten Distrikte unter wirksamer britischer Kontrolle, nicht jedoch die freien Stämme in dem Gürtel zwischen Durand-Linie und Verwaltungsgrenze. Das Wort des großen Grenzkenner Sir Thomas Holdich hat also nach wie vor seine Gültigkeit, der sagte: „When we defeated the Sikhs in our turn, they should have admitted our supremacy, but this they never have done, and their national status for the last 50 years may be described as an independance with a strong bias toward Kabul.“¹⁾

Tatsächlich ist es eine Erfahrung der Geschichte, daß die Grenze immer dann besonders unruhig war, wenn die Beziehungen zwischen Kabul und Delhi gespannt waren. Wenn aber gar die beiden Regierungen sich gegeneinander im Kriege befanden, stand die Grenze in hellen Flammen. Wie sehr die Haltung der freien Stämme von der der afghanischen Regierung abhängt, zeigt das Beispiel des Weltkriegs. Solange der Emir Habibulla Khan neutral blieb, gestalteten sich die Unruhen im Grenzgebiet nur um Geringes lebhafter als zu normalen Zeiten. Als aber dessen junger Sohn, Aman Ullah Khan, im Frühjahr 1919 mit seinem Heer gegen Indien aufbrach, sahen sich die Engländer nicht nur der Gegnerschaft der meisten Grenzstämmе gegenüber, sondern auch die sonst wegen ihrer Treue so gerühmten und von den Briten gut bezahlten „Khaiber Rifles“ schlossen sich der Aufstandsbewegung an. Ebenso kann gesagt werden, daß die wohlwollende Neutralität des Emirs Dost Muhammed bei dem großen Sepoy-Aufstand im Jahre 1857 die Stämme in leidlicher Ruhe hielt und so vielleicht die britische Herrschaft in Indien rettete.

Wir können also sagen, da in der gegenwärtigen Zeit für die afghanische Regierung kaum ein Grund besteht, eine feindliche Haltung gegenüber Großbritannien einzunehmen, ist von dieser Seite mit einer gewollten oder ungewollten Einflußnahme auf die Aufstände der Grenzstämmе nicht zu rechnen. Diese kann jedoch eintreten, wenn andere politische Faktoren in Indien einen Sturz der englischen Herrschaft herbeigeführt haben und Afghanistan sich gezwungen sieht, seine Interessen wahrzunehmen. Trotzdem zeigen sich auch heute bereits verstärkte Unruhen im Grenzgebiet. Es ist also der zweite Grund eingetreten, den Sir Hamilton Grant, der Vorsitzende der East India Association, in einer Aussprache dieser Gesellschaft in London für ernstere Aufstände an der Grenze verantwortlich macht²⁾: „Either the Ameer whose influence over the tribes is predominant, chooses to egg them on

1) Holdich, T. H.: Swatis and Afridis, Journ. Roy. Anthropol. Institute, 1899.

2) Asiatic Review, Januar 1933, S. 32.

to give us trouble; or on the other hand, when within our own districts there is political agitation of a serious kind.“ Tatsächlich hat Gandhis Mobilmachung des indischen Volkes auch seine Einflüsse auf die Stämme jenseits der britischen Verwaltungsgrenze ausgestrahlt. Nicht etwa, daß die fakirhafte Gestalt Ghandis auf die kriegerischen Pathanen Eindruck gemacht hätte, sondern der Einfluß kam von der Bewegung der Rothemden in der Nordwestgrenzprovinz und ihren Führern. Die Kongreßpartei mußte dem verschiedenen Bevölkerungscharakter entsprechend im Nordwesten Indiens wesentlich andere Formen annehmen. So entstand hier unter der Führung des imposanten Pathanedelmannes Abdul Ghafar Khan die mit stark militärischen Formen behaftete und großem revolutionärem Schwung geladene Bewegung der „Gottesdiener“, später einfach Rothemden genannt. „Pathan erwache“, war ihr Schlachtruf; „Kämpft gegen die Tyrannei der Briten, die euer Blut aussaugen!“ Abdul Ghafar Khan war so recht ein Mann nach dem Herzen der Pathanen. Seine aufrechte männliche Erscheinung und seine bilderreiche Beredsamkeit ließen ihn Beifallsstürme ernten, wo auch immer er auftrat. Die Rothemdenbewegung wuchs wie eine Lawine und hatte bald die ganze Nordwestgrenzprovinz überschwemmt. Sie bekannte sich zwar zu dem Programm der Kongreßpartei, ohne sich jedoch von ihr lenken zu lassen. Im April 1930 hatte sie ihren Höhepunkt erreicht, da holte England gegen sie zum entscheidenden Schlage aus. Sämtliche Anführer wurden verhaftet, die Organisation verboten und ihre Geschäftsstellen geschlossen. Die Bewegung war zunächst lahmgelegt. Der Irvin-Ghandi-Pakt aber befreite die Gefangenen wieder; der Jubel über den errungenen Sieg währte jedoch nicht lange. Im Dezember 1931 wurde die Bewegung ein zweites Mal verboten, Abdul Ghafar Khan und eine Reihe seiner Unterführer deportiert und damit der Organisation in ihrer alten Form endgültig das Rückgrat gebrochen.

Es ist nun interessant festzustellen, daß zur gleichen Zeit, als der Kampf der Rothemden gegen die britische Regierung am heftigsten tobte, der Hadschi von Turangzai die Mohmands zu einem Aufstand entfachte. Das Gebiet der Mohmands grenzt unmittelbar an den Peshawar-Distrikt, das Zentrum der Rothemdenbewegung. Wenn man dazu noch bedenkt, daß das Heimatdorf des Hadschi's von Turangzai nur 2—3 km vom Geburtsort Abdul Ghafar Khan's entfernt liegt, die beiden Familien durch Heirat dazu noch verschwägert sind, liegt die Verbindung klar auf der Hand. Wie ferner Sir George Cunningham 1936 vor der Zentralasiatischen Gesellschaft in London erklärte¹⁾, waren es Angehörige der Rothemden, die zur gleichen Zeit in andere Teile der Grenzberge ihre Boten schickten und die Afridi und Mahsuds aufwiegelten. Die Stämme haben Freunde und Verwandte in den verwalteten Distrikten, die ihnen Informationen, Nahrung und Unterschlupf gewähren. Praktisch wird kaum ein Überfall östlich der Verwaltungsgrenze durchgeführt, ohne Beihilfe oder zum mindesten Mitwisserschaft von dortigen Bewohnern. Das Beispiel der Rothemdenunruhen in den Jahren 1930/31 zeigt, daß größere politische Kämpfe in den verwalteten Distrikten sehr wohl auch die freien Stämme zu Aufständen veranlassen können und die Engländer beim Vorgehen gegen den äußeren Feind stets mit einer feindlichen Bevölkerung in ihren Etappengebieten rechnen müssen.

Die Pathanstämmen sind zweifellos fanatische Mohammedaner; aber seit einigen Jahren hindert sie dies nicht mehr, mit den früher so verachteten Hinduführern der Kongreßpartei in Verbindung zu treten. Der Fakir von Ipi, die Seele mehrerer Aufstände in Waziristan, schrieb z. B. einen erstaunlich wohlgesetzten Brief an Pandit Jawaharlal Nehru und lud ihn ein, mit mehreren Kongreßführern sein Land

1) Cunningham, G.: Reforms in the North-West Frontier Province, Journal Royal Central Asian Society. Januar 1937, S. 96/97.

zu besuchen¹⁾. Das Verblüffendste aber für die Engländer war, als die Afridi im Jahre 1931 als Bedingung für ein Niederlegen der Waffen nichts weniger als die Freilassung Ghandis verlangten.

Einer politischen Bewegung, der es also gelingt, in den verwalteten Distrikten die Bevölkerung zu mobilisieren, wird auch in der Lage sein, Aufruhr unter den Stämmen zu säen. Bei den Rothemdenunruhen 1931 sind sogar die sonst als friedfertige Ackerbauer bei den Engländern recht beliebten Kattaks rebellisch geworden. Wesentlich ist nur, daß die herrschenden politischen Kräfte in der Nordwestgrenzprovinz gewillt sind, ihren Einfluß auf die Stämme auszunützen.

Wie ist nun die Lage heute? Als die politische Atmosphäre sich nach den Unruhen von 1931 in Indien entspannte, durften auch die Führer der Rothemdenbewegung wieder in ihre Heimat zurückkehren. Abdul Ghafar Khan erhielt ein Verbot, sich weiterhin politisch zu betätigen; tatsächlich ist er seit dieser Zeit von der politischen Bühne verschwunden. An seiner Stelle übernahm jedoch sein Bruder, Dr. Khan Sahib, die Führung der Kongreßpartei und leitete als Kabinettschef die Provinzialregierung. Selbstverständlich verfügt er nicht weniger wie sein Bruder über gute Beziehungen zu den Pathanen jenseits der Verwaltungsgrenze. Der Einsatz dieser Beziehungen jedoch hängt von der Gesamtpolitik der Kongreßpartei ab. Kommt es zum endgültigen Bruch zwischen ihr und dem Vizekönig, wird die Bevölkerung der verwalteten Distrikte an diesem Kampf teilnehmen. Bei dem Charakter der Pathanen ist es jedoch wahrscheinlich, daß es nicht bei der gewaltlosen Kampfweise der Hindus bleibt. Sicher ist aber dann auch, daß die Kongreßführer der Nordwestgrenzprovinz ihre Beziehungen zu den freien Stämmen ausnützen werden, auch wenn die Hinduführer dies moralisch verurteilen sollten.

Eine Frage blieb noch offen, nämlich die, inwieweit sowjetrussischer Einfluß hinter der feindlichen Haltung der Grenzstämme zu suchen ist. Wie gerne auch hierüber sensationslüsterne Spekulationen angestellt werden, möchte ich diese Frage verneinen²⁾. Es ist bisher noch niemandem gelungen, einen einwandfreien Beweis zu erbringen, daß ein solcher kommunistischer Einfluß vorhanden ist.

Anders liegen die Dinge bei der Kongreßpartei. Es ist bekannt, daß viele ihrer Führer nur zu gerne auf sowjetrussische Einflüsterungen hören; wenn dazu auch noch der Rubel rollt, kann die Einflußnahme sogar recht beträchtlich werden. Wenn wir also von einer russischen Propaganda unter den Pathanstämmen sprechen, kommt eine solche nur über die Kongreßpartei in Frage. Jedoch erscheinen die Hinduführer des Kongresses kommunistischen Gedankengängen bei weitem zugänglicher zu sein, als die Mohammedaner der Nordwestgrenzprovinz. Einer von Abdul Ghafar Khans Unterführern hat zwar eine Sowjetschule in Taschkent besucht, und auf ihn gehen einige organisatorische Züge der Rothemdenbewegung zurück. Aber trotzdem sind die kommunistischen Einflüsse in der Nordwestgrenzprovinz minimal. Ich konnte zwar bei einem Aufenthalt in Peshawar im Januar 1938 selbst noch an einer Parteigeschäftsstelle eine rote Fahne mit Hammer und Sichel beobachten, halte dies jedoch für ein verkümmertes Überbleibsel früherer häufiger Anwendung der Sowjetembleme. Der Kommunismus bedeutet für den Pathanen einfach nichts.

1) Civil and Military Gazette, Lahore, 27. Januar 1938.

2) Diese Auffassung wird von dem erfahrenen Grenzkenner C. Collin Davis geteilt. Siehe: Army Quarterly, April 1926, S. 54.

Wenn er sich trotzdem seiner Abzeichen bedient hat, so geschah dies, weil er wußte, daß die Russen die Feinde der Engländer sind.

Es liegen die Dinge aber keineswegs so, als ob die Aufstände der Stämme immer in äußeren Einflüssen ihre Ursache hätten. Oft genug entstehen sie aus religiösen Motiven und Verstößen der Engländer gegen den Ehren- und Sittenkodex der Pathanen. Immer wieder fordern die britischen Behörden die Auslieferung von Flüchtlingen, was aber gerade gegen ein Hauptgebot dieses Moralgesetzes, dem „Pakhtunwali“, verstoßen würde.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Engländer durch das unbillige Vorschieben der Grenze im vergangenen Jahrhundert mit den freien Stämmen in so enge Berührung gekommen sind, daß hieraus erst ein wenig schwelendes innerpolitisches Problem geworden ist. Maßgeblich beeinflußt wird jedoch die Haltung der freien Stämme durch das Verhältnis der britischen Regierung zu Afghanistan. Heute jedoch ist ein anderer Faktor noch stärker in den Vordergrund gedrungen: Die indische Freiheitsbewegung, die über die Kongreßpartei in der Nordwestgrenzprovinz in der Lage ist, den stärksten Einfluß auf Krieg und Frieden im Grenzgebiet auszuüben. Es besteht kein Zweifel, daß die Politiker in Peshawar gewillt sind, ihre Beziehungen zu ihren unabhängigen Brüdern in den Bergen rücksichtslos auszunützen, wenn dies nur die allgemeine Linie ihrer Politik gegen die Briten erforderlich macht. Die Nordwestgrenzprovinz ist als ein nach ausschließ-lich militärischen Gesichtspunkten organisierter Wehrraum stark genug, heftige Stöße auszuhalten. Aber diesmal sehen sich die britischen Kolonialherren einer besonders ernsten Gefahr gegenüber: Sie haben sich nicht nur der kriegerischen Bergvölker zu erwehren, deren Blicke heute noch wie seit Jahrhunderten hungrig über die fetten Ebenen von Hindostan schweifen, sondern sie müssen auch mit einer feindlichen, unter Umständen zum letzten entschlossenen Bevölkerung in den Etappenräumen rechnen, deren Handlungen im engsten Zusammenwirken mit den Bergstämmen erfolgen werden. Je stärker der Druck der Kongreßpartei auf die britische Regierung ausfällt, um so wilder wird in den Bergdörfern die Trommel zum Heiligen Kriege gegen die Ungläubigen dröhnen. Man weiß das in Delhi und rüstet sich.

Aber man spürt auch, daß hier an der Grenze das drohende Unbekannte lauert, daß hier im Nordwesten Indiens die Entscheidung über Sieg und Niederlage, Herrschaft oder Rückzug ausgetragen werden wird. Es ist unmöglich, den Ausgang vor auszusehen. Auch den britischen Politikern wird heute mehr denn je die warnende Stimme Lord Curzons, des großen Meisters, im Ohre klingen, der ihnen zurief: „No man who has read a page of Indian history will ever prophesy about the frontier.“¹⁾

1) Freedom of City of London Speech, 20. July 1904.

Literatur-Auswahl

W. Barton: India's North-West Frontier, 1939. — D. H. Cole: Imperial Military Geography, London 1935. — C. C. Davies: The problem of the North-West Frontier 1890 bis 1908. Cambridge, 1932. — T. H. Holdich: The geography of the North-West Frontier of India, Geographical Journal, Vol. XVII, S. 461. — S. F. Muspratt: The North-West Frontier, R. United Service Institution Journal, August 1932. — H. A. Rose: A glossary of the tribes and castes of the Punjab and North-West Frontier Province, Lahore 1911—1914, 3 vols.

H. A. FAKOUSSA

Ägyptens auswärtige Politik

Ägypten ist eine führende afrikanische, arabisierte, islamische und nahöstliche Macht, an den Hochstraßen und Kreuzwegen der Welt. Es liegt an der äußersten Nordostecke Afrikas und ist mit Arabien durch die Sinai-Halbinsel und durch das Rote Meer verbunden, zwei Kanäle, durch die arabisches Wesen durch Ägypten einströmte; Ägypten hat mit Überzeugung die Wahrheiten des Islam angenommen, dessen natürlicher Vorkämpfer und Verteidiger es ist. Es hatte immer eine leitende Stellung im Nahen Osten und ist ein Bindeglied zwischen drei alten Kontinenten: Asien, Europa und Afrika. Nach Norden schaut Ägypten auf das junge Europa und sein im 19. Jahrhundert geborenes Kind, den Imperialismus. Im Osten an der Sinai-Halbinsel, über die das arabische Wesen und der Islam kamen, über das Rote Meer und die Seestraße nach Indien und dem Osten, schaut Ägypten nach Asien und auf Asiens zahlreiche erwachende Völker, die vom europäischen Imperialismus beherrscht werden; an seiner südlichen Grenze sieht Ägypten auf das alte und dunkle Afrika und seine Eingeborenen, die vom europäischen Imperialismus und vom Christentum im Gegensatz zum arabischen Wesen und zum Islam ausgebeutet werden; im Westen Ägyptens aber erstreckt sich die große Wüste Sahara bis zum Atlantischen Ozean, bewohnt von Arabern und Moslim, die einige europäische Elemente, besonders Frankreich, zu vernichten oder zu französisieren und christianisieren versuchen — allerdings vergebens!

Faßt man es zusammen, so ist Ägypten eine Brücke zu vielen Ufern, verbindet Ost und West, Nord und Süd, das eine mit dem anderen in allen Richtungen und für alle Zwecke und Gedanken, die der menschliche Geist ersinnen und erfinden kann. Es ist ein Land vielfach einander widersprechender politischer Linien und Strebungen, in einer Lage, die leicht ein offenes Chaos werden könnte, hätte nicht das Haus Mohammed Alis und seine feste Verwaltung sich dem entgegengestemmt — trotz der Schwierigkeiten und Hemmungen, die England und Frankreich ihm stets in den Weg warfen.

Aus dieser komplizierten Lage Ägyptens ergeben sich die gesunden Prinzipien für Ägyptens Außenpolitik, denen England und Frankreich stets entgegenhandeln und die sie zum Vorteil ihres Imperialismus zerstören möchten, um in ihrem traditionellen Kampf gegen das Arabertum, gegen den islamischen Nationalismus und die Religion des Islam selbst Erfolge zu haben. In Europa und für die europäische öffentliche Meinung reden sie von Christentum und Zivilisation — aber in Wirklichkeit handelt es sich um einen Angriff auf arabisches Land und um Angriff gegen den Islam!

Sie wissen wohl, daß Ägypten auf Grund seiner natürlichen Sendung für die benachbarten Länder und ihr Volk diesem englisch-französischen Angriff im Wege steht; darum haben England und Frankreich es sich nicht nur zum Ziel gesetzt, die natürliche Außenpolitik Ägyptens zu vereiteln, sondern sie sind noch weitergegangen. Sie haben Ägypten durch den Suezkanal und die britische Herrschaft in Ketten geschlagen; das waren aber die beiden Faktoren, die es dann ihnen ermöglichten, Ägypten seiner afrikanischen Besitzungen und die arabischen Länder ihrer natür-

lichen Rechte und Unabhängigkeit, die islamische Religion aber der ihr gebührenden Achtung und Geltung zu berauben. Das Ergebnis davon ist, daß der Nahe Osten voller Probleme ist, die die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen werden, bevor sie nicht gelöst sind — und zwar auf einem Weg, der den Völkern des Nahen Ostens ihre natürlichen Rechte sichert.

Die Wurzeln aller dieser Auseinandersetzungen aber liegen in den Elementen einer ägyptischen Außenpolitik. Ägypten kann, einfach weil es afrikanisch ist, sich an den Schicksalen der Völker Afrikas, Millionen von Moslim, nicht desinteressieren; einfach weil es ein arabisiertes Land ist, kann es der arabischen Frage nicht neutral gegenüberstehen, sondern muß vielmehr als natürlicher Freund an der Seite jedes arabischen Landes stehen; einfach weil Ägypten ein führendes islamisches Land ist, ist es der natürlichste Schützer des Islam und der islamischen Völker gegen jede Lehre und jeden „Zivilisierungsversuch“. Durch seine Stellung im Nahen Osten ist Ägypten wesentlich daran interessiert, die Beziehungen der Völker im Nahen Osten in eine harmonische Ordnung zu bringen und die Luft von europäischem Imperialismus und europäischen Ränken zu reinigen, und als Letztes, aber nicht Unwichtigstes ist Ägypten durch seine geographische Lage ein Zentrum des Gleichgewichts, das mit dem Sinn für Gerechtigkeit mitwirken kann, die Beziehungen der Völker und Staaten überhaupt harmonischer zu gestalten und ein gerechtes Gleichgewicht der Kräfte in Streitfällen zu fördern aus der natürlichen Erkenntnis, daß Ägypten wesentlich an der Erhaltung guter Beziehung und Freundschaft mit jeder europäischen oder nichteuropäischen Macht gelegen sein muß und daß es in keiner Weise daran interessiert ist, sich einer oder der anderen Mächtegruppe in ihrem Streit oder Rivalität anzuschließen, solange die eigenen ägyptischen Interessen nicht darin verwickelt sind. Das sind die Grundzüge einer ägyptischen Außenpolitik, und diese werden von England und Frankreich unmöglich gemacht, um ihre Weltherrschaft aufrechtzuerhalten.

Die ägyptische Außenpolitik war, ist und wird immer mehr oder minder von einem oder dem anderen oder mehreren dieser erwähnten Elemente beeinflusst sein, wenn das Land frei und unabhängig von fremdem Einfluß und Zwang ist. Das ist nämlich die natürliche Politik — und es ist das unbestreitbare Recht Ägyptens, eine solche Außenpolitik führen zu dürfen, nicht aus ehrgeizigen Träumen, vorgewandten Prinzipien oder fälschlichen Ansprüchen, sondern einfach auf Grund der Tatsachen, die nun eben für Ägypten bezeichnend sind.

Unseligerweise stand Ägypten immer, steht heute und wird weiter stehen unter der Bedrohung durch gewisse imperialistische Mächte, die machtvoll genug sind, es hinter sich herzuschleifen gegen andere Völker, und immer mit der Absicht, die Ausübung einer natürlichen Außenpolitik Ägyptens zu vereiteln. Das Schlußergebnis davon war, ist und wird sein, daß nicht nur Ägypten verliert durch solche europäische Gegnerschaft, sondern auch die Völker, die eigentlich ein Interesse an einem stabilen Ägypten als einem Faktor im Gleichgewicht der Kräfte hätten. Nicht nur das ägyptische Volk, die Moslim von Afrika und Arabien verlieren dadurch, sondern auch solche europäischen Mächte, die bei ihrem Aufstieg nicht erkennen, welche Bedeutung ein kräftiges und stabiles Ägypten auch für ihre eigene natürliche Außenpolitik als ein Element auf der Waagschale wirklicher Gerechtigkeit hätte.

Ohne in geschichtliche Einzelheiten und überflüssige Kleindarstellung einzu-

treten, man muß doch einmal daran erinnern, daß das Unglück im großen Krieg von 1914—18 und daß auch der jetzige Konflikt wahrscheinlich gar nicht eingetreten wäre, hätte Ägypten nur seine eigene natürliche Außenpolitik verfolgen und seine natürliche Entwicklung unter der Dynastie Mohammed Ali nehmen können.

Die unkluge Regelung der ägyptischen Frage 1840 und 1876—82, als beide Male die europäischen Mächte, dem Rat Englands folgend, den Aufstieg Ägyptens zur Selbständigkeit verhinderten, sind in Wirklichkeit Quellen für manches Unrecht bis in unsere Tage.

Heute ist infolge Englands intriganter Gerissenheit Ägypten überhaupt nicht in der Lage, eine andere Außenpolitik zu machen als diejenige, die die britischen Imperialisten ihm vorschreiben. Die heutige Außenpolitik Ägyptens kann man auf die Formel bringen: Diktirtes Prinzip des Schutzes der Sicherheit des britischen Weltreiches, ein Prinzip, das die englisch-französische Vorherrschaft in der Welt bedeutet.

England schmeichelt sich heute damit, der einzige Verbündete Ägyptens zu sein, und Frankreich schmeichelt sich damit, das einzige Land zu sein, das die ägyptischen leitenden Familien kopieren. Die beiden großsprecherischen Nationen vergessen die Wahrheit — die man auch dem ägyptischen Volk durch englisch-französische Propagandisten verbirgt —, nämlich daß das Bündnis Ägypten durch England aufgezwungen worden ist und daß die ägyptischen Parteien gezwungen wurden, eine Koalition einzugehen, um das Zwangsbündnis anzunehmen. Das ägyptische Volk aber kann gar nicht gutwillig das aufdiktirte Bündnis annehmen und seine natürlichen Interessen dem britischen und französischen Reich zum Opfer bringen. Und wenn Frankreich das einzige Land ist, dessen Lebensstil man in Ägypten kopiert, so sind die meisten dieser Familien fremder Herkunft und haben sich nur aus selbstsüchtigen Interessen ägyptisiert, werden von England und Frankreich gehalten, weil diese Einfluß in den ägyptischen Angelegenheiten ausüben wollen. Die ägyptische Monarchie und vor allem das ägyptische Volk haben es mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ihr Land in seinem sozialen Leben diese Scheinkultur gar nicht brauchen kann.

Da Ägypten von England und Frankreich entmachtet ist, so muß es augenblicklich sich dem Unvermeidlichen beugen. Dennoch bedeutet dies nicht, daß das Haus Mohammed Alis oder das ägyptische Volk hinter ihm die Lage annehmen kann, in die England und Frankreich es getrieben haben. Die ägyptische Monarchie und das ägyptische Volk, die England und Frankreich voneinander zu trennen sich so oft bemüht haben, sind darin eine Einheit und kennen ihre Pflichten und Aufgaben, ihre natürliche Außenpolitik, die sich daraus ergibt, daß Ägypten ein afrikanisches, arabisches, islamisches und nahöstliches Land ist. Der Kampf Ägyptens für Freiheit und Unabhängigkeit unter dem Hause Mohammed Alis ist der Kampf jedes anderen erwachenden Volkes, das Wert auf die Durchsetzung internationaler Gerechtigkeit, Frieden und Ruhe innerhalb der völkischen Grenzen gegen fremde Intrigen legt. Eine natürliche Außenpolitik Ägyptens ist nicht möglich, ehe nicht England aus Ägypten verschwindet und das ägyptische Volk Herr seines eigenen Schicksals wird. Damit würde ein starker Faktor für den Weltfrieden ein für allemal geschaffen werden.

ERNST FRIEDRICH FLOHR

Deutsch-Südwestafrika im Licht der südafrikanischen Parteipolitik

Mit knapper Mehrheit stellte sich der südafrikanische Volksrat unter Führung des Generals Smuts auch in diesem Kriege auf die Seite Englands.

Dieser Sieg des britischen Imperialismus, der nur ein Scheinsieg ist und der letzte seiner Art auf südafrikanischem Boden sein wird, zerstörte endgültig die Zusammenarbeit zwischen Briten und Afrikanern unter dem Zeichen des „südafrikanischen Gedankens“¹⁾. General Hertzog und seine Gefolgsleute kehrten zu ihrem Volke zurück, als sie ein zweites Mal einsehen mußten, daß der Afrikaner, wenn er sich versöhnlich zeigt, immer nur für britische Interessen ausgenutzt wird. Der hochbetagte General ist entschlossen, die letzten Tage seines an Kämpfen reichen Lebens für ein unabhängiges und einiges afrikanisches Südafrika einzusetzen. Dieses Südafrika soll als neutraler Staat seiner Sendung als Hort weißer Kultur in Afrika leben und zu allen Ländern, vor allem zu Deutschland und Italien vernünftige Beziehungen herstellen. Die sechseinhalb Jahre, in denen der Führer und der größte Teil seines Volkes einander nicht verstanden, sind vorüber, und die Männer, die dem General auf seinem Irrwege, wie sie sagten, nicht folgen konnten, haben dafür gesorgt, daß das Volk in der Zwischenzeit weiter gereift und für seinen Endkampf vorbereitet ist¹⁾.

Einer der Prüfsteine — und wohl der wichtigste von ihnen — für die Beziehungen der Südafrikanischen Union zum Deutschen Reich ist seit dem Weltkriege das Schicksal unserer Kolonie Deutsch-Südwestafrika. In dem Augenblick, da das britische Weltreich seinen Meister findet, empfiehlt sich daher der Versuch, aus einem Vergleich der Taten des bisherigen Mandatars mit den Äußerungen der zukünftigen Herren Südafrikas über Südwest und Deutschland Hinweise für das kommende Verhältnis zwischen Deutschen und Afrikanern zu erhalten.

Die South African Party

Als die Union von Südafrika anfang, Deutsch-Südwestafrika zu begehren, herrschte die South African Party. Sie vereinigte in ihren Anfangsjahren die meisten Buren und Engländer Südafrikas zu gemeinsamer Arbeit für die junge Union. Ihre führenden Köpfe waren die Burengenerale Botha und Smuts. Die Eintracht dauerte jedoch nur kurze Zeit. Anderthalb Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges hatten General Hertzog und seine nationalen Volksgenossen die englisch-burische Verbrüderung satt. Sie gründeten eine eigene Nasionale Party, um mit ihr die Arbeit am Aufbau der Buren- oder, wie sie sich gern nannten, Afrikanernation fortzusetzen, die der Burenkrieg für ein Jahrzehnt unterbrochen hatte. Immerhin waren in der South African Party vorläufig noch genug Afrikaner geblieben, um die Partei zu einem politischen Zwitterwesen zu machen. Ihr Bestreben war einerseits darauf gerichtet, dem jungen Staate innerhalb des Weltreichsverbandes eine möglichst große Selbständigkeit zu erkämpfen. Darin waren sich die Parteigenossen burischer Herkunft mit vielen von denen englischer Zunge einig. Andererseits aber hatte der britische Flügel verständlicherweise starke Bindungen an das Mutterland.

Das Verhalten der Südafrikanischen Union im Weltkriege wurde durch die zwei Seelen der „gereinigten“ South African Party bestimmt, durch die eigentümliche Mischung von spezifisch südafrikanischer Politik und Empiretreue. Dadurch, daß es Unionstruppen sowohl in Europa wie in Deutsch-Ostafrika (zeitweilig unter General Smuts) für England fechten ließ, gab das angehende Dominion seine Bereitwilligkeit kund, dem Mutterlande in der Verteidigung des Weltreichsverbandes

1) Zur Entwicklung des südafrikanischen Parteiwesens und seiner weltanschaulichen Grundlagen vgl.: E. F. Flohr, „Afrikaner“ und „Südafrikaner“. Weltanschauliche Triebkräfte in der südafrikanischen Politik. Koloniale Rundschau. 1938, S. 279—312.

zur Seite zu stehen. Entsprechend war die Behandlung, die man durch Schimpf, Schikanen, Internierung und Eigentumsbeschlagnahme den Angehörigen der Mittelmächte, vor allem den Deutschen, angedeihen ließ, die während des Krieges in der Union lebten bzw. zu ihr wirtschaftliche Beziehungen unterhielten. Gegen alle diese Maßnahmen empörten sich die national-burischen Rebellscharen unter ihren verdienten Führern wie de Wet, de la Rey und Beyers vergeblich. In wenigen Wochen wurde ihr Aufstand gegen Ende des Jahres 1914 blutig niedergeschlagen.

Nach außen hin stand auch das Unternehmen gegen Deutsch-Südwestafrika im Dienste des Empire. Dieser Einsatz brachte als Gewinn das Mandat über Deutsch-Südwestafrika heim. Damit war das eigentliche Ziel des Kampfes erreicht. Die deutsche Kolonie sollte für Südafrika erobert werden. Die weitere Geschichte Deutsch-Südwests vor und während der Mandatszeit liefert die übrigen Beweise dafür¹⁾. Sie ist ein Teil der Südafrika-Politik der South African Party.

Die erste Nasionale Party

Diese Politik wurde seit 1924 von Hertzogs nationalen Kabinetten in ziemlich gerader Linie fortgeführt. Nach den Angaben des Report of South West Africa Commission²⁾ hatte sie einen durchschlagenden Erfolg. Wie schwach z. B. im Verlaufe von drei Wahlen die deutsche politische Vertretung wurde, zeigt eine Übersicht über die Verteilung der Landtagssitze 1926, 1929 und 1934, in der die „ausgleichende“ Hand des Administrators eine besondere Beachtung verdient:

Die Verteilung der Sitze im Landtag von Deutsch-Südwestafrika

Wahl	Deutsche			Südafrikaner			Alle
	gewählt	ernannt	gesamt	gewählt	ernannt	gesamt	
1926	7	2	9	5	4	9	18
1929	4	3	7	8	3	11	18
1934	1	2	3	11 ³⁾	4	15 ³⁾	18

Dieses Ergebnis wurde erzielt, obgleich die deutschstämmigen Südwestler zahlenmäßig ungefähr wieder ihre Vorkriegsstärke erreicht haben. Allerdings ist ihr Hundertsatz nach demselben Kommissionsbericht (S. 3, untere Hälfte) auf 40% der Europäerbevolkerung gesunken, während ihr Anteil an den Landtagssitzen 1934 jedoch nur noch 16,6% betrug. Neben diesen Zahlen bedürfen die Maßnahmen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet keiner Erörterung.

So sehr die Nasionale Party während ihrer Regierungszeit darauf bedacht war, das eigene Volkstum aus der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vergewaltigung zu befreien, so wenig hatte sie ein Herz für die entsprechenden Wünsche und Rechte der Deutschen ihres Mandatsgebietes. Sie kämpfte ihren geschichtlichen Kampf gegen den Imperialismus britischer Prägung, verfocht aber gleichzeitig und ebenso traditionsgetreu ihren eigenen Imperialismus, ohne zu begreifen, daß sie dadurch ihrem Gegner wertvolle Handlangerdienste leistete. Das Drängen in die

1) Vgl. hierzu z. B.: K. H. Dietzel, Die südafrikanische Union. Ihre Entstehung und ihr Wesen. Berlin 1934, S. 270 ff.; E. Obst, Das Deutschtum in Südafrika. Geographische Zeitschrift, 1934, S. 200 ff.; Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Deutsch-Südwestafrika, S. 270 ff.

2) Pretoria, U. G. Nr. 26, 1936, S. 11 ff.

3) 9 Abgeordnete der Verenigde Nasionale Suidwes-Party und je 1 unabhängiger Bur und Engländer (beide der Fünfte-Provinz-Politik der Verenigde Party abhold).

Weite, das Trachten nach Erwerb neuen Raumes liegt den Nachkommen der „Stammväter“ und „Voortrekker“ im Blute.

Um den Raub zu sichern, um etwa 18000 eigene Volksgenossen in den Besitz von Farmland und Posten zu bringen und sich auf diese billige Weise der Sorge für sie zu entheben, überschwemmte der Mandatar sein Mandatsland mit Südafrikanern, die alles Deutsche zu überwuchern und zu unterdrücken trachteten. Heute ist es so weit, daß man unter Hinweis auf die burische Bevölkerungsmehrheit zu behaupten wagt, Südwest sei südafrikanisch, es sei demzufolge ein integrierender und unlösbarer Bestandteil der Union.

Die Unduldsamkeit hat ihre Gründe, die wir verstehen müssen.

Die Afrikaner führen einen Volkstumskampf — im angestammten Lande nicht weniger als im Mandatsgebiet. In der Union müssen sie sich der verborgenen und offenen Angriffe der englischen Sprache, Kultur, Gesittung, des britisch-jüdischen Wirtschaftsdenkens und seiner Folgen, schließlich der Ansprüche der Weltreichsinteressen erwehren, die den in seiner Entwicklung noch unvollkommenen Volkskörper der Afrikaner ständig gefährden und ihn in der formlosen Masse eines südafrikanischen Mischvolkes zerrinnen zu lassen drohen. Im Mandatsgebiet wittern sie eine ähnliche Gefahr von seiten der Deutschen. In beiden Fällen ist ihnen der wirkliche wie der vermeintliche Gegner auf vielen Gebieten des Lebens vorläufig zweifellos überlegen und zahlenmäßig zwar nicht ganz ebenbürtig, aber doch sehr bedeutsam.

Verschieden sind indessen hier und dort die Methoden des Volkstumskampfes. Im eigenen Lande bedingen es die geschichtliche Entwicklung, die politische und wirtschaftliche Stärke des Gegners, seine mächtige kulturelle Rückendeckung sowie die eigene Unfertigkeit, daß das Afrikanervolk erst auf den völkischen Endkampf vorbereitet werden muß. Daher macht den wesentlichsten Teil des Kampfes die positive Aufbauarbeit am eigenen Volkskörper aus. Er muß im Augenblick vor Verbröckelung behütet und befähigt werden, die beanspruchten und großenteils bereits erreichten Rechte eines eigengestaltigen Volkes auch anzutreten, erfolgreich zu verteidigen und weiter auszudehnen bis zur endgültigen Selbständigkeit. Dieser Art des Volkstumskampfes, die natürlich nicht arm an Spitzen gegen den Gegner ist, verdankt das Afrikanervolk seine großen Erfolge in der Vollendung seiner Volkwerdung auf dem Gebiete der Kultur — neuerdings auch auf dem der Wirtschaft —, die ihm eine immer zunehmende Wiederbeteiligung an der Lenkung der Geschicke seines Landes einbrachte.

In Südwest ist die Lage anders. Hier ist der Kampf seines Ursprungs wegen aggressiver und in seinem Ziel mehr auf das Negative, auf die Vernichtung von Hindernissen gerichtet. In der Union arbeitet sich der Afrikaner aus der Unterdrückung empor. Nach Südwest hingegen kam er als Eroberer. Lange Jahre hindurch hatte der jedem rechten Afrikaner eigentümliche Trieb in die Weite, zum Trek, zum Erwerb neuen Raumes an harten Zügeln gelegen. Jetzt fielen die Zügel, Südwest öffnete sich, „die trekpad“ war frei, das Afrikanerherz jubelte. 1914 hatten sich national-burische Rebellen gegen den Einmarsch in Südwest aufgelehnt, die meisten von ihnen wohl in der Hoffnung, im Bunde mit Deutschland die britische Fessel abwerfen zu können. Sie unterlagen, Deutschland unterlag. Und als das eigentliche Ziel ihrer deutschfreundlichen Bemühungen unerreicht blieb, war der zuerst verpönte Raub doch sehr willkommen, das lange unterdrückte Verlangen nach neuem Weideland zu stillen. So trafen sich nachträglich die Belange der Weltreichsfreunde und der burischen Nationalisten. Hertzogs nationale Kabinette der Jahre 1924—1933 verwalteten den neuen Besitz im Sinne der politischen Gegner, die ihn erworben hatten.

Den gerechten Volkstumskampf, den die Afrikaner und ihre nationalen Regierungen in der Heimat kämpften und von Erfolg zu Erfolg führten, verkehrte ihr hemmungsloser Eifer im Mandatsland in bitteres Unrecht. Sie machten sich damit zu Bütteln von Mächten, die sie selbst bis aufs Blut hassten.

Die Methode dieses Kampfes muß und kann geändert werden. Nicht zu erwarten ist jedoch vorläufig, daß die Afrikaner, solange Südwest bei der Union bleibt, ihre grundsätzliche völkische Unduldsamkeit aufgeben. Ein Volk, das noch um die eigene Gestalt und absolute innere Festigkeit und äußere Freiheit ringt, kann während der Dauer dieses Werdens nicht „liberal“ und entgegenkommend jedem anderen Volkstum und den von diesem ausströmenden Einflüssen seine Arme öffnen. In dem Maße, wie das Afrikanervolk heranreift und sich innerlich und in seiner politischen Stellung festigt, wird es aus dem Bewußtsein eigener Kraft heraus mit der Zeit auch völkisch duldsamer werden.

Es ist bezeichnend, daß die Einstellung der Afrikaner, wenigstens soweit sie noch wirkliche Afrikaner und nicht bereits halbe Engländer sind, zu den Deutschen der Union eine ganz andere ist als zu denen des Mandatslandes. Auch von ihnen sähe man es am liebsten, wenn sie ihr Volkstum aufgeben und im Afrikanertum aufgehen würden. Aber ihre Zahl ist so gering, daß sie ungefährlich sind. So bedrängt man sie nicht und bringt es sogar über sich, anerkennend über ihre Leistungen zu sprechen und sie als wertvolle Mitarbeiter anzuerkennen und anzustellen.

Die United South African National Party

Wie groß die Gefahren sind, die das Afrikanervolk umlauern, zeigten die Jahre 1933 und 1934 wieder besonders deutlich. Auf die Zeit national-burischer Regierungen mit tatkräftiger Förderung der Volkwerdung folgte eine zweite Annäherung zwischen Buren, Britenfreunden und Briten. Hertzog und Smuts reichten sich die Hand, bildeten eine aus beiden Lagern paritätisch zusammengesetzte Regierung und verschmolzen schließlich ihre Parteien zur United South African National Party oder Verenigde Suid-Afrikaanse Nasionale Party, die bis zum Ausbruch des deutsch-englischen Krieges heute an der Macht blieb. Wiederum bildete sich jedoch eine Nasionale Party, die eine so enge politische Zusammenarbeit der Volksgruppen für verfrüht hält, weil sie in dem augenblicklichen Stadium dazu führen muß, das Volksbewußtsein der Buren und den so mühsam erkämpften und noch gar nicht überall durchgesetzten Stolz des Afrikanervolkes auf seine völkische Eigenart und Leistung unter dem Eindruck der Versöhnlichkeitspropaganda wieder abzuschwächen. Diese Partei errang 1938 bereits wieder 52% der abgegebenen Afrikanerstimmen¹⁾ und hat bedeutenden Einfluß auf die Beschlüsse von Parlament und Regierung. Über ihre Haltung in der Frage Südwests wird am Schlusse zu reden sein.

Daß die Vereinigte Partei südafrikanisch-imperialistisch, ja weltreichsimperialistisch eingestellt war und die Rückgabe Südwests ablehnte, war bei ihrer Zusammensetzung selbstverständlich. Einer ihrer einflußreichsten Vertreter, der aus der alten Nationalen Partei kommende Minister O. Pirow, äußerte sich über die Frage „Wie weit reicht die Interessensphäre der Union in Afrika?“ folgendermaßen: „Die Interessensphäre der Union in Afrika erstreckt sich nicht weiter als etwa bis auf die Gebiete südlich des Äquators, und zwar einschließlich von Kenya und Uganda, aber ausschließlich von Französisch-Äquatorialafrika.“²⁾

Begründet wird dieses kühne Programm, das „lebenswichtige Interesse“ an diesen Gebieten mit dem Hinweis auf die Verantwortung, die die Südafrikanische Union als einziger selbständiger weißer Staat in Afrika in der Wahrung der Europäerrechte im Schwarzen Erdteil trage. Diesem Standpunkt entsprechend schloß Pirow, als er als erster südafrikanischer Minister für die Rückgabe von Kolonialbesitz am Deutschland eintrat, Deutsch-Südwest und Deutsch-Ostafrika von der Erörterung

1) Flohr, a. a. O., S. 311. —

2) O. Pirow, Wie weit reicht die Interessensphäre der Union in Afrika? Europäische Revue, XII. Jahrg., 1936, H. 12 b, S. 1011.

aus¹⁾ (beide liegen innerhalb der Grenzen des oben umrissenen Gebietes). Von derartig weit gesteckten außenpolitischen Zielen hat bisher wohl noch kein südafrikanischer Politiker zu träumen gewagt, obgleich in fast allen fraglichen Gebieten, besonders in Rhodesien und dem deutschen und britischen Ostafrika, die ersten, ihrer Sendung freilich noch unbewußten Pioniere des afrikanischen Imperialismus bereits festen Fuß gefaßt und zum Teil in recht beachtlichen Zahlen siedeln. Bereitet sich hier ein neuer Trek, neuer Raumgewinn auf burische Art vor? In Deutsch-Südwest ist er in vollem Gange.

Recht bemerkenswert ist an Pirows Idee, daß sie der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, als der Minister gerade aus London zurückgekehrt war, wo Fragen der Reichsverteidigung besprochen worden waren. Nur als Teil eines reichseinheitlichen Verteidigungssystems kann sich das 2-Millionen-Völkchen, ohne sich lächerlich zu machen, die Aufgabe zutrauen, in dem Riesengebiet für eine Eingeborenenpolitik zu sorgen, die das weiße Herrentum erhält, und die Verteidigung gegen Angriffe von außen („z. B. durch eine asiatische Macht“²⁾) sicherzustellen. In diesem gesamt-britischen Plan werden britischer und südafrikanischer Imperialismus in einer Weise in Übereinstimmung gebracht, die einer gewissen Genialität nicht entbehrt. So kann Pirow die deutsche Mitarbeit an der Kolonisation Afrikas für unbedingt nötig halten und sie für die wichtigsten Gebiete gleichzeitig wieder ausschließen³⁾. Die Voraussetzung dafür ist — und sie bildet ja das Fundament der Vereinigten Partei —, daß Südafrika reichstreu ist und keinerlei weitere Selbständigkeitsgelüste hat.

Angesichts dieser leitenden außenpolitischen Idee ist es müßig, im einzelnen die Methoden aufzuzeigen, mit denen in dem konkreten und in der Gegenwart einzig akuten Fall Südwests versucht wird, das Ziel zu erreichen. Zur Zeit der Machtübernahme in Deutschland errangen in Südafrika mit der Regierungsumbildung „liberalism“ und „broadmindedness“ ihren Sieg über „narrow nationalism“ und „racialisim“. Für Südwest bedeutete das eine Verschärfung der Lage, indem sich zu der traditionellen völkischen Unduldsamkeit des Mandatars und seiner Organe die typisch „liberale“ Abneigung gegen die nationalsozialistische Weltanschauung als vermutliche Gefahr für die Zukunft des Mandatsgebietes gesellte. Die Razzia der Polizei auf sämtliche Dienststellen der NSDAP, die am 12. Juli 1934 im Mandatsgebiet stattfand, führte noch in demselben Jahre zum Verbot der Partei. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse wurde das bereits erwähnte Wahlergebnis vom 31. Oktober 1934 erzielt⁴⁾.

Die Zustände waren so unhaltbar geworden, und zwar, was die Wirtschaft be-

1) Rand Daily Mail, Johannesburg, vom 14. 7. 1936 (Interview); Die Volksblad, Bloemfontein, vom 10. 9. 1936 (Leitartikel).

2) Pirow, a. a. O., S. 1010.

3) Diesen Standpunkt erläuterte Pirow erst jüngst wieder in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister in einer Rede in Lydenburg, die er am 25. 6. 1939 über das neue Verteidigungsgesetz der Union hielt. Seiner Ansicht nach sei kein dauernder Friede denkbar ohne die Befriedigung der deutschen Kolonialansprüche. Was jedoch Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika angehe, so hätten seit 1914 Entwicklungen stattgefunden, die eine Rückgabe dieser Gebiete unmöglich machten. Demgemäß gelte die Bestimmung des neuen Gesetzes, daß Unionstruppen nur auf Unionsgebiet verwendet werden dürften, natürlich auch für die Verteidigung Südwests, das in Frieden und Krieg ein integrierender Bestandteil der Union sei. (Die Transvaler, Johannesburg, vom 26. 6. 1939.)

4) Report of South West Africa Commission, 1936, S. 14.

trifft, vor allem auch für die Mandatsbevölkerung südafrikanischer Herkunft, daß die Unionsregierung Anfang 1935 eine Dreier-Kommission einsetzte „to inquire into, and to report on, the effectiveness of the existing form of Government of the Territory, the reasons for the existing dissatisfaction therewith and the apparent failure thereof“¹⁾. Der Bericht dieser Kommission erschien im März 1936 und ist für den kritischen Leser eine aufschlußreiche Quelle für die Geschichte Südwests während der Mandatszeit. Da er die Hauptschuld an den Mißständen ungerechtfertigterweise den Deutschen zuschiebt, wurde er von amtlichen und nichtamtlichen deutschen Stellen ausführlich widerlegt (vgl. etwa den Jahrgang 1936 der deutschen Wochenschrift für Süd- und Südwest-Afrika und Mosambik, Pretoria, „Der Deutsch-Afrikaner“). Trotzdem gründen sich auf ihn die weiteren entscheidenden Erklärungen und Maßnahmen der Regierung der Südafrikanischen Union.

Am 12. Dezember 1936 erschien in der südafrikanischen Presse zunächst die grundsätzliche Stellungnahme der Regierung. Um eine der vermeintlichen Hauptursachen alles Übels, die Unsicherheit über die Zukunft des Gebietes, zu beseitigen, betont die Regierung einleitend, das Mandat sei ihr unwiderruflich übergeben, und sie beabsichtige nicht, die Abtretung Deutsch-Südwests bzw. seine Rückgabe an Deutschland zu erwägen. Die Verwaltung werde in der bisherigen Form weitergeführt werden. Mit schönen Worten wird dann „dem deutsch-sprechenden Teil der Unionsbürger“ das Recht zugestanden, seine Sprache und sein Kulturleben beizubehalten und zu dem Zwecke seine eigenen Vereinigungen zu gründen. Diese Vereinigungen müßten jedoch vor dem Eindringen von „Auffassungen und Weltanschauungen, die die Annäherung zwischen den beiden Parteien noch schwieriger machen“, geschützt und von der Gefahr befreit werden, durch ihre Führer, die, wie in dem Falle des Deutschen Bundes, „Fremde“ (keine Unionsbürger) seien, Repressalien und Befehlen einer auswärtigen Macht ausgesetzt zu sein. Über die Anerkennung des Deutschen als Amtssprache könne erst dann geredet werden, wenn das gegenseitige Einvernehmen der beiden Volksgruppen besser geworden sei. Ebenso liege so lange kein Grund für die Herabsetzung der Wartezeit, die vor dem Naturalisationsantrag verstreichen muß, auf zwei Jahre vor, als es noch viele Deutsche gebe, die selbst nach Ablauf der bestehenden Frist keine Schritte unternommen hätten, sich naturalisieren zu lassen²⁾.

Der Sinn dieser Erklärung war, die Rückkehrbewegung in Südwest zu unterdrücken, indem den Deutschen jede Hoffnung in dieser Richtung genommen und die Verbindung mit den belebenden Ideen, die die Heimat ausstrahlt, abgeschnitten wird, so daß sie in der Isolierung allmählich zu ergebenen und treuen subjects verkümmern. Die entsprechenden Maßnahmen, die zu allem Überfluß „das Recht des Individuums auf freie Meinungsäußerung“ sichern sollen, wurden am 2. April 1937 erlassen. Nach der „Proklamation“ ist es im Mandatsgebiet „Fremden“ (die nicht Unionsbürger sind) verboten, Mitglieder von politischen Vereinigungen oder anderen Organisationen und öffentlichen Körperschaften zu sein, für die der Administrator die Mitgliedschaft von Fremden für unerwünscht hält³⁾. Danach sind nun die Deutschen in Unionsbürger und Fremde geteilt, und der Administrator hat am 17. April 1937 die Maßnahme am Deutschen Bund vollzogen⁴⁾.

Die neue Nasionale Party

Die neue Nasionale Party van Suid-Afrika unter der Führung des Dr. D. F. Malan, eines Mitgliedes der beiden ersten Hertzog-Kabinette, sieht die Frage Deutsch-Süd-

1) Report of South West Africa Commission, 1936, S. 5.

2) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 12. 12. 1936.

3) Völkischer Beobachter, Berlin, vom 4. 4. 1937.

4) Schlesische Zeitung, Breslau, vom 28. 4. 1937.

westafrikas natürlich unter anderen Gesichtspunkten. Abgesehen davon, daß sie sich aus ihrer Oppositionsstellung heraus in reichem Maße zu nur parteipolitisch notwendiger und bedeutsamer Kritik an den Taten der Regierung veranlaßt sieht, hat sie auf Grund des alltäglichen Erlebnisses ihres eigenen Volkstumskampfes nunmehr doch eine gerechtere Einstellung zu der ähnlichen Lage der Deutschen des Mandatsgebietes. Die Ereignisse, die sich seit dem Jahre 1933 in Südafrika und in Deutschland abgespielt haben, machten die nationalen Afrikaner um einige fruchtbare Erfahrungen reicher.

Obgleich eine parteiamtliche Äußerung nicht früher als unmittelbar vor der Veröffentlichung der Proklamation vom 2. April 1937 erfolgte, begegnete man in den Kreisen der Nationalen im persönlichen Verkehr während des ganzen Jahres 1936 einer erfrischenden Bereitwilligkeit, die Forderungen des Deutschen Reiches ebenso wie die der Deutschen Südwests als billig, ja selbstverständlich anzuerkennen. Die nationale Presse machte sich zum Wortführer dieser im besten Sinne „öffentlichen“ Meinung.

Aus dem Jahre 1937 liegt eine ganze Reihe von amtlichen Äußerungen und Pressekommentaren der Nationalen Partei vor. Am 31. März 1937 kam Dr. Malan in der Haushaltsdebatte des Volksrates auf die Mandatsfrage zu sprechen. Er tadelte die Regierung wegen ihrer Beschlußlosigkeit (die Proklamation war noch nicht heraus). Sie unternehme nichts, um die Lage des Mandats und vor allem das Verhältnis der beiden Volksgruppen zueinander zu bessern. Das sei nötig um der Zukunft des Gebietes willen, die wegen seiner Lage und geographischen Einheit mit dem übrigen Südafrika bei der Union liege. Außerdem sei durch die Tätigkeit des Mandatars die Mehrheit der Bevölkerung jetzt burisch. Eine Rückgabe an Deutschland würde das Nationalitätenproblem nur verschlimmern. Die Südafrikaner müßten sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Volksgenossen in Südwest bewußt sein, gleichzeitig aber auch die Deutschen durch versöhnende Maßnahmen und die Mitarbeit des Deutschen Reiches bewegen, ihr Schicksal mit dem der Union zu verbinden¹). An derselben Stelle kam Malan am 6. April 1937 in seiner Kritik der inzwischen erlassenen Proklamation auf diesen Punkt zurück. Er verwarf die „Polizeimaßnahmen“ der Regierung und die Übertragung diktatorischer Gewalt an den Administrator als völlig ungeeignet und wiederholte die Notwendigkeit, daß die Südafrikanische Union versuchen müsse, in ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu kommen²). Die Überzeugung, daß über die Zukunft Südwests nur in engem Einvernehmen mit dem Deutschen Reich entschieden werden könne, vertrat er auch in einem Pressegespräch in Klerksdorp (Transvaal) am 9. Oktober 1937, in dem er jedoch erneut klarlegte, daß das Mandatsgebiet aus den früher erläuterten Gründen, vor allem aber wegen der starken burischen Bevölkerung zur Union gehöre. Allerdings müßte durch internationale Besprechungen unbedingt bald eine Befriedigung der — durchaus berechtigten — deutschen Kolonialforderung angebahnt werden³).

In einer bewegten Sitzung der Jahrestagung des Landesverbandes Transvaal der Nasionale Party, die Anfang Oktober 1937 in Johannesburg stattfand, kam wieder

1) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 3. 4. 1937.

2) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 7. 4. 1937.

3) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 9. 10. 1937.

mehr die Stimmung der Gefolgschaft zum Ausdruck, die den vorsichtigen Formulierungen des Parteiführers schon erheblich vorseilt und sich übrigens auch in der nationalen Presse seitdem immer mehr durchsetzte. Der Landesverbandsführer, Abgeordneter Strydom, erklärte zum Beispiel, die Union dürfe Südwest ohne die Einwilligung Deutschlands nicht behalten. Es sei zwar nicht die Politik der Nationalen Partei, Südwest zurückzugeben. „Wenn Deutschland aber auf Südwest besteht, dann werden wir Afrikaner keinen kleinen Finger rühren und keinen Schuß abgeben, um Deutschland daran zu hindern, seine frühere Kolonie zurückzubekommen.“¹⁾ Auf Antrag des Abgeordneten Pastor C. W. M. du Toit, der in der Volksratssitzung vom 6. April 1937 ebenfalls bereits gegen die „Unterdrückungsmaßregeln“ in Südwest aufgetreten war, wurde sodann am 7. Oktober 1937 folgender Beschluß gefaßt: „Der Kongreß ersucht die Regierung, sich unverzüglich an den Völkerbund zu wenden, um eine Konferenz über die Frage des Grundbesitzes europäischer Mächte in Afrika mit dem Ziel einzuberufen, eine Besprechung mit Deutschland und Italien zwecks friedlicher Regelung der Angelegenheit durchzuführen.“ du Toit fügte hinzu, es sei gefährlich, mit geballter Faust zu sagen, man gebe das Gebiet nicht zurück. „Auf diese Weise spielen wir England in die Hand, das uns mit Deutschland verfeinden möchte.“²⁾

Diese parteiamtlichen Verlautbarungen und Entschlüsse wurden in der Presse näher erläutert und weiter ausgesponnen, wobei noch einige interessante neue Gesichtspunkte zutage treten. So läßt „Die Volksblad“ in verschiedenen Leitartikeln die von der Nationalen Partei meines Wissens bisher nicht widersprochene Möglichkeit durchblicken, daß man sich mit Deutschland durch ein beide Teile befriedigendes Abkommen einigen könne. Um den Weltfrieden zu erhalten, sei es nötig, die Kolonialfrage zum Gegenstande von Verhandlungen zu machen, die jedoch nur erfolgreich ausgehen könnten, wenn die Südafrikanische Union und alle anderen Inhaber von Mandaten zu Opfern bereit wären. Es sei nutzlos, mit leeren Händen zu kommen, was vor allem auch England und Frankreich, die Großgrundbesitzer, einsehen müßten. Einesteils sei es natürlich denkbar, daß Deutschland auf das verhältnismäßig wertlose Südwest verzichte, wenn es anderweitig, zum Beispiel durch Rückgabe Deutsch-Ostafrikas, entschädigt werde. Sollte das indessen nicht zutreffen, so lohne es sich für die Union auf keinen Fall, sich etwa wegen ihres Mandatsgebietes in einen Krieg zu begeben. Im Gegenteil, sie könne aus einem klugen Verzicht manchen Vorteil ziehen, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden: 1. Die Rückgabe Deutsch-Südwestafrikas müsse einen Teil einer allgemeinen Regelung der Kolonialfrage ausmachen; 2. für die Zukunft der Mandatsbewohner südafrikanischer Herkunft müßten gehörige Garantien gegeben werden; 3. die Union dürfe finanziell nicht geschädigt, das heißt, die für das Mandatsgebiet angelegten Kapitalien müßten erstattet werden; 4. zwischen der Südafrikanischen Union und dem Deutschen Reich müßte ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, der der Union im Reich einen dauernden, gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse (Landbau- und Viehzuchtprodukte, Früchte, Erze) schafft. Neben allen augenfälligen Vorteilen biete eine derartige Regelung der Union als größten Gewinn „die

1) Der Deutsch-Afrikaner. Deutsche Wochenschrift für Süd- und Südwestafrika und Mosambik, Pretoria, vom 13. 10. 1937.

2) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 9. 10. 1937.

bleibende Freundschaft des mächtigen Deutschen Reiches“¹⁾. Hiermit offenbart „Die Volksblad“ die außenpolitische Grundhaltung der Nationalen Partei, die man auch im Afrikanervolke immer wieder vertreten findet.

Vorläufig herrschen jedoch andere Mächte: die gefügigen Vasallen Englands. Sie werden mißbraucht für die Interessen des British Commonwealth of Nations, also Englands, für das die Sicherung des Weges um das Kap wieder zu einer Lebensfrage geworden ist.

Der große nationale Propagandafeldzug für die Neutralität Südafrikas in jedem Kriege, der seine Interessen nicht unmittelbar berühre, rief heftige Angriffe gegen die Nationale Partei seitens ihrer Gegner hervor. Die Antwort lautete in jedem Falle etwa so: Die Nationale Partei wünsche Südwest für die Union zu erwerben, aber auf friedlichem Wege. Sie werde weder für britische Interessen noch für die Sicherung geraubten Gutes fechten. Käme keine allgemeine Lösung der Kolonialfrage zugunsten der Union oder keine spezielle Abmachung mit Deutschland bezüglich der Abtretung Südwests an die Union gegen irgendwelche dem Reiche zu gewährenden Vorteile wirtschaftlicher oder anderer Art zustande, müsse man sich eben fügen²⁾. Der führende Nationale P. O. Sauer erklärte sogar, daß das Schicksal von mehr als 1 Million Afrikanern nicht für das der nur 18000 Afrikaner Südwests geopfert werden könne³⁾.

Unter dem Drucke der britischen Kriegstreibereien hat sich somit auch hinsichtlich eines der beliebtesten Argumente für die Einverleibung Deutsch-Südwests eine gesündere Anschauung durchgesetzt.

Dann kam der Krieg, den Dr. Malan seit Jahren warnend vorausgesagt hat. Ebenso konsequent wie in der vorausgegangenen Zeit und nunmehr wieder unterstützt durch seinen alten Mitkämpfer General Hertzog vertritt er auch jetzt die Forderung nach strenger Neutralität Südafrikas und, da sie nicht durchzusetzen war, nun erst recht nach vollkommener Lösung aus dem Weltreichsverbande. Das Volk folgt den Führern diesmal innerlich gefestigter, zahlenmäßig stärker und besser organisiert als die Rebellenscharen, die 1914 für dasselbe Ziel aufstanden. Smuts' geringe Mehrheit im Parlament bedeutet in Wirklichkeit nur einen Sieg des englischen Wahlrechts. Eine Volksabstimmung, wie die Nationalen sie für diesen Fall immer gefordert haben, hätte ein anderes Ergebnis geliefert. Die Afrikaner wissen, welche Möglichkeiten ihnen ein deutscher Sieg eröffnet. Sie werden es dann auch über sich bringen, den angestammten Expansionsdrang um der Freiheit willen zu unterdrücken. Selbst der ehemalige Verteidigungsminister O. Pirow, der sich, wie wir sahen, im Dienste der britisch-afrikanischen Zusammenarbeit mit seinem außenpolitischen Programm besonders weit vorgewagt hatte, hält neuerdings die Abkehr vom Weltreich für zwar schwierig, aber immerhin möglich. Paul Krugers „Afrikanische Idee“ zündet wieder.

1) Die Volksblad, Bloemfontein, vom 11. 10., 14. 10. und 1. 11. 1937.

2) Die Transvaler, Johannesburg, vom 24. 4., 15. 6. und 20. 6. 1939.

3) Die Transvaler, Johannesburg, vom 15. 6. 1939; Die Volksblad, Bloemfontein, vom 17. 6. 1939.

OTTO MUCK

Alte Welt vor neuer Ordnung

In neutralen und feindlichen Ländern mehren sich die Ansätze der Erkenntnis, daß mit der Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen dem Großdeutschen Reich und der gewesenen Republik Polen ein neuer Abschnitt der Geschichte Europas begonnen hat.

Wie stehen wir heute? Nach 18 Tagen war Polen niedergeworfen. Rußland trat aktiv in den Konflikt ein. Die letzten Einflußreste der Westmächte wurden aus dem baltischen Raume entfernt. Neue Kriegsherde beginnen sich in Finnland und am Kaukasus abzuzeichnen. Deutschland baut das Ostland, seine Landreserve auf, indes die französischen Divisionen Gewehr bei Fuß vor dem Westwall liegen und England, selbst aus der Luft und unter Wasser bedroht, sich darauf beschränkt, seinen Handelskrieg auf dem Rücken der Neutralen auszufechten und einsatzbereitere Bundesgenossen zu suchen.

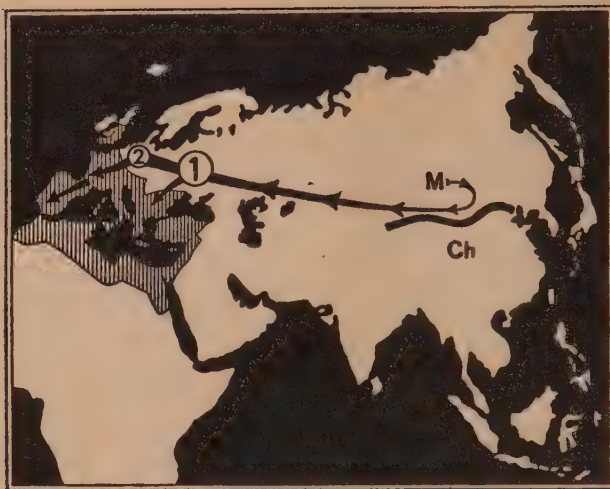
Was, ausgelöst durch den deutsch-polnischen Konflikt, seit den Septembertagen sich ereignete, und — wie Goethe es sagte — mit Machtgebärde in die Wirklichkeiten trat, beschränkt sich heute schon nicht mehr auf Europa. Weit über die Kontinentalgrenzen strahlen die Auswirkungen. Ein Kampf um die Neuordnung der Alten Welt hat begonnen — ein Schrecken für die allzu wohlhabenden, überalteten Staaten, eine Hoffnung für die jungen, einsatzbereiten Völker.

Um einen Zeitabschnitt zu finden, der dem unsrigen an wandelnder Kraft gleich war und ihm in Sinn und Ablauf entsprach, muß man weit zurück in die europäische Geschichte blicken. Wohl hat sich, seit es Europa gibt, seine Landkarte oft genug geändert; furchtbare Kriege sind darüber gezogen; Völker und Reiche entstanden, wuchsen und versanken. Verwirrende Vielheit verschleiert das Bild. Doch eines bleibt: daß keines der großen Ereignisse im Verlaufe der Geschichte der Deutschen vom gleichen Range war wie jenes, das unsere Zeit erschüttert. Heute steht Europa und damit die Welt vor einer neuen Ordnung; also kann nur jene Epoche zum wertenden Vergleiche herangezogen werden, die als Beginn jener europäischen Ordnung angesehen werden muß, deren Umbau wir heute erleben: die Völkerwanderzeit.

Der gewaltige Völkerstrom, der damals von Ost nach West flutete, hat das altrömische Imperium, welches das antike Europa beherrschte, zertrümmert; germanische Reiche sind erhoben worden. Deutschland, Frankreich und Italien — die drei Teile des Karolingerreiches — haben zu Lande, England hat zur See ihr Erbe angetreten. Dem Imperium Romanum der Antike entspricht, weltpolitisch gesehen, für unsere Zeit das britische Common Wealth als repräsentative europäische Weltmacht.

Damals, vor anderthalb Jahrtausenden, entstand ein Druckzentrum im Osten; es trieb die Völkerwellen vor sich her, nach West. Heute erleben wir das Umgekehrte: der Druck ist von Europas Mitte ausgegangen und hat sich nach Ost gerichtet; mit der deutschen Interessengrenze ist der europäische Raum weit hinein in das umstrittene Sarmatien vorgetragen worden. Rußland, seit den Tagen Peters des Großen nach Westen blickend, ist von diesem neuen Zuge miterfaßt; mit der ganzen Wucht seines Länderkolosses drückt es nach Südost: gegen die Dardanellen, zum mesopotamischen Öl, nach Indien.

Daraus folgt, daß die Völkerwanderzeit und unsere Epoche sich zueinander verhalten wie Schwung und Rückschwung, Phase und Gegenphase. Diese Erkenntnis gilt es weiter zu unterbauen.



Die sogenannte Völkerwanderung

Die aus der Mongolei (M) seit Jahrhunderten gegen China (Ch) drängende Welle wird von der gelben Mauer ab- und nach West umgelenkt. Durch Innerasiatischen Zustrom verstärkt, überrennt sie die skythischen und ostgermanischen Reiche Sarmatiens (1). Der nächste Impuls weckt Germanien (2); dieses erst zertrümmert das antike Weltreich (Imperium Romanum). Druckrichtung: von Ost nach West.

Weltgeschichtliche Vorgänge entstehen nicht aus dem Zufall oder Nebensächlichem. Ihrer Auslösung gehen deutlich erkennbare, symbolische Handlungen voran, welche den Rang historischer Ursachen besitzen. Was war nun die eigentliche Ursache jener Völkerwanderung? Weder ein plötzlich erwachter Wandertrieb, noch eine Klimaverschlechterung oder ein Seuchenausbruch. Ein fernes, mit der Kraft eines Symbols sprechendes Ereignis war die Ursache: der Bau der großen chinesischen Mauer. Sie hat nicht nur für den Fernen Osten Epoche gemacht, sondern auch für Europa, die ganze Alte Welt. Denn nun konnten die Steppenreiter nicht mehr in das reiche Land hinter der für sie unübersteiglichen großen Mauer räuberisch eindringen. Die Mauer warf die mongolischen Wogen zurück, so daß sie, sich umkehrend, nun nach Westen strömten. Damit aber war jene Wende eingeleitet, die zum Neuaufbau der antiken Welt führte; zuerst zerbrachen die skythischen und ostgermanischen Reiche Sarmatiens vor dem unerwarteten Anprall; ihre Heere trieben im großen Strome mit. Verstärkt brandete er bis in die Katalaunischen Felder. Indes er zur Theißebene zurückrollte, kam erst die germanische Volkskraft zur Entflammung. Der morsch gewordene Limes Romanus zerbrach vor ihr, wie die tschechischen und polnischen Bunkerlinien vor unserer Wehrmacht zerbrochen sind. Germanenheere eroberten die Provinzen, dann das altrömische Mutterland. Aus diesem Umbruch ist unser Europa hervorgegangen, das nun seiner neuen Ordnung entgegengeht.

Dafür besteht ein unverkennbares Anzeichen; denn wieder ist ein gewaltiges Bauwerk errichtet worden, das an Größe und symbolischer Bedeutung nicht hinter der gelben Mauer zurücksteht. Es liegt am Rhein: unser Westwall und, ihm gegenüber, die französische Maginotlinie.

Der Vergleich zwischen damals und heute ist lehrreich.

Das Volk Chinas hat, dem Rufe Hoang Ti's und seiner Nachfolger gehorchend, mit seiner Waffe des Arbeitsfleißes das Weltwunder dieses Riesenbaues aus Stein, Ziegeln und Lehm geschaffen; es hat damit seinen entschlossenen Willen bekundet, Schluß mit den mongolischen Einbrüchen zu machen. Der symbolische Ausdruck der Großen Mauer ist der Wunsch nach endgültiger Absperrung Chinas gegen Westen. Derselbe Wunsch nach Sicherheit hat den Bau des französischen Ostwalls, der Maginotlinie, gezeitigt; sie will bekunden, daß Frankreichs



Die beiden Grenzmauern

Im Osten um die Zeitwende: die gelbe Mauer trennt China (Ch) von den Mongolen (M). Damit Aufhören der chinesisch-mongolischen Spannung als einer obersten Tatsache für den Fernen Osten.

Im Westen um 1940: Westwall und Maginotlinie trennen Frankreich (Fr) und das Großdeutsche Reich (D). Das darinausgedrückte Zugeständnis einer absolut endgültigen Grenze wird in Frankreich noch nicht verstanden. Auch hier muß als notwendige Folge das Ende der deutsch-französischen Spannung eintreten.

absolute Ostgrenze hier, links des Rheines liegt. Diese passive Abriegelungsgeste eines saturierten, alternden Volkes hat Deutschland mit einer militärisch und politisch aktiven Handlung beantwortet: es hat der Maginotlinie seinen Westwall, die größte Bunkerfestung der Gegenwart, gegenübergesetzt. Diese Tat sagt klar und unmißverständlich: wir wollen nichts von unseren westlichen Nachbarn; hier sind wir endgültig arrondiert; zwischen uns gibt es keine Territorialfragen; wir blicken nicht mehr nach Westen, sondern nach Ost; dort liegt unsere Zukunft; unser Volk, arm an Ackerraum, reich an Menschen, muß das im Ostland wiedererhalten, was die Westmächte ihm vor 20 Jahren im Süden und Westen geraubt hatten.

Wie konnte Frankreich die deutliche Sprache dieses Bauwerkes überhören und aus Furcht, dennoch bedroht zu sein, sich gegen die erwachenden Völker der neuen Zeit entscheiden?

Wieder zeigt sich die deutliche Parallelität: denn das China, die Ostmacht von damals, besaß alles, was seinen westlichen, aktiveren Nachbarn fehlte; heute besitzen die Westmächte — Frankreich und England — das, was den Achsenmächten mangelt. Damals war die Geschichte des Fernen Ostens vom chinesisch-mongolischen Gegensatz beherrscht, der sich in Gestalt des ihn abschließenden Sperrriegels rein herauskristallisierte; heute hat der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland am Rhein den durchaus analogen baulichen Ausdruck gefunden; mangelt es den französischen Staatsmännern so völlig an politischem Instinkt, daß sie es nicht spüren, wie hier ein endgültiger Strich beiderseits der Ländergrenzen gezogen wurde?

Einen bedeutsamen Unterschied wird man nicht verkennen können: damals hat nur China die Mauer gebaut; die Steppenmongolen haben ihr nichts entgegengesetzt; war es deshalb, weil sie das China hinter der Mauer nicht als gefährlichen Gegner im Rücken ansahen? Deutschland hat anders gehandelt, als es den Westwall in Rekordzeit baute; es hat nicht nur das Fenster nach West zugeschlagen, sondern sich damit auch den Rücken freigehalten, um im Osten ebenso frei aktiv handeln zu können.

Auch darin spinnst sich die Parallele fort, daß heute wie damals das Volk jenseits der Mauer den Anstoß zur Neuordnung gegeben hat — damals die Mongolen, heute die Deutschen. Damals wie heute zerbrach zuerst Sarmatien; damals das Reich der Skythen und der Germanenbünde, gestern die polnische Republik. Der zertrümmernde Schlag nur hat die Richtung gewechselt — einst kam er aus Ost; nun hat die deutsche Wehrmacht, zurückschlagend, Polens Heer und Staat zerschmettert.

Ein drittes und wesentliches Merkmal der Entsprechung liegt darin, daß damals wie heute das die Bewegung auslösende Volk ein anderes, größeres mitgerissen und damit erst aus einem örtlichen ein weltgeschichtliches Ereignis gemacht hat. Damals haben die Ostvölker die Welle ausgelöst; sie haben die germanischen Völker mitgerissen; erst dadurch bekam die Woge die Stoßkraft, um den römischen Limes zu zerbrechen; damit wurde der Einbruch zum epochalen Umbruch gesteigert. Und heute? Im Rücken vom Westwall geschützt, hat Deutschland durch

den Krieg der 18 Tage die notwendige Neugliederung Osteuropas erzwungen; aus diesem örtlichen Ereignis wurde durch den Pakt mit Rußland der Anfang einer weltpolitischen Wandlung, einer neuen, umgekehrt gerichteten Strömung. Wohin wird sie die alte Welt treiben?

Wenn die Parallele zwischen damals und heute weitergeführt werden darf, dann muß, als Endergebnis dieses Umbruches, heute wie damals ein Großreich zugrunde gehen. Damals zerbrach das antike Weltreich, das Imperium Romanum. Ein schlimmes Vorzeichen für seine moderne Entsprechung, das britische Commonwealth. Die ihm nach des Nostradamus Prophezeiung zugesprochenen drei Jahrhunderte sind zu Ende. Indes Albion selbst, von deutschen U-Booten und Bombern bedroht, durch Minen an der eigenen Versorgung behindert, zur Defensive gezwungen ist, scheint sich ein vernichtender Stoß mitten hinein in die britischen Asienkolonien vorzubereiten. Wird das Mutterland, das seinen Inselschutz verloren hat, die Kraft aufbringen, diese fernen Gebiete zu halten? Wird das Weltreich, das seit Ottawa längst schon kein Organismus, sondern nur mehr eine Summe eigenwilliger Teile ist, diesen Stoß aufnehmen ohne daran zu zerbrechen? Wird das Burentum Südafrikas sich der Zeiten Ohm Krügers erinnern? Und wie lange wird noch Kanada zum fernen Europa statt über die Grenze zu den nordamerikanischen Bruderstaaten blicken?

Fragen über Fragen tauchen auf. Wird Holland, das Land zwischen den Mühlensteinen, seine Insulinde sich bewahren können? Welche Rätsel bergen sich hinter Japans gelber, glatter Maske? Und wer wird Englands Erbe im Ostmittelmeer sein? Wo werden die Grenzen des zweiten Imperium Romanum liegen? Wem wird Gibraltar, Tunis, Mossul, Suez, Aden und Singapore zufallen, wenn es zu einer Neuaufteilung kommt?

Dunkel ist die Zukunft, voll drängender Spannung, voll lockender Gefahren. Wieder, wie vor 1500 Jahren, beginnt eine neue Epoche. Sie hat in Gestalt des Doppelwalls am Rhein ihren Schatten über unsere Zeit geworfen. Deutschlands Siegeszug hat ihr das Tor nach Osten aufgestoßen. Dorthin blicken wir, in den neuen Aufgang.



Die Gegenphase der Völkerwanderung

Das Großdeutsche Reich (D), durch den Westwall im Rücken gedeckt, hat im ersten Ansturm nach Osten das heutige sarmatische Reich, die ehemalige Republik Polen (1) zertrümmert.

Der aktivierende Impuls dringt in Form eines Paktes nach Rußland (2). Es drückt nun mit seiner ganzen Wucht gegen seine nicht befriedeten Grenzen: mit Finnland, gegen die Kaukasusfront — (Druckrichtungen Konstantinopel, Mossul, Bagdad) — und gegen die wunde Stelle der britischen Asienkolonien (Waziristan, Peschawar). Britischer Besitz schraffiert.

G Gibraltar	M Malta
K Konstantinopel	S Suez
Mo Mossul	B Bagdad
A Aden	P Peschawar
Si Singapore	H Hongkong

Der Vergleich des ersten und dritten Bildes erweist die innerliche Entsprechung der heutigen Ereignisse mit den Vorgängen der sogenannten Völkerwanderungszeit.

* * *

Streifblicke über den atlantischen Raum

Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit der „Economist“ — der sonst nicht immer der objektiven Wahrheit Fanfaren gewidmet hat — das Dauerzeugnis für die Notwendigkeit der Geopolitik in jedem Völkerringen niederschrieb: „Auch die moderne Erfindungskraft hat die Geographie bis jetzt noch nicht völlig vernichtet“ (Modern invention has not completely annihilated geography yet; Economist, 21. 12. 1929, S. 1181).

Zu diesem Ausruf bewog ihn eine Betrachtung über die Großkampfschiffe (capital ships), die doch dazu bestimmt seien, einander zu bekämpfen, und die in ausreichender Zahl nur in den drei Flotten Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Japans vorhanden seien. Aber es sei geopolitisch, offen gesprochen, weder der Britenflotte möglich, den Kernraum (mainland) der USA. oder Japans anzugreifen, noch einer amerikanischen Flotte, das Hauptland Großbritanniens oder Japans, noch der japanischen, das Hauptland Großbritanniens, oder der Vereinigten Staaten oder auch wohl Australiens anzugreifen.

Inzwischen hat freilich N. Chamberlain, der das nicht gelesen haben dürfte, im Sommer 1939 den Japanern mit einer Fahrt der Home Fleet über Singapore nach dem Fernen Osten gedroht, was dort keinen tiefen Eindruck machte. Seither hat aber der Erfolg Priens und anderer gezeigt, daß die Hauptschiffe nicht einmal im Hafenbett vor sehr viel kleineren Seemächten sicher sind, und daß London damals irrtümlich glaubte, praktisch nur mit Amerika, Japan, Frankreich und Italien rechnen zu müssen, wovon die USA. als grundsätzlich nicht „antagonistisch“ wegfallen könnten. Aber selbst die USA. kann man durch Störung ihrer Seefahrt und planmäßiges Nichtbezahlen der bei ihnen gemachten Schulden so ärgern, daß sie mit dem großen Stock zu rasseln anfangen. Und was dann?

Wir haben den apodiktischen Ausspruch des berühmten britischen Wirtschaftsblattes wirklich nicht nur wegen seiner Werbekraft für die „Geopolitik“ ans Licht gezogen, sondern auch als Nachweis, wie sehr man sich bei transatlantischen Harmlosigkeitsberechnungen irren kann, wenn man bei solchen Flottengleichungen kleinere Unbekannte vergißt. Sie können sich doch mit größeren Flottenbesitzern zusammentun; und auch diese rechnen gewiß die Zahlen der bereits zu Schaden gekommenen Schiffe der Hauptmächte nach.

Mit Hilfe eines ähnlichen Rechenverfahrens hat man in Italien herauszubringen geglaubt, daß England für den praktischen Hausgebrauch nur mehr etwa 6 Millionen Tonnen Handelsflotte zur freien Verfügung blieben. Das wäre schon weniger, als Japan im Verkehr hat, jedenfalls viel weniger, als den noch neutralen Mächten z. B. des Antikominternverbandes zur Verfügung stehen, von USA. und USSR. ganz abgesehen. Diese Gleichung sieht nicht so aus, als ob der in Frankreich geäußerte Gedanke einer ausschließlich britisch-französischen Europaführung nahe vor seiner Erfüllung stünde.

Schon ehe Japan so stark aufholte (zur Zeit 6,5 Millionen Tonnen, 7,5 bis 1942 geplant), lag Frankreich hinter England, USA., Japan, Norwegen und Deutschland an sechster Stelle der Handelsflotten, nahe bedrängt von den britischen Dominien, Italien, Holland. Bei den USA., die sehr im Bestande schwanken (gegenüber 1914

mächtig emporschnellend, 1924 auf 12,4 Millionen Tonnen gestiegen, durch Abwraken auf 9,8 Millionen gesunken) — pflegt leicht die stattliche Binnenseeflotte mit 2,5 Millionen Tonnen (1934) übersehen zu werden. Die Angriffsmöglichkeit der fernöstlichen Seemacht auf Australien wird von diesem Weltteil erheblich ernster eingeschätzt, als von der Reichszentrale, und bindet seine Wehrkraft im wesentlichen zu Hause, nach der goldenen Britenregel: „Charity begins at home!“ (Darum hält Australien auch einen eigenen Gesandten in Washington.)

Nach ihr ist man offenbar auch entschlossen, bei etwaigen Wirren im Nahen Osten dem greisen Franzosengeneral Weygand und den Kolonialfranzosen den Vortritt zu lassen, damit syrische und hocharmenische Lorbeern lieber mit Bundesgenossenblut als mit britischem bezahlt werden. Was bis jetzt an Hilfe für Finnland von den Westmächten in Aussicht steht, dürfte sich auf papierne Sympathien und auf Verkauf von Altbeständen beschränken, unter Einschaltung der USA. als Geldgeber, soweit sie nicht ein Haar in dieser Rolle gefunden haben. War doch Finnland der einzige Schuldnerstaat, der seinen Verpflichtungen gegenüber den USA. nachkam. Nun besteht die Gefahr, daß er keine Nachfolger mehr findet, auch wenn er sich noch so mannhaft für einen wehrpolitischen Irrweg schlägt.

Eine Verbreiterung des Kriegsschauplatzes geht verhängnisvolle Wege für solche, die nicht die gleichen Ausweichmöglichkeiten haben wie die Westmächte!

Die Westmächte haben inzwischen ihre Kriegsziele mehr oder weniger zynisch enthüllt, am offenherzigsten durch „Pertinax“ im „Daily Express“, mit dem Endzweck völliger Zerschlagung des Großdeutschen Reiches und britisch-französischer Vormundschaft über Europa unter völliger Austilgung aller und jeglicher Selbstbestimmung aller anderen, außer der britischen und französischen Plutokratie. Wer sich in Mitteleuropa noch nicht klar darüber war, daß er nicht etwa für einen phantastischen Weltherrschaftsraum, sondern einfach für die nackte Daseinsberechtigung und Lebensmöglichkeit in Ehren ohne britische Einmischung in alles und jedes kämpft, der kann diese Klarheit bei Pertinax beziehen, der ein noch wirk-samerer deutscher Propagandaredner ist als selbst Churchill oder Campinchi, die es daran gewiß nicht fehlen lassen.

Wir stimmen aber dem „Maasbode“ vom 19. 1. zu, wenn er findet, „das ist ein großer Fehler — (das Übertreiben der Bärenfellverteilung vor der Jagd und das Belügen der Bevölkerung nämlich). Auf die Dauer kann dieses Verfahren, die Moral der eigenen Bevölkerung zu stärken, zum Verbrechen gegen das eigene Land und Volk werden. Daß den wirklichen Interessen eines Landes durch die reine ehrliche Wahrheit besser und auf weite Sicht bestimmt am sichersten gedient wird, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Aber in Kriegszeiten scheint die Wahrheit nicht mehr zu bestehen, und die Völker wissen dies selbst so sehr, daß sie kein Vertrauen mehr in die Mitteilungen ihrer eigenen Regierung haben. Dies ist für das Widerstandsvermögen der Völker gefährlicher als die Kenntnis des wahren Sachverhaltes, namentlich auf der Gegenseite. Der Krieg verblendet den gesunden Verstand jedoch derartig, daß diese nüchterne stets wiederholte Erfahrung der Vergangenheit vollständig vergessen wird...“ „Hier in Westeuropa fühlen wir sehr stark, daß die wirtschaftliche Offensive bei England liegt...“ Das versteht man doch wohl unter „Aggressor“?

Aber auf dem Balkan sei es anders! Dort werde jede Offensive, von welcher Seite sie auch komme, durch die andere Partei immer mit einer Gegenoffensive beantwortet. Wenn z. B. London einen sehr großen Teil der rumänischen Ölerzeugung aufkaufe, besitze Deutschland genügend Druckmittel, um Bukarest zur Innehaltung seiner Vertragsverpflichtungen zu zwingen. Nur daß eben Mitteleuropa (zu

dem Rumänien geographisch nun einmal sogar nach Sir Halford Mackinder gehört), der Souveränität Rumäniens nicht nahe tritt, während über das britische Blockade- oder Seeraubverhalten das „nationale Dagblad“ in Leiden schreibt:

„In den kommenden Wochen muß die Entscheidung darüber fallen, wer Herr in Rumänien ist: die rumänische Regierung oder die ausländischen Einflüsse. Es ist zu erwarten, daß Bukarest sich nicht beiseiteschieben läßt... (deshalb machte es ja den Petroleum-Ausschuß!) Das Zurückweichen vor dem englisch-französischen Druck würde die Preisgabe der Neutralitätspolitik bedeuten und könnte zuletzt den Bestand des rumänischen Staates, der viele Feinde auf dem Balkan“ — (und in dessen Nähe!) „hat, in Gefahr bringen.“

Wir erwähnen diese Pressestimmen über den Fall Rumänien, weil er typisch für die geopolitische Rücksichtslosigkeit ist, mit der die Westmächte gegen kleinere Neutrale vorgehen und weil diese dadurch einen Vorgeschmack von dem bekommen, was ihnen unter Pertinaxens Europarekonstruktion blühen würde.

Denn keine besseren Erfahrungen machen auch die Oslo-Mächte, wie aus Ministerpräsident Hanssons Antwort an den interventionslustigen früheren Außenminister Sandler hervorgeht, die Einard Skov aus Stockholm in der Kopenhagener Politiken erläuterte. Danach sei die Alandsfrage niemals eine nordische Frage, sondern nur eine zwischen Schweden und Finnland gewesen.

„Nordische wirtschaftliche Einheit und nordische Verteidigungsunion sind ebenso alt, wie der nordische Gedanke selbst. Man kann sich das als Ziel setzen, aber jeder weiß, daß es nicht erreichbar ist.“ — (Im rechtzeitigen Zusammenwirken mit Großdeutschland wäre es schon etwa 1935 erreichbar gewesen!)... „Auch die Verteidigungsunion kann nicht erörtert werden. Der Gedanke hat keine Resonanz bei den nordischen Völkern gefunden.“ Leider — können wir aus der Erinnerung an vergebliche Versuche sagen, ihn wachzurufen!

Aber auch der Balkanbund zeigt bei seiner Konferenz, daß ihm Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit ist. In Punkt 1 seiner Verhandlungen fällt breit und groß der Schatten Italiens über seine Zusammenarbeit.

Punkt 2 und 3: „Ordnung der gegenseitigen Beziehungen und enge Zusammenarbeit der einzelnen Balkanstaaten“ (zunächst nur Jugoslawien, Griechenland, Türkei und Rumänien!); „Zusammenschluß gegenüber der Kriegssituation“ sollten eigentlich selbstverständlich sein. Daß sie auf dem Tagungsprogramm stehen, beweist, daß etwas daran geopolitisch nicht in Ordnung ist, nicht nur Bulgarien! Punkt 4: „Einheitliche Stellungnahme gegenüber dem Bolschewismus“ wird dadurch wesentlich vereinfacht, daß sie untereinander — frei nach Tacitus — „mutuo metu“ abgegrenzt werden und gegenüber dem Sowjetbund „communi metu“ — was jeder auf seine Weise ausdrückt: König Karol durch trutzige Reden in der Bukowina und in Bessarabien; Bulgarien und Jugoslawien durch geförderte gegenseitige Beziehungen, die Türkei dadurch, daß sie eben doch mit einer Sonderklausel aus Verpflichtungen gegen Moskau herausschlüpfte. Dafür sammelt Weygand nun seine Heeresmacht. Wir erinnern uns jenes Historikers, der die Kreuzzüge die am schlechtesten geleitete militärische Operation der Weltgeschichte nannte. Weygand manövriert auf einer Hauptblamagestätte der europäischen Kriegsgeschichte! Brauchen wir den vielerfahrenen wehrpolitischen Schriftsteller daran zu erinnern?

Schon das Römerreich holte sich in Groß- oder Hocharmenien, wie am Euphrat und Tigris selten Lorbeern und häufig Rückschläge; Frankreich singt zwar noch „Partant pour la Syrie...“, denkt aber dabei vielleicht mehr an die Hochzeit des

Heimkehrers im bekannten Text und wird durch Napoleons Spuren in Ägypten und Syrien gewarnt. England liest am besten die Abschiedsbriefe des sterbenden Palmerston über das Hineingezerrtwerden in kontinentale Aufgaben, die auf die Dauer über die Kräfte des Inselreichs gehen, im Mittleren und im Nahen Osten, dessen Grenzen ohnehin gern verwischt werden, wie man's gerade braucht. Bald gehören z. B. Irak und Arabien zum einen und bald zum anderen — je nachdem man in London den geopolitischen Puffer für Indien breiter oder schmaler wünscht. Iran und Afghanistan gehören jedenfalls zum Glacis; aber sie sind jetzt Glacis auf beiden Seiten, auch wenn die amtliche Zeitung „Ettelaat“ in Teheran den iranischen Exporteuren rät, sich von Irans Ausfuhr nach Deutschland und den Sowjets ab- und Britisch-Indien zuzuwenden. „Smell of Oil“ oder „Smell of the East in the Northwind“? Echtes Iran ist es kaum!

Der Gedanke, daß der Schuster bei seinem Leisten bleiben möge und sich bei geistlichem Daseinsgrunde mehr mit Fragen der Ewigkeit, als des Raumes und der Wehrpolitik befassen solle, liegt nahe, wenn man den Leitaufsatz des „Osservatore Romano“ (vom 21. 1. 40) über Aussichten eines russischen Angriffs auf Iran und Irak prüft und die Anpreisung der wehrgeopolitischen Stellung und Vorteile der Westmächte nebst der immer mehr zu ihnen herüberpendelnden Türkei im östlichen Mittelmeer mit ihrer doppelten Schlagmöglichkeit gegen Baku und Balkan von Syrien aus erwägt.

Man darf zu Moskau das feste Vertrauen haben, daß seine geopolitisch ausgezeichnet geschulten Berater die Schwierigkeiten dieses Kampffeldes mindestens ebenso gut kennen, wie die militärisch dilettierenden geistlichen Strategen des Vatikans, die man wiederholt daran erinnern muß, daß die Kreuzzüge die am schlechtesten geleitete militärische Unternehmung des Abendlandes waren, und daran, daß man gerade im weltlichen Rom am besten weiß, daß die so vielgerühmte „Bewegungsfreiheit in dem Dreieck Alexandria—Beirut—Konstantinopel“ ihre Grenzen hat — innerhalb deren z. B. Rhodos mit dem Dodekanes liegt.

Daß die atlantische Wohltätigkeit in diesem Fall von 1940 mehr zu Hause liegt als im Hohen Norden, dessen finnischen Winter beiderseitigen Mißvergnügens Schweden mit großer Vorsicht behandelt, oder im Nahen Osten, wo Weygand sein Spiel treibt, sagt den Briten in der Nr. 20389 des „Matin“ ein französischer Admiral:

„... Tatsache bleibt indessen, daß der Teil des Nordmeeres zwischen Firth of Forth, den deutschen Flottenbasen, Dänemark und Norwegen eine infernalische Zone ist, in die sich niemand hineinwagen kann ohne dauernd den Rettungsgürtel zu tragen. Überwasserfahrzeuge, U-Boote, Flugzeuge und Minen machen jede Fahrt dort besonders gefährlich — so gefährlich, daß die großen Kriegsschiffe sich von dort zurückgezogen haben und nur zu besonderen Operationen nach dieser Gegend vorstoßen. Das sieht nicht nach „rule the waves“ aus! Weder die Geologie, noch England haben die deutsche Gefahr vorausgesehen.“

Zur guten Stunde erscheint in der Reihe „Macht und Erde“ ein Buch von Wulf Siewert mit zehn Karten über den Atlantik — nebenher ein Beweis, daß man sich in Deutschland mit der Geopolitik dieses wichtigen Weltmeers rechtzeitig beschäftigt hat. Wir empfehlen namentlich die Karten — die höchst „aktuell“ bis 1940 heraufgeführt sind, unsern Lesern, damit sie wissen, was ozeanopolitisch auf dem Spiele steht — für England, für Frankreich, für uns und alle Welt!

Warum wir einen „Atlantischen Raum“ als Einheit behandeln!

KARL HAUSHOFER

Bericht aus dem indopazifischen Raum

Es ist schlimmer als ein Verbrechen: es ist dumml!“ so würde Talleyrand, „weniger moralisch als geopolitisch denkend, wenn er von den Toten wieder auferstehen könnte, sein Urteil über den Asama-Maru-Zwischenfall zusammenfassen, bei dem durch Schießen vor den Bug eines der volkstümlichsten großen japanischen Dampfer durch ein britisches Kriegsschiff 21 Deutsche aus dem Schutz der japanischen Flagge nach Hongkong weggeschleppt wurden. Der Piratenstreich erfolgte etwa 50 km vor der japanischen Küste, in Schußweite des Hauptkriegshafens am Pazifik, Yokosuka, vor dem Einlaufen in Yokohama, angesichts der Reichshauptstadt Tokio. Man konnte bei klarem Wetter hoch über den Küstengebirgen den Fujisan sehen, der im Morgenlicht errötete über der Schande, die der japanischen Flagge in ihren eigensten Gewässern angetan wurde, und den namengebenden Berg des Dampfers verdeckte, den Asama, von dem herab man beide Reichsmeere überblickt: Japansee und Pazifischen Ozean! Eine einzige Klugheit im Gewebe seiner völkerpsychologischen Torheiten hatte der britische Kapitän gewahrt: daß er seinen Schlag unter die Nase des japanischen Reiches wenigstens nicht in dessen sogenannter „Innerer Seewehrzone“ vollführte, was wahrscheinlich sofort zum Tusch geführt hätte, sondern auf der Anfahrtstrecke von Honolulu, von Amerika her, von außen.

Sonst aber sind bei dieser Neuauflage des Trent-Falles so ziemlich alle Taktlosigkeiten begangen worden, die vom geopolitischen und völkerpsychologischen Standpunkt aus begangen werden konnten; und man durfte auf die Sühne gespannt sein, falls England es nicht darauf anlegen wollte, mit einer „unfreundlichen Handlung“ (unfriendly act) gegen das andere Inselreich das Prävenire zu spielen. „Grave consequences“ sind ihm sicher. Dabei war die Flotte und der Hof, die beide bei günstigem Wind die britischen Schüsse vor den Bug des japanischen Prachtdampfers hören konnten, gegenüber dem Landheer und den vaterländischen Verbänden bisher der mäßigende Einfluß. Warum man von Großbritannien aus gerade diese beiden verhaltenden Mächte vor den Kopf stieß, warum Botschafter Craigie auch noch das psychologisch falsche Mittel ergriff, sich über die von seiner Seemacht beleidigten führenden Kreise hinweg an die japanische Presse zu wenden, ehe England überhaupt seine höchst unbefriedigende Antwort auf ernste japanische Vorstellungen gab, fällt in den Bereich antiker Weisheit: „Quem deus vult perdere dementat prius.“ Wenn Gott es will — wir haben nichts dagegen. Warum soll nicht auch England einmal in Tokio einen „Gesandten“, aber keinen „Geschickten“ haben!

Aber weit wichtiger als die britische Antwort wird uns als Probe, ob Japan seine Weltmachtaufgabe richtig gelernt hat, die japanische Genugtuungsforderung sein. Denn die japanische öffentliche Meinung fühlt ganz deutlich, daß es beim Asama-Maru-Fall um die Reichsehre geht — vielmehr als 1861 beim Trent-Fall um die britische.

Nun wird es sich auch herausstellen, was an Aritas erster Erklärung gegenüber der japanischen Presse ist, die z. B. das „Journal des Débats“ nach einer Havasmeldung aus Tokio wiedergibt:

„Die These, nach der die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den USA. und den UdSSR. verhindern würde, daß wir weiterhin gute Beziehungen zu Deutschland und Italien unterhalten können, wird nur von Unkundigen vertreten, die die von Japan eingenommene unabhängige Position schlecht begreifen.“

Der Antikominternpakt mit beiden bleibe so fest wie je bestehen, und Japan betrachte die Frage des Antikominternpaktes als gänzlich unabhängig von den Maßnahmen zur Anbahnung guter Beziehungen mit den Sowjets.

Das alles aber setzt eine Reichsführung voraus, die auch das leiseste Antasten seiner Ehre und Würde nicht erträgt. Darum forderte die Volksstimme mit Recht auch die Bestrafung des Kapitäns der „Asama Maru“ und mindestens, daß den drei noch unterwegs befindlichen Liniendampfern der N.Y.K. ein Schutzgeschwader entgegenfahre. Wir halten es für ganz unwahrscheinlich, daß der kecke britische Kreuzer angesichts des japanischen Gardegeschwaders in Yokosuka die „Asama Maru“ in den Grund gebohrt hätte, wenn sie ruhig unter wehender Sonnenflagge weitergefahren wäre, was ihre Maschinen hergaben.

Das Kabinett Yonai steht also vor einer Belastungsprobe, für Admirale wie geschaffen.

England forderte im gleichen Fall der „Trent-Affäre“ die Freilassung ganz anders politisch belasteter Persönlichkeiten aus den Südstaaten, die von einem britischen Postdampfer im offenen Atlantik heruntergeholt worden waren. Amerikas US. anerkannten ihr Unrecht; und so wäre der „Asama-Maru-Fall“ einer von den wenigen Kriegsgründen gewesen, bei dem die USA. auch nicht den Schein eines Rechtes zum Eingreifen gehabt hätten. „Nicht um einen Einzelfall handelt es sich“, sagte Perikles vor fast zweieinhalb Jahrtausenden den Athenern, „sondern darum, ob wir freie Bürger eines selbständigen Staates sind, wenn wir darin dem herrischen Belieben der Spartaner (in Japans Fall der Engländer) nachgeben.“ Man ist in London Gut Freund mit Präzedenzfällen. Erkennt man sie überhaupt an, so gelten sie auch hier! Inzwischen ist auch die „Tatsuta Maru“ bei Hawaii angehalten worden.

Hoch über diesen gewiß ernsten Nachrichten stehen an Wichtigkeit zwei Dokumente mit geopolitischem Dauerwert im Kurs: der Text des am 30. 12. 39 an der Schwelle des ostasiatischen Drachenjahrens unterzeichneten Abkommens zwischen Wang Ching Wei und den Japanern in der Veröffentlichung von Kao Tsung Wu und Tao Hsi Sheng mit Chiang Kai Sheks scharfer Gegenerklärung, und die große außenpolitische Rede des Außenministers Arita im japanischen Reichstag am 1. 2. 40, an der Schwelle des Monats, in dem am 11. der zweitausendsechshundertste Gründungstag des Sonnenaufgangsreiches begangen wurde. Hier zeigt sich die Möglichkeit und der von Japan begutachtete Weg zur Wiederherstellung des Friedens in Ostasien unter japanischer Führung, mit der Unterschrift eines hochgestellten China-politikers, der sich als den wahren Nachfolger von Sun Yat Sen bezeichnet.

Bleibt das Abkommen nicht ein Schlag ins Wasser, so wird es im Osten der Inneren Mongolei und in Nordchina einschließlich der Lunghaibahn ein unter straffer japanischer Führung stehendes besetztes Gebiet unter chinesischer Souveränität dem Namen nach geben. Nicht viel anders wird es im untern Yangtsetal und in „Neu-Shanghai“, wie in allen wichtigen Inseln bis Hainan und in den meisten Küstenplätzen, bei sämtlichen Fluglinien und allen Verkehrswegen des Nordens stehen. Im Nordwesten wird von Yenan aus der westliche Teil der Inneren Mongolei, Shensi, Kansu und Sinkiang, von den Kommunisten auf ihre Weise entgliedert, während in Chungking Marschall Chiang Kai Shek mit den Seinen regiert, solange Szechuan und Yünnan sich nicht auflehnen. Zwischen alledem würde dann zu dem künftigen Dreierblock in festem Gehorsamsverhältnis als Restchina die Republik mit der alten Kuomintangflagge stehen und einer straffen Antikominternpolitik

nach Anerkennung der Mandschurei zu folgen haben. Dafür wird ihr weitgehende Unterstützung der beiden andern Ostasienblockpartner versprochen. Das Schriftstück umfaßt neun Dinformatseiten, denen man ihre verzwickte Entstehung ansieht, und begegnete am 22. I. 40 einer vernichtenden Kritik des Generalissimus, der die Fortsetzung des zweieinhalbjährigen Widerstandes ankündigte und erklärte, daß dies nur Japans erster Schritt zur Herrschaft über ganz Südostasien und den Pazifik sei.

So heiß, wie sie in diesem Gegensatz aufgetragen sind, werden hüben und drüben die Suppen nicht gegessen. Immerhin steht endlich einmal einer Meistforderung auf der einen Seite eine Meistforderung der andern gegenüber.

Jedenfalls hatte Außenminister Arita eine festere geopolitische Plattform als, seit Fürst Konoyes Umrißzeichnung von seiner Vorstellung, wie er Ostasien stabilisieren wolle, irgendein anderer Außenminister vor ihm, ihn selber in früheren ministeriellen Daseinsformen eingeschlossen.

Er konnte auch mit Stolz auf die Freundschaftsbeziehungen mit Mandschukuo hinweisen und rühmen, daß es auf dem Wege zur Großmacht in Ostasien sei. Es besitzt mehr Einwohner, als Franzosen in Frankreich leben und ist mehr als doppelt so groß. Ebenso konnte auf das Schaffen einer Ausgleichslage mit den Sowjets hingewiesen werden, wenn auch hier noch viele dunkle Punkte schweben.

Dann hieß es wörtlich: „Seit der Zeit, als der Antikominternpakt abgeschlossen wurde, sind die Beziehungen zwischen Japan, Italien und Deutschland immer herzlicher geworden. Unser Land ist den Regierungen und Völkern dieser beiden Länder für die Sympathie, die sie Japan entgegenbrachten, aufs tiefste verbunden. Wir werden unsere Politik engster Beziehungen zu diesen Mächten fortsetzen.“

Scharf wurde der Zwischenfall der Asama Maru behandelt, für Regierung und Gesamtvolk „tief bedauerlich“ genannt, „eine noch nicht dagewesene Tatsache, die sich in den Gewässern unseres Landes zutrug“. Auch die Beziehungen zu den USA. sind „bedauerlicherweise“ so, daß sie „erst wieder auf eine normale Grundlage gestellt werden müssen“. „Überschreitung der Rechte der Kriegführenden, Vernichtung der Handelsfreiheit und der Freiheit der Meere“ wird mit deutlichem Hinweis auf England beklagt und schließlich gefragt: „Ist der Krieg nicht hervorgerufen worden durch die Tatsache, daß einige Nationen auf der Beibehaltung eines unvernünftigen und ungerechten Status quo in Fragen wie Volkstum, Religion, Gebiet, Hilfsquellen, Handel, Einwanderung bestanden haben, während sie gleichzeitig eine exklusive Politik verfolgen und ihre Vormachtstellung mißbrauchen. Ein wirklicher, auf Gerechtigkeit beruhender Weltfrieden ist nicht zu erwarten, solange man dem Übel nicht an die Wurzel geht und es ausrottet. Erst dann werden alle Völker ihren Platz in der Familie der Staaten finden können.“

„Jetzt, wo in Europa die Forderung nach einer neuen Ordnung mit Nachdruck gestellt ist und dieselbe neue Ordnung in Ostasien Fortschritte zu machen beginnt, scheint sich nach unserer Ansicht der Menschheit eine seltene Gelegenheit für eine Überprüfung der Lage zu bieten.“

Das ist eine feste und klare, ihrer Verantwortung bewußte Sprache, in die ganz gewiß noch der Widerhall der Britenschüsse vor der japanischen Reichszentrale hineingeklungen und das unbehagliche Gefühl geweckt hat, daß ihn die Schutzgeister des Kaiserreiches ungern vernahmen, die um den heiligen Berg Fuji, um die trotzigen Wälle des Kaiserpalastes und den Shokonsha-Tempel der gefallen Krieger schweben.

Japan hat sein raumpolitisches Ziel in Ostasien in deutlicher Holzschnittmanier an die Wand gehängt und kann immer auf eine Landfront von 5000 km, eine nasse Front von 7000 km hinweisen, die einen Landraum von rund 2 Millionen qkm unter festem Griff decken. Demgegenüber zeigt China drei feindliche Hauptlager und dutzendweise Nebenlager. Dafür wird es, von allen falschen Freunden

verlassen, den Tatsachen ins Gesicht schauend, schweren Zoll zahlen müssen, so unverwundlich es sich in seiner Rassenkraft fühlen mag.

Es stellt dabei auch für Indien ein warnendes Beispiel auf. Ideologische Politik im luftleeren Raum ist ein gewagtes Spiel; die Sturmanker, die Japans Staatsschiff in der Reichserneuerungskrise seinerzeit vor dem Umschlagen bewahrten, hat Jungchina, das fortwährend zweite Schritte vor den ersten tat, zum Teil leichtsinnig gekappt, zum Teil hat es sie nie an Bord besessen; der „echte Kaufmannsgeist“ (Kjellén) war kein Ersatz für die Opferfreude und den Wehrgeist der Samurai; der Grundsatz: das Land über der Sippe, der Japan leitete (ko-chiu), zum mindesten mehr staaterhaltend, als der Grundsatz Chinas: die Sippe und die Gilde vor dem Land! Hier aber lag der Grundgegensatz zwischen Japan und China! Darum konnte Japan dreimal an China Forderungen stellen, die China niemals Japan vorzulegen gewagt hat, außer in längst vergangenen Tagen der Überheblichkeit des Reichs der Mitte.

Für uns ist bedeutsam, daß die Erklärungen des japanischen Außenministers vom 1. 2. über die letzten Ursachen des Krieges in Europa — den England und Frankreich, nicht Deutschland erklärt haben — nichts anderes sind als Leitsätze, die wir in der „Geopolitik“ seit 1924 und ebenso in der „Weltpolitik von heute“ immer wieder zur Geltung zu bringen versucht haben, weil sie ewiger Gerechtigkeit gegenüber vergänglichem Raubrecht entsprechen.

Umgekehrt spielt in den „Pacific Affairs“, einer der weltpolitisch aufschlußreichsten us.-amerikanischen Zeitschriften über den indopazifischen Raum, der französische Professor G. H. Bousquet aus Algier ungehemmt mit dem kostbarsten neutralen Außenbesitz, wie wenn die Niederlande und ihre ganze Habe nicht mehr als Rechenpfennige der Westmächte wären, die sie beliebig wegnehmen könnten. Das geschieht in dem Aufsatz: „The International position of Netherlands India“ (Pac. Aff. Bd. XII, Nr. 4; Dec. 1939), Schulter an Schulter mit einer Reihe von andern, ausgezeichnet informierten Arbeiten, die aber von subjektivem Haß gegen Faschismus in jeder Form erfüllt sind. Hier tritt die Unterströmung eines kleinen, aber mächtigen Kreises zutage, der die USA. um jeden Preis zum Eingreifen in Ostasien und Europa gegen die Vorkämpfer einer neuen Ordnung in beiden zerklüfteten Erdräumen bringen möchte. Das geschieht zumeist mit großem Geschick; nur hier und da pfeifen Untertöne hervor wie bei Kurt Bloch: „Das Buch (Gustav Jensen: Japans Seemacht) scheint Aufmerksamkeit nur zu verdienen, als ein Beispiel mehr, das die völlige Zerstörung redlicher Gelehrsamkeit und Forschung im Dritten Reich beweist.“ Ungleich sachlicher schreibt Lawrence K. Rosinger, T. A. Bisson oder Kenneth Perry Landon über Wilhelm Credners „Siam“, dessen gediegener Schöpfung er voll gerecht wird.

Aber das sind Ausnahmen in einer Gesamthaltung, die wir bei aller Anerkennung des Aufschlußreichtums und der großen Schau des Pazifikschrifttums der USA. als schroffe Ungerechtigkeit empfinden dürfen, bezeichnend für das Unheil, das amerikanischen Staatsmänner mit ihren ganz anders entstandenen Raumvorstellungen und ihrer Unkenntnis der Alten Welt im uralten, tiefwurzelnden Gefüge Mitteleuropas wie Ostasiens schon nach F. Ratzels Warnungen anzurichten vermögen. Dagegen gibt es nur Vorsicht auf weite Schau, mit hellhörigen Ohren auf dem Boden.

KARL HAUSHOFER: Strebepeiler zur Geopolitik

AnceI, Jacques: „Géographie des Frontières“. Paris 1938, Gallimard.

Glunzler, Dr. Wilhelm: „Vorlesung über Volk und Staat“. München 1937. Vgl. rieder: „Theorie der Politik. Grundlehren einer Wissenschaft von Volk und Staat“. München 1939, Fritz und Josef Vogl-rieder.

Lewis F. Richardson: „Generalized Foreign Politics.“ Cambridge University Press, London 1939. Brit. Journ. of Psych. Monograph Supplements 8½ sh.

Schmitt, Carl: „Völkerrechtliche Großraumordnung, mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“. Berlin-Wien 1939, Deutscher Rechtsverlag.

Stoffe und Gestalten der Deutschen Geschichte. I. u. II. Bd. Leipzig 1939, Teubner. Darunter: I 5 Crämer: „Zeitalter des Absolutismus“; II 1: Schepers: Geopolitische Geschichtsschreibung“ usw.

„Geschaffen werden Gefäße der Schmach und der Verherrlichung.“ Um einen Bau, wie den der Geopolitik, vom festen Grunde der Erdkunde heraufgeführt, reihen sich Strebepeiler aus allen Wissensgebieten und Wirkungsfeldern: Diese, wie von Naturkraft und Schöpfergeist freundlich zur Verfestigung des Baues zu gemeinsamen Hochzielen der Menschheit gestaltet; jene dawider auf trotzend und dennoch seiner Haltbarkeit dienend, wie der Teufel zu St. Wolfgang's Kirchenbau Steine fuhr. Aber wenn der Teufel von seinem Standpunkt eine Kirchengeschichte schriebe, käme sie zwar vielleicht auf den Index, sicher aber würde sie vom Heiligen Kollegium mit größtem Eifer und Nutzen gelesen.

So verfährt die Deutsche Geopolitik mit allem, was Jacques AnceI schreibt und was für sie Geopolitik vom reinsten Wasser ist, so besonders „Géopolitique“ und „Geographie des Frontières“ — freilich zweckbestimmt vom französischen Standpunkt, vom Standpunkt seiner Rasse, seines Volks, von dem kein Beobachter loskommt, auch nicht Lewis F. Richardson; nur geben es die Deutschen heute, nach langen negativen Erfahrungen als Volk der Dichter und Denker zu; aber manche Franzosen und Briten stellen es in Abrede, um besser von kos-

mopolitischer Trübe aus fischen zu können. Wenn wir dieser, seit Richelieu und Mazarin, dann erneut durch Napoleon I. der französischen Kulturpolitik eingepflanzten Praxis Rechnung tragen, die von vornherein Frankreichs Vorteil meint, wenn sie von Europa redet, und Menschheit sagt, wenn dieser Menschheit die französische Brille vor das Auge gezaubert werden soll, dann wird der deutsche Leser von einem aufmerksamen Durchpflügen von Ancels „Replik“ auf meine „Grenzen“ den größten Nutzen und eine wünschenswerte Erweiterung der Bilder davon haben; er wird obendrein einen tiefen Einblick in die kultiviertesten Propagandamethoden französischer Wissenschaft erlangen, von André Siegfrieds „Préface“ und des Verfassers „Avantpropos“ angefangen, das — noch vor einer bitteren Wendung der Zeitgeschichte gegen Ancels Wünsche — im August 1938 in „Tatranska Lomnica“ in der Slowakei geschrieben worden ist. „Die Grenze lebt ihr eigenes Leben (S. 3), eher beweglich als ständig, mehr biegsam als starr, mehr im Augenblick lebend (ephémère) als dauernd (permanente).“ Das lehren wir theoretisch beide! Aber wer setzt diesem staatsbiologisch richtigen Begriff praktisch das starre „Nein“ entgegen? Clémenceau, Poincaré, Barthou, Daladier..., letzterer wenigstens nicht unter „Gérarchie“ inbegriffen, mit deren Vorwalten junge Franzosen die Starre der Behauptung des status quo zu entschuldigen pflegten. Elastischer als jene begrüßen wir gern alles Gute an Ancels Replik, so die feingewählten Typbilder verschiedenster, naturentlehnter Grenzen, doch müssen wir als Bayern vor der Tafel: „Frontière montagnarde effacée“ berichtigen, daß die schöne Felsensüdumrahmung des Königssees, indem sich — entgegen Ancels Angabe — Ludwig II. nicht ertränkte, innerhalb desselben Volkes immer nur eine Gaugrenze zwischen zwei binnendeutschen geistlichen Feudalgebieten, eine Scheide innerhalb rassengleicher Volksgenossen, keine wirkliche Landesgrenze zwischen Staaten nur von 1866 bis 1938 war. So hätten wir über viele Einzelheiten mit AnceI zu rechten. Aber wir suchen lieber Verbindendes: die reizvollen Gedankenblitze über Japan (S. 37—41), u. a.: „La patrie japonaise s'allonge.“ Das ist gewiß so

wahr wie das über die „Ubiquité britannique“ Gesagte, die auch Frankreich nicht immer genehm war. S. 51, 65 (Vermittlerrolle des Elsaß), 85 (Flußgrenze), 86 (Germanisches Landschaftsgefühl), 98, 103—108, 169 und das ganze Kapitel XII empfehlen wir unsern Lesern. Der leise Spott über die „Cartomanie der Menschen“, der Kampf gegen fremden „Lebensraum“ (Espace vital) zeigen große Schwingungsweite.

Von ganz anderem Baugrund her als der Franzose, türmt der Deutsche Wilhelm Glungler sein politisch-wissenschaftliches Gebäude. Wir bekennen, daß wir zwei Jahre gebraucht haben, um verstehen zu lernen, wo unsere Baupläne sich ergänzend und unterstützend begegnen. Beim ersten Durchflügen des mächtigen Gedankenbaues der „Vorlesung über Volk und Staat“ hatten wir zweifelnd für uns niedergeschrieben:

Gibt es Recht, Staat, Volk ohne Boden und Lebensraum?

„Uns alle aber wird man einst messen nach der Art und der geschichtlichen Haltbarkeit dessen, was wir heute bauen.“ Diese Worte des Führers finden sich in dem Auftakt zum Schlußwort des für geopolitische Arbeiter höchst lesenswerten, wenn auch ihrer Arbeit fremd gegenüberstehenden Werkes von Dr. Wilhelm Glungler: „Vorlesung über Volk und Staat“. (München-Leipzig 1937, Fritz und Joseph Voglrieder; 166 S., 10.—RM.)

Gewiß weiß der kundige Verfasser genau so wie der Führer, daß man nicht bauen kann, ohne Baugrund zu haben und zu kennen, und im Bau nicht zu leben vermag, ohne ausreichenden Boden und Lebensraum.

Diese Erkenntnis meldet sich auch in der „Vorlesung“ auf S. 47 mit den Erkenntnissen des hinter dem alternden Faust verborgenen alternden Goethe; auf den Seiten 56 (Hans Grimm, Volk ohne Raum; Kjellén, Hamel), auf S. 60 und 64 mit leisen Anerkennungen des Bodens als unentbehrlichen Gegenspielers des Blutes und seiner Vorkörperungswünsche im Raum, auf S. 66: „Ein Volk ohne Raum hat auch keinen Staat mehr“ — aber das kann ohne Atlantis und Sintflut auch kommen, wenn man ihm das Verfügungsrecht über seinen Boden so gründlich wegnimmt, wie etwa den 48 Millionen Ukrainern —, endlich auf S. 156 sogar mit einer freundlichen, dankend quittierten Anerkennung der Erziehung zu weiträumigem Denken durch die „Geopolitik“ — die sich der ergänzenden

Blickrichtung auf Volk und Staat wahrlich bewußt ist. Dieses Bewußtsein ist vielleicht sogar lebendiger als auf der andern Seite, wo die Arbeit von Ratzel, Kjellén und ihren Nachfolgern vergeblich verklungen scheint.

Dann hatten wir die „Vorlesung“ auf Griffweite am Schreibtisch liegen lassen mit der festen Überzeugung, daß diesem Vorläufer eine zweite Hauptstrebe folgen werde, die uns das Verhältnis des Neubaus zum Volksboden verständlicher machen müsse. Dieser uns fehlende Stein im Gewölbe ist nun mit der „Theorie der Politik“ gesetzt, und wir gestehen, daß uns seit der ersten Begegnung mit Roschers „Politik“ kein Buch mit diesem Haupttitel mehr einen so tiefen Eindruck gemacht hat, der gewiß zu rechtfertigen ist (Vorwort S. 3). Denn mit der Erweiterung ist Leben im vollen Strom hereingeflutet und hat so viel Boden mitgebracht, daß nicht nur der „Ruck im Raum“ von 1938/39 zu seinem Recht kommt, sondern auch die Geopolitik, die von S. 204 an, von S. 670 an dankbar das Recht des Bodens, der Erde, des Raumes gewahrt sieht, dessen Zugrundeliegen sie aus dem ersten Wurf ahnte und zu verstehen glaubte, ohne dieser Ahnung gewiß zu sein. Erdnah und volksnah zugleich gegründet, ist diese Erneuerung der „Politik“ nun eine Fundgrube, bei der man überall die Lebensnähe, die aus dem Wirken fließende Erkenntnis spürt, ohne daß die Überschau über ein weltumspannendes Schrifttum je verloren ginge, aus dem aber mit Recht nur Belege verwendet werden, ohne darin Stützen zu suchen. Wie wohlthätig wirkt (S. 527), Klages gegenüber gebraucht, das freimütige Bekenntnis „ich orientiere meine Theorie der Politik nicht logozentrisch, sondern biozentrisch“! Dort allein gehört sie hin, sonst siegt Phantasie über Wirklichkeitsbetrachtung.

Dann aber verliert eine nicht biozentrisch geleitete Politik gewiß früher oder später den Boden unter den Füßen, mit ihm den Lebensraum, der in den Beispielen Glunglers so lebendig in die Erscheinung tritt, dem wir nur gern einen eigenen Abschnitt gewidmet sähen. Aber es hat natürlich einen ungemeinen Reiz, ihn überall im Text und im geistreichen Gefüge der Anmerkungen zu suchen.

Neben dem Bau von Glungler wirkt eine fast rein mathematische Konstruktion, wie die des Engländers Lewis Richardson wie eine künstliche Form einer Funktion gegenüber einer natürlichen Kristallbildung auf fester Gesteinsprobe. Schon der Einblick

in die „References“ zeigt das Fehlen von allem nicht westmächtlichen Schrifttum, die theoretische Einseitigkeit, die auch das Heranziehen von Werken, wie Bowmans „New World“ oder Holdich, Mackinder u. a. vermied, nur bodenfremd und raumbblind im luftleeren Raum rein geistig arbeiten wollte. So verträgt denn auch der so entstandene luftige Bau keine Erderschütterung; aber er gibt tiefe Möglichkeiten des Einblicks in die Denkweise, die durch eine tiefe Kluft von der Geopolitik, auch in britischer und französischer Auffassung, getrennt bleibt. Von ihr führen Bogen zum Bau der Geopolitik nur aus der Verneinung hinüber, so geistvoll viele der Konstruktionen sind, die nur immer wieder den Boden, den Raum unberücksichtigt lassen.

Wir müßten warnen, wenn ähnliche Untersuchungen bei allem Fleiß und aller Mühe, aus denen sie sprießen, auf deutschem Boden entstünden; wir können freilich geopolitisch viel aus ihnen lernen, wenn wir uns auch klar sein müssen, daß aus ihnen Dawespläne hervorgehen können, raumpolitische Unmöglichkeiten und pazifistische Eisblumen, deren Reize sich beim Hervorbrechen alter britischer Raubinstinkte auf wenige „conscious objectors“ beschränken (unter denen sich gewiß auch Männer wie Sir Norman Angell oder Gregg mit seiner „Power of Nonviolence“ befanden), während L. S. Amery dem Cant von Viscount Grey gegenüber (S. 5) die angeborene Farbe der Entschließung und der geopolitischen Wahrheit vertritt. In zwei Urteilen sind wir mit dem V. einig: „Before a situation can be controlled it must be under-

stood“. Das wird dem Have gegenüber dem Havenot besonders schwer, wenn der erstere Insulaner ist, der zweite ausgeplündert im Zerrungsraum sitzt! Und: „Every reasonable person knows that British bombers will never be used except against an aggressor“ — (S. 87) weil jedes Volk, gegen das Großbritannien Bomber zu verwenden wünscht, um es z. B. im Handelswettbewerb auszuschalten, mit allen Mitteln wissenschaftlicher Politik zum „aggressor“ gestempelt wird, wozu dann auch solche Schriften, wie die von Norman Angell und Lewis F. Richardson gehören werden, so sehr wir ihre reinen Absichten anerkennen. Aber solchen Strebepfeilern gegenüber warnen die gekreuzten Totenknochen bitterer Erfahrung. Auch andere als „blutgierige Pazifisten“ können in Einkreisungswälle eingebaut werden! —

Wie anders erdennah und raumbeständig wirken bei ähnlichem Umfang die „Völkerrechtliche Großraumordnung“ von Carl Schmitt und die schlanken Hefte von „Stoffe und Gestalten der deutschen Geschichte“. Schmitts planetarische Überschau, seine scharfen Formulierungen, die Arbeit von Fritz Berber, von H. Wohltat — (auch die praktische in Rumänien z. B.) —, von H. H. Lammers, von Christof Steding u. a. ist wirklichen Kennern geopolitischer Entwicklung innerhalb der Westmächte auf die Nerven gegangen, in Italien namentlich vom Kreis der „Geopolitica“ freudig begrüßt worden. — Denn Schmitt erhebt weltumspannende Forderungen auf raumpolitische Gerechtigkeit: ein Hochziel der Menschheit und das höchste der deutschen Geopolitik.

HEINZ HAUSHOFER

Hans F. K. Günther: Das Bauerntum als Lebens- und Gemeinschaftsform

B. G. Teubner, Leipzig, 1939. 673 S.

Das Bauerntumswerk Günthers ist das dem Umfang nach Wichtigste seines bisherigen Schaffens, und es liegt wohl in seiner Absicht, daß man es auch als das Bedeutungsvollste bezeichnen kann und soll. Es ist dem Reichsbauernführer R. W. Darré nicht nur gewidmet, sondern es wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß dieser die Zueignung ausdrücklich angenommen hat. Dem neuen Günther kommt damit eine ganz fest umrissene Stellung in der Entwicklung nicht nur der wissenschaftlichen Agrarpolitik, sondern

auch in der Stellungnahme des gesamten deutschen Volks zur Frage des Bauerntums zu.

Günther gibt zum ersten Male eine Soziologie und Biologie des Bauerntums, mit besonderer Berücksichtigung des deutschen; d. h. er will den Umkreis und die Tiefe der Fragen angeben, die sich aus seiner gesellschaftswissenschaftlichen und lebenskundlichen Betrachtung ergeben. Er baut dabei in muster-gültiger Weise aus den Bausteinen, welche in fast übergroßer Anzahl bereitlagen, die aber mehr oder weniger nur einen schon geschicht-

lich gewordenen deutschen Bauern zeigen (wie etwa Rumpf in seinem „Deutschen Bauernleben“ von 1936). Das Werk zeigt uns den Bestand an deutschem Bauerntum, den die nationalsozialistische Agrarpolitik 1933 vorgefunden hat; d. h. Günther betrachtet vorwiegend den Zeitabschnitt zwischen 1880 und etwa 1930, also diejenigen fünfzig Jahre, in welchen das Landvolk im Deutschen Reich aus einer Mehrheit zu einer Minderheit geworden ist. Das ist eine Stärke und eine Schwäche gleichzeitig: eine Stärke, weil über diesen Zeitabschnitt ein überreiches Quellenmaterial wertender Art vorhanden ist, so daß die Zusammenschau zu einem großartigen Bilde wie dem vorliegenden möglich ist; eine Schwäche, weil das Werk damit in gewissem Sinn auch schon ein geschichtliches geworden ist; d. h. die agrarpolitische Arbeit der Nachwuchsgeneration von heute beginnt bei den Veränderungen, die sich seit dem Abschluß dieses Zeitraumes, nach 1933 vollziehen.

Die Stellung, die Günther selbst gegenüber diesen Veränderungen innerhalb der deutschen Stände (— oder vielmehr zwischen seinem noch ständisch bestimmten und seinem mobilisierten Teil —) einnimmt, ergibt sich deutlich daraus, daß sein Bauerntumswerk eine klare Fortsetzung der Linie darstellt, die er mit der „Verstädterung“ zu ziehen begann. Es ist also in erster Linie eine fordernde Kampfstellung, aus der Günther spricht. Trotzdem ist das Werk keine Kampfschrift, sondern ein gewichtiges wissenschaftliches Werk. Es enthält auserlesene Stücke objektivster Betrachtung, die aus einer ersten und achtungsvollen Haltung entspringen. Diese Haltung ist um so notwendiger, je mehr sich der Soziologe den geheimsten seelischen Besitztümern des Bauerntums nähert. Dies gilt z. B. für den umfangreichen Abschnitt über „Bäuerliche Glaubensvorstellungen und bäuerliche Frömmigkeit“, der 91 Sei-

ten des Werks umfaßt, und der ein Musterbeispiel für die Behutsamkeit des Wissenden ist. Auch sonst wird man Stellen von fast künstlerischer Feinheit und von bedeutendem Gefühl für den Sinn von Begriffen finden, namentlich in den Gegenüberstellungen, die Günther liebt: so z. B. in der Gegenüberstellung von „Gedeihen“ und „Erfolg“, von „Gemeinschaft“ und „Organisation“, und an vielen anderen Stellen.

Es ist kein Zufall, daß Günther die Frage nach der gewachsenen, oder nach einer neu wachsenden Gemeinschaft als die bedeutungsvollste völkische Frage seines Buches bezeichnet (S. 221 ff.). D. h. die von der Stadt ausgehende Ordnung des staatlichen Lebens wird immer mehr die Formen „angeordneter Gesellungen“ nehmen — und damit zersetzend in die noch vorhandenen natürlichen Gesellungen einbrechen. Günther folgert, daß die wirkliche Gemeinschaft nur aus ländlichem Geiste und in einem überwiegend ländlich gesinnten Volke bei Vorherrschaft ländlicher Lebenswerte erwachsen kann — diese Folgerung steht mit der Wirklichkeit des deutschen Volkes heute noch in einem unüberbrückbaren Gegensatz, den auch Günther wohl erkennt. Im Bewußtsein dieses heutigen Widerspruchs fordert er die „Entstädterung der Gesinnungen, die Ausbreitung ländlicher Lebenswerte über die ganze Bevölkerung.“

Es gab Jahre, in denen es als unumgänglich bezeichnet wurde, etwa das Buch über den Arbeiter von Jünger gelesen zu haben. Dieser glänzenden und hinreißenden Theorie steht nun der gewichtige Günther gegenüber, wie der Bauer selbst jener schillernden Vorstellung eines universellen Arbeitertyps gegenübersteht. Man wird diesen Günther verstanden haben müssen, wenn man heute über Begriffe wie Landflucht und Industrialisierung, Technokratie, Zentralisation, Vermassung mehr zu sagen haben will als Landläufiges.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt bei, den wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen:

Verlag B. G. TEUBNER, Leipzig, „Macht und Erde“.

Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg—Berlin — Druck: Spamer A.-G., Druckerei, Leipzig O 5 — Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. Karl Haushofer, Generalmajor a. D., München O 27, Kolberger Str. 18 — Schriftleitung: Kurt Vowinkel, Feldpost Nr. 19818 — Verantwortlich für die Anzeigen: Werner Wachsmuth Berlin — Zur Zeit P. L. 4 gültig

Über die Grenzen unserer Heimat hinweg

spannt sich das Netz unseres Nachrichten-Dienstes. Die

Deutsche Allgemeine Zeitung

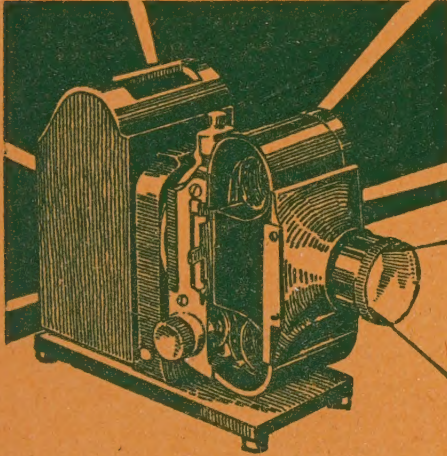
untersucht die geistigen Strömungen bei den Neutralen sowie in Feindesland und rundet dadurch das politische Weltbild ab. Darüber hinaus spiegelt sie die mannigfachen Probleme unseres Kulturlebens

Überall im Zeitungshandel zu haben!

Monatlich **4⁵⁰** durch die Post
Mk.

zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld

Bestellen Sie die „Deutsche Allgemeine“ auch für Ihre Freunde im Ausland (Europa oder Übersee) für 5 Mark 70 monatlich einschließlich Porto



IHAGEE KLEINBILD-DIASKOP

für die Projektion von Farbaufnahmen und Schwarz-Weiß-Dias 18/24, 24/24 und 24/36 (gefaßt 50/50 mm).

Äußerst einfach in der Bedienung! Prospekt gratis!



Dresden-Striesen 359

Was wird aus Mitteldeutschland?

Eine eingehende
Darstellung zur Planung des
mitteldeutschen Raumes
finden Sie im
Heft 1/2
der Zeitschrift

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

Das Doppelheft kostet 4.— RM
Das Vierteljahr kostet 5.50 RM

Heidelberg — Berlin — Magdeburg
KURT VOWINCKEL VERLAG



Wm. Lawrence, Franklin, N.Y. 17